

## QUO VADIS

zeitschrift für eine aktuelle  
romanistik

### THEMA

zur sprachlichen situation in afrika und  
lateinamerika  
- ein vergleich aus romanistischer sicht

### AUTOREN

zohra bouchentouf-siagh  
utta von gleich  
eva gugenberger  
georg kremnitz  
raphaela-maria marx

### VARIA

robert lafont

### BERICHTE REZENSIONEN

nummer 1/1993

## ROMANIA?

## Inhaltsverzeichnis:

### Artikel:

- Herausgeber, *Quo vadis, Romania? - Unser Projekt, unsere Absichten* 1
- Eva Gugenberger, *Die Auswirkungen der politischen Unabhängigkeit auf den Sprachverdrängungsprozeß im Peru des 19. Jahrhunderts* 5
- Utta von Gleich, *Paraguay - Musterland der Zweisprachigkeit* 19
- Georg Kremnitz, *Amerikanische Sprachen und ihre Sprecher in Argentinien, Chile und Uruguay. Überlegungen und ein Versuch zu verstehen* 31
- Zohra Bouchentouf-Siagh, *Le français en Algérie. Aspects de la politique scolaire coloniale (1830 - 1962)* 37
- Raphaëla-Maria Marx, *Die Sprachpolitik und soziolinguistische Konstellation in Togo vor und nach der Unabhängigkeit* 45
- Georg Kremnitz, *Romanische Sprachen in Lateinamerika und Afrika nach dem Kolonialismus. Ansätze zu einem Vergleich* 61
- Varia:**
- Robert Lafont, *Babel ou la tour de Bruxelles* 73
- Rezensionen:**
- Robert Lafont, 1992. *Sprache als Arbeit*. Übers. aus dem Franz. von Hella Beister. Hrsg. von Georg Kremnitz, Wien: Braumüller. 306 pp. (*Robert Tanzmeister*) 81
- Siguan, Miquel, 1992. *España pluringüe*. Madrid: Alianza Editorial. 355 pp. (*Georg Kremnitz*) 86

**Herausgeber:** Quo vadis, Romania? Verein zur Förderung der Romanistik in Forschung und Lehre.

**Redaktionsmitglieder:** Peter Cichon, Anke Gladischefski, Karl Ille, Georg Kremnitz, Raphaëla-Maria Marx, Jacques Souy, Robert Tanzmeister.

**Adresse:** (Redaktion und Bestellung)

Quo vadis, Romania?  
Institut für Romanistik  
Universität Wien  
Schlickgasse 4  
A 1090 Wien

**Jahresabonnement:** 200,- S/Studenten 150,- S (einschließlich Zustellung)

**Einzelheft:** 100,- S (Selbstabholer 50,- S)

**Bankverbindung:** Creditanstalt Wien, Kto. Nr.: 0323-04941/00 (BLZ 11000)

## Quo vadis, Romania? - Unser Projekt, unsere Absichten

*La fe sens obra mòrta es.*

[Motto der Zeitschrift Oc und des Institut d'Estudis Occitans]

Es bedarf wahrscheinlich eines Schusses Unverfrorenheit oder erheblicher Ahnungslosigkeit, heute eine Zeitschrift mit wissenschaftlichen Ansprüchen begründen zu wollen. Schon bisher ist die Zahl der wissenschaftlichen Zeitschriften groß, und fast alle haben finanzielle und inhaltliche Schwierigkeiten, müssen um Subventionen kämpfen, ihre Leserzahlen treiben jedem gestandenen Journalisten Tränen der Rührung in die Augen. Und dennoch! Oder: Gerade? Warum?

Das Konzept der romanischen Philologie, überhaupt das der fremdsprachlichen Philologien, gerät zunehmend in Diskussion. Wir wissen alle, daß der gesellschaftliche Bedarf an fremdsprachlichen *Philologen* begrenzt ist, nachdem der Ausbau des weiterführenden Schulwesens weitgehend abgeschlossen ist und andere Verwendungsmöglichkeiten nur geringen Zahlen von Absolventen eine berufliche Existenz bieten. Die zunehmende Dichte der Kommunikation, die internationale Verflechtung, die europäische Konstruktion lassen jedoch den Ruf nach *Kennern* und *Spezialisten* anderer Kulturen, im weitesten Sinne des Wortes, immer lauter werden. Dazu gehört sprachliche Kompetenz ebenso wie kulturelles, besonders literarisches Wissen und Verständnis. Dazu gehören gesellschaftliche und politische Zusammenhänge ... Es ließen sich noch viele Felder aufzählen. Dazu gehört nicht zuletzt ein Stück Affinität zu den Völkern und Gruppen, deren Sprachen und Kulturen wir betrachten, Affinität, welche auch in der Lage ist, kritisch zu sein, wo das notwendig scheint. Die Fachleute der romanischen Sprachen und Kulturen haben den Vorteil, leichten Zugang zu einer ganzen Reihe von Völkern zu haben, deren Sprachen sich ähnlich sind, und damit vielfach eine unvergleichliche Basis für komparatistisches Arbeiten, auf welchen Gebieten auch immer, zu besitzen. Natürlich wissen wir, daß ein einzelner oder eine einzelne nicht das ganze Feld abdecken kann; diese Forderung der deutschen romanistischen Tradition ist mit dem Anwachsen des Wissensgutes noch stärker zur Fiktion geworden als sie es von Beginn an war. Man würde jedoch das Kind mit dem Bade ausschütten, würden die in der Romanistik Tätigen nicht versuchen, ihre Kompetenzen zu bündeln, um damit mehr zu leisten und *kollektiv* diesem Anspruch näherzukommen. Weitergehende Spezialisierung ist sinnvoll, wenn sie zur Addition und nicht zur Substraktion der Erträge führt: die Trennung zwischen Sprach- und Literaturwissenschaft hat sich seit geraumer Zeit durchgesetzt: Inzwischen haben manche Fachvertreter bemerkt, daß die Resultate zwiespältig sind und versuchen, oft mühevoll, wieder miteinander zu reden und zu arbeiten. Die sogenannte Landeswissenschaft (schon die Unsicherheit der Bezeichnung belegt es) hat an der deutschsprachigen Universität nie richtig Fuß fassen können, im Unterschied etwa zu Frankreich, wo sie als "civilisation" selbstverständliches Element der Hochschulausbildung ist. Ebenso sollten im Rahmen eines umfassenden Konzepts

von Romanistik auch Historiker, Sozialwissenschaftler und viele andere zu Wort kommen.

Das Projekt von *Quo vadis, Romania* besteht, sehr verkürzt formuliert, darin, von der romanischen Philologie zur Romanistik zu kommen, d. h. einen umfassenderen Anspruch auf Begegnung mit romanischen Sprachen, Kulturen und Gesellschaften ernstzunehmen und umzusetzen. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist dabei der des komparatistischen Arbeitens. Allerdings kann das nur durch die Zusammenarbeit von Fachleuten unterschiedlicher Provenienz gelingen. Und: es bleibt notwendig eine fragmentarische, punktuelle Annäherung.

Dabei wollen wir einen erweiterten Begriff der Romania verwenden, der sich sowohl auf die europäische "alte" als auch auf die außereuropäische "neue Romania" bezieht. In Amerika, Afrika, Asien und sogar in Teilen Ozeaniens werden als Folge des europäischen Kolonialismus romanische Sprachen verwendet. Meist stehen sie in Kontakt mit anderen Sprachen und Kulturen, im einzelnen in sehr unterschiedlichen Dominanzrelationen. Auch diese Gebiete gehören heute zur Romania. Häufig wird ihre Zugehörigkeit ja lautstark eingefordert - es sind Konzepte wie *francophonie*, *hispanidad* und *lusitanidade* formuliert worden, deren Mehrdeutigkeit ein wichtiges Untersuchungsobjekt sein sollte. Denn zwischen den verschiedenen Teilbereichen der einzelnen romanischen Kulturen regt sich oft ein subtiles Spiel der Ein- und Ausgliederung, welches erkennen läßt, daß die genannten Konzepte sehr unterschiedliche Umsetzungen in der Realität erfahren. Der Verdacht auf neokolonialistischen Ge- und Mißbrauch ist zumindest naheliegend. Bei der Betrachtung wollen und müssen wir uns aus Gründen unserer Spezialisierung auf die romanischen Aspekte konzentrieren, besonders dort wo, wie etwa in Nordafrika, mehrere Sprachen und Kulturen durchaus nicht immer friedlich mit- und nebeneinander existieren. Die Zeitschrift möchte, von Empathie und Solidarität getragen, aber auch mit kritischer Distanz, zum Verständnis der romanischen Völker und Kulturen (und derer, die mit ihnen in Kontakt stehen) beitragen. Dabei gilt ihr besonderes Interesse und ihre Solidarität den schwächeren Gruppen: Dependenz, Abhängigkeit beeinträchtigt die eigenen Entfaltungsmöglichkeiten immer. Oft können die Betroffenen selbst sie nur schwer wahrnehmen, andererseits ist die Bewußtwerdung der erste Schritt zu einem Mehr an Selbstverwirklichung - das gilt für Gruppen wie für Individuen. Die Zeitschrift wird sich einigen Fragestellungen besonders zuwenden, welche in der bisherigen Diskussion nicht genügend Aufmerksamkeit gefunden haben: dazu gehören etwa Fragen der Alphabetisierung von Gesellschaften, sprachliche und kulturelle Identität, Probleme der Mehrsprachigkeit, kulturelle Produktion in Minderheitensituationen u. ä.

In diesem Sinne möchte *Quo vadis, Romania* auch ein Beitrag zu einer Auseinandersetzung innerhalb der deutschsprachigen Romanistik sein, welche immer drängender mit der Notwendigkeit einer Reflexion über Inhalte und Formen des eigenen Faches konfrontiert ist. Unsere Position ist dabei klar: ohne Erneuerung und Vertiefung der

Konzeption des Faches (das es in dieser Form fast nur in den Ländern mit deutscher Hochschultradition gibt) gerät die Romanistik in Gefahr, zum Orchideenfach zu werden, da sich die Gesellschaft andernfalls auf anderen Wegen mit den Spezialisten für romanische Kulturen versorgen wird, ohne den Frieden der romanischen Seminare und Institute zu stören - Ansätze dazu lassen sich schon erkennen. Uns scheint das wissenschaftliche und kritische Potential der Romanistik jedoch zu wichtig, um auf diese Weise neutralisiert zu werden. Allerdings muß sie, will sie sich auf die Dauer behaupten, von der reinen Philologie auch zu einer Gesellschafts- und Verhaltenswissenschaft werden: dafür sind philologische, textkritische, literatur- und sprachwissenschaftliche Kenntnisse notwendig aber nicht hinreichend. Sie bedürfen der Ergänzung durch den Umgang mit anderen Disziplinen. Es gilt, diese Romanistik der Zukunft zu skizzieren. Diese Zeitschrift versucht, einen Beitrag dazu zu leisten.

Das Ende, die Implosion des sich sozialistisch nennenden Lagers hat für das kritische Denken weitreichende, wenn auch noch unklare Folgen: auf der einen Seite herrscht noch immer eine gewisse selbstverständliche Siegermentalität, welche die neuen Formen weltweiter Krisen überhaupt nicht wahrnehmen kann und glaubt, das Verschwinden eines Gesellschaftsmodells habe automatisch die Überlegenheit des anderen nachgewiesen. Auf der anderen Seite werden Möglichkeiten der Argumentation sozusagen befreit, welche lange Zeit, da von der einen oder anderen Seite vereinnahmt, zum intellektuellen Austausch praktisch nicht mehr zu verwenden waren. Diese Befreiung sollte, mindestens auf längere Sicht, auch die Möglichkeiten der Wahrnehmung wieder weiter machen - wenn auch die ersten Erfahrungen nicht gerade überzeugend sein mögen. Auch eine romanistische Zeitschrift wird sich dieser Veränderung des geistigen Klimas nicht ganz entziehen können und ihre Chancen zu nutzen suchen.

Natürlich gibt es andere Publikationen, welche teilweise ähnliche Zielsetzungen haben: Zeitschriften, welche über bestimmte Staaten oder Sprachräume informieren, solche die über bestimmte Sprachen oder Literaturen berichten, historische und geographische, pädagogische und ähnliche Periodika. Dennoch scheint das Konzept von *Quo vadis, Romania*, die romanischsprachigen Völker und Kulturen in der Zusammenschau und im Vergleich zu betrachten und dabei einen möglichst pluridisziplinären Anspruch durchzuhalten, sonst nicht vorzukommen. Dadurch soll keinem anderen Periodikum direkte Konkurrenz gemacht, eine gewisse Berechtigung des eigenen Vorhabens jedoch unterstrichen werden. Der Anspruch ist hoch, ob er bis zu einem gewissen Grade eingelöst wird, wird sich erst nach einigen Nummern zeigen können. Denn bislang steht die Zeitschrift finanziell ausschließlich auf ihren eigenen Beinen (bzw. lebt von z. T. aufwendig erarbeiteten Drittmitteln) und der Hoffnung der ersten Abonnenten, die uns einstweilen blind vertrauen. Damit sind die Möglichkeiten, was Inhalt und Aufmachung betrifft, begrenzt. Allerdings haben wir damit unsere redaktionelle Unabhängigkeit gesichert, auf die wir größten Wert legen. Wir hoffen, früher oder später auch von Institutionen eine Förderung zu bekommen und damit weitergehende Pläne verwirklichen zu können.

Herausgeber der Zeitschrift ist die Redaktion, welche kollegial arbeitet und entscheidet und in ihren Entscheidungen unabhängig ist. Die Redaktionsmitglieder arbeiten zwar am Institut für Romanistik der Universität Wien, es gibt jedoch keine institutionelle Anbindung. Die Redaktion möchte nicht nur bekannte Forscherinnen und Forscher zu Wort kommen lassen, sondern sie hofft, daß in zunehmendem Maße Erträge der Arbeit von Studierenden, Diplomanden und Doktoranden abgedruckt werden können. Die Zeitschrift versteht sich als *wissenschaftliche*. Die Redaktion ist jedoch der Meinung, daß Wissenschaftlichkeit die Lesbarkeit nicht notwendig beeinträchtigen muß; sie legt daher großen Wert auf *lesbare* Texte und hofft, daß ihre Autoren diesen Anspruch einhalten. Darin liegt ein durchaus aufklärerisches Anliegen: Gedanken, sofern sie klug sind, sollten so formuliert werden, daß sie Aussicht auf eine gewisse Verbreitung erhalten. Als Publikationssprachen sind neben dem Deutschen auch die romanischen Sprachen vorgesehen. Vorläufig hoffen wir, zwei Nummern pro Jahr veröffentlichen zu können.

Jedes Heft soll um ein bestimmtes Thema zentriert sein. Dazu gesellen sich Beiträge zu anderen Problemen, Rezensionen zu Arbeiten, welche der Redaktion besonders wichtig scheinen, aber auch Berichte zu aktuellen Fragen aus unterschiedlichen Bereichen der Romanistik. Die Redaktion wird versuchen, vor allem solche Themen zu behandeln, welche auch eine bestimmte gesellschaftliche Bedeutung haben. Sie möchte gerne mit ihren Leserinnen und Lesern in Austausch treten und verspricht, jede Äußerung zur Kenntnis zu nehmen.

*Entre tots ho farem tot.*  
[Motto des Institut d'Estudis Catalans]

Wien, 2.IV.1993

Das Redaktionskollegium

Diese erste Nummer der Zeitschrift hätte ohne den unermüdlchen Einsatz  
und die Opferbereitschaft von Herrn  
Generaldirektor Hermann MAYER  
nicht erscheinen können.

Wir wollen ihm an dieser Stelle ganz herzlich dafür danken.

## Die Auswirkungen der politischen Unabhängigkeit auf den Sprachverdrängungsprozeß im Peru des 19. Jahrhunderts

Eva Gugenberger, Wien

### 1. Einleitung

Wenn man sich die Untersuchung des Sprachkontakts zwischen dem Spanischen und den indigenen Sprachen in seiner historischen Entwicklung zur Aufgabe stellt, ist das erste Problem, mit dem man konfrontiert wird, der unterschiedliche Forschungsstand zu den einzelnen Epochen. Während die Sprachenfrage in der Kolonialzeit unter der Spanischen Krone in zahlreichen Arbeiten ausführlich analysiert wird (zu Peru etwa Konetzke 1964, Rivarola 1990, Mannheim 1989 und 1991), sind die Kapitel über die sprachpolitische Entwicklung im 19. Jahrhundert bis in die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hinein sehr kurz und beschränken sich entweder auf allgemeine Formulierungen und den Hinweis, daß diese Epoche noch von niemandem im Detail untersucht wurde, sieht man von einer Arbeit zu Mexiko (Heath 1986) ab, oder es wird versucht, aus politischen und ökonomischen Geschichtsdarstellungen (z.B. Cotler 1986, Manrique 1987, Flores Galindo 1987) sowie Arbeiten über den *indigenismo* (etwa Marzal 1986) Schlüsse auf die sprachliche Situation zu ziehen (vgl. etwa Jung 1987, Cerrón-Palomino 1987a). Die Gründe für dieses Manko dürften einerseits die Quellenlage<sup>1</sup>, andererseits das wechselnde Interesse an der Sprachenfrage und am "problema indígena" im allgemeinen von seiten der Machthabenden in den einzelnen historischen Epochen sein.

In der vorliegenden Arbeit möchte ich versuchen, die Politik gegenüber den indigenen Völkern Perus - einerseits in ihrer historischen Kontinuität und mit ihrem kolonialen Erbe, andererseits mit ihren Brüchen und Widersprüchlichkeiten - von der Unabhängigkeit vom spanischen Mutterland bis zur Indigenismus-Strömung der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts darzustellen. Von politischen und sozialen Entwicklungstendenzen ausgehend, möchte ich versuchen, die Auswirkungen auf die einheimischen Sprachen, insbesondere auf das Quechua, abzuleiten. Es kann nicht Ziel dieses kurzen Beitrags sein, jene Zeit erschöpfend aufzuarbeiten, vielleicht kann ich jedoch einige Anregungen für eine weitergehende Auseinandersetzung mit dieser historischen Epoche aus soziolinguistischer Sicht geben.

In groben Zügen läßt sich sagen, daß die Politik gegenüber den indianischen Völkern und ihren Sprachen von der Invasion der Spanier bis heute eine kontinuierliche Linie aufweist und implizit oder explizit die sukzessive Verdrängung der einheimischen Sprachen und Kulturen verfolgt. Zwei Positionen ziehen sich durch vier Jahrhunderte konstant hindurch. Mannheim nennt die erste Position "liberal" oder "de asimilación suave". Sie wurde zuerst in der Kolonie von den Jesuiten vertreten und erlebte ihren

<sup>1</sup> Für die Kolonialzeit existieren Chroniken, offizielle Dokumente und Briefe, die die explizite Sprachpolitik der Spanischen Krone ausführlich darstellen; ab etwa der Mitte des 20. Jahrhunderts - der Zeitpunkt ist regional unterschiedlich - gibt es zahlreiche Dokumente und Studien zur Sprach- und Erziehungspolitik.

Höhepunkt Ende des 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts, der Epoche "del apogeo del quechua como lengua literaria". Die zweite Position, die derselbe Autor als "hispanista" oder "de asimilación dura" bezeichnet, besteht im "modelo de la unificación lingüística de la península ibérica". Dieser harte Kurs kam vor allem unter der Herrschaft der Bourbonen im 18. Jahrhundert zum Ausdruck und wurde von der Republik übernommen:

"Lima después de la independencia asumió una postura intelectual modernista y el renacimiento literario que tuvo lugar en el Cuzco se perdió en la corriente provinciana." (Mannheim 1989:34)<sup>2</sup>

Die hispanistische Position hat, von einigen wenigen Ausnahmen aus jüngerer Zeit abgesehen, die Sprach- und Erziehungspolitik der Republik bis heute geprägt. Ihre Inhalte haben sich kaum verändert, nur die Begriffe in der Argumentation wurden ausgetauscht. Während in der Kolonialzeit die Termini "Religion" und "Imperium" gebraucht wurden, sprach man in der Republik von den Konzepten "Entwicklung" und "Nation" (Mannheim 1989:33). Die Opposition "Barbarei" versus "Zivilisation" in den Geistesströmungen des 19. Jahrhunderts wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts von der des "Traditionalismus" - "Modernität" abgelöst. Die Widersprüche aber zwischen dem Staat als Machtinstrument einiger weniger und der unterdrückten Bevölkerung blieben bestehen und verhinderten die Konsolidierung Perus als Nation.

Im Überblick kann man die Phasen der Politik gegenüber den indianischen Völkern durch die Jahrhunderte mit den drei Etappen des *indigenismo* nach Marzal skizzieren: dem *indigenismo colonial*, in dem die indigenen Kulturen "deben 'conservarse como tales' bajo el control (defensa - explotación) de la sociedad dominante", dem *indigenismo republicano*, in dem "deben 'asimilarse' a la sociedad nacional para formar una sola nación mestiza", und dem *indigenismo moderno*, in dem "deben 'integrarse' a la sociedad nacional, pero conservando ciertas peculiaridades propias" (Marzal 1986:43).

Aus dem Gesagten wird klar, daß man bei der Darstellung der Situation der indianischen Völker und ihrer Sprachen ab der Unabhängigkeit nicht erst bei der formalen Ablösung vom Mutterland (1821) beginnen darf, sondern zumindest die politischen Ereignisse des auslaufenden 18. Jahrhunderts miteinbeziehen muß, die maßgeblich den Kurs der Sprachpolitik in der Republik mitbestimmen bzw. vorwegnehmen sollten.

## 2. Der "ciclo antiindigenista" ab 1780

Im 18. Jahrhundert flammte der indianische Widerstand gegen das Kolonialregime immer wieder in verschiedenen Regionen des Vizekönigtums auf. Dies war nicht der letzte Grund, warum Carlos III. 1770 per Dekret die Kastellanisierung der Kolonien anordnete. In einem Brief, den 10 Jahre später der Bischof von Cuzco Juan Manuel Moscoso an einen Besucher schrieb, spiegelt sich der neue Assimilierungskurs wider:

<sup>2</sup> Zum *indigenismo* der Provinzintellektuellen Cuzcos im 19. Jahrhundert siehe Tamayo Herrera 1980:115-161.

"Si consideramos que el idioma permanece en los indios [...] es otro asunto digno de lástima a la nación española: Yo bien veo que se fatigan las prensas en darnos ordenanzas y establecimientos para quitar de los indios el lenguaje, y que en conformidad de los reales Rescriptos sobre esta materia, los Prelados celosos lo tienen mandado con grandes apercivimientos en las Visitas de sus Diócesis, *prescribiendo se doctrinen en castellano los jóvenes*. ¿Pero, qué aprovecha este conato? Quando siguen los naturales en su idioma, y por la maior parte tan tenazes, que hay población en que se hablan tres distintos, totalmente entre sí, como son Quichua general, la Aymara y Puquina! Mas de doscientos años he dicho tenemos de conquista, y cuando *el sistema de todo conquistador es traer a su idioma la nación conquistada*, nuestros españoles en nada más parece que han pensado que en mantenerles en lo suyo, y aun es acomodarse con él, pues vemos le usan con más frecuencia que el propio." (zitiert nach Rivarola 1990:108-109; Hervorhebungen von mir)

Rivarola stellt in seiner Interpretation des Briefes nicht nur fest, daß sich in diesem Schriftstück das "dictum nebricense" der Sprache als "compañera del imperio" der ersten spanischen Grammatik von 1492 wiederfindet, sondern zieht daraus auch den Schluß, daß am Vorabend der Unabhängigkeit große indianische Bevölkerungsteile einsprachig waren. Dafür sprechen auch statistische Daten in der "Memoria de 1796 del Virrey Gil Taboada y Lemos", nach denen sich die Bevölkerung des Vizekönigsreiches aus 56,9% Indios, 22,8% Mestizen, 12,6% Spaniern, 3,9% freien Kasten und 3,8% schwarzen Sklaven zusammensetzte. Wenn sich diese Zahlen auch auf das Kastensystem beziehen, läßt sich, bestärkt durch die Koinzidenz von Kasten- und ethnischer Zugehörigkeit, daraus die Annahme ableiten,

"que el 56,9% de indios que se menciona no sería muy superior al de los hablantes exclusivos de vernáculo, como es también probable que el 22,8% de mestizos estuviese constituido por una mayoría de bilingües en español y vernáculo." (ibidem 1990:109)

Das wichtigste historische Ereignis im auslaufenden 18. Jahrhundert in bezug auf die künftige Indianerpolitik ist zweifellos der letzte und größte indianische Aufstand der Kolonialperiode unter der Führung von Túpac Amaru. Das Scheitern dieser Rebellion, die einerseits den vorläufigen Endpunkt des *movimiento indígena* markierte und andererseits als Vorläufer der Unabhängigkeitsbewegung gegen die spanische Herrschaft gewertet wird (vgl. Zubritski 1979:119), hatte gravierende Folgen für die indianischen Völker und ihre Sprachen.

Da die Kolonialverwaltung nicht nur ökonomische, sondern auch kulturelle Faktoren als Motive, die zum Ausbruch des Aufstands führten, sah, folgte auf die Niederschlagung der Rebellion mit der Ermordung seiner Anführer nicht nur die Eliminierung des indianischen Adels und die Verfolgung aller indigenen Führer: man ging vehement gegen alles, was als andine Kultur betrachtet wurde, vor:

"prohiben el teatro y la pintura indígena, la lectura de los Comentarios Reales, el uso del quechua, la vestimenta tradicional. ¿Etnocidio? Lo cierto es que el indio comienza a ser tan menospreciado como temido por quienes no lo son. La cultura andina deja los espacios públicos y se torna clandestina." (Flores Galindo 1988:265)

### 3. Die Unabhängigkeit: Der Mythos der Egalität

#### 3.1. Der Gleichheitsgrundsatz der "Freiheitskämpfer"

Der "ciclo antiindigenista", wie Flores Galindo die Epoche ab 1780 nennt, wurde von den Unabhängigkeitskriegen unterbrochen:

"Los patriotas admiten que su victoria ha sido posible gracias a tropas indígenas. Surge la idea de integrar al indio en la República como un ciudadano. Es, paradójicamente, uno de los argumentos para suprimir jurídicamente a las comunidades indígenas. Los vencedores, además, se sienten continuadores de los Incas. [...] Pero lo indio se termina considerando en abstracciones como el sol, los andes, los lagos de altura: imágenes desencarnadas. Más allá de los discursos, se desdibuja el encuentro idílico entre las tropas criollas y los campesinos." (Flores Galindo 1988:266)

In diesem Zitat zeichnet sich die Rolle, die die indianischen Ethnien in der Republik einnehmen würden, ab: das Rekurren auf eine schon weit zurückliegende glorifizierte Vergangenheit, die als konstitutives Element in das Konzept der neuen Nation miteinbezogen werden sollte (schließlich wollte man sich ja von den Spaniern abgrenzen), ohne aber den großen indianischen Bevölkerungsanteilen als Menschen mit eigenem Gedanken- und Kulturgut wirklich Rechnung zu tragen. Die Fusionierung des "movimiento nacional criollo" und des "movimiento nacional indígena" war gescheitert, auch wenn einige liberale Kreolen so weit gingen, die Unabhängigkeit im Namen der panandinen Götter zu schwören (vgl. López 1979:249). Obwohl die indianischen Bauern zum Zusammenbruch des Kolonialsystems beitrugen und sich aktiv an den Kämpfen beteiligten, waren letztendlich die Träger des Kampfes um die Unabhängigkeit und die Gewinner die kreolischen Geschäftsleute, die sich vom System des Freihandels wirtschaftliche Vorteile versprachen. So bedeutete die Abspaltung von Spanien Freiheit und Selbstbestimmung nur für die Kreolen. Mit den Schlagwörtern Freiheit, Gleichheit und wirtschaftliche Freizügigkeit sollten Nationen nach europäischem Vorbild geschaffen werden, die von Anfang an künstliche Gebilde waren. Ziel war ein homogener Staat unter ausschließlicher Kontrolle der Liberalen, in dem kulturelle Unterschiede ausgelöscht werden sollten. Während des ganzen 19. Jahrhunderts, und besonders in der ersten "anarchistischen Phase" (vgl. López 1979:251) der Verwirrungen in der jungen Republik nach dem abrupten politischen Wechsel, schienen die Kreolen die indianischen Völker vergessen zu haben. Was Heath über diese Epoche in bezug auf Mexiko schreibt, läßt sich ohne größere Probleme auf alle neugegründeten Nationen des Kontinents übertragen:

"Durante los primeros años de la Independencia, los líderes políticos de la nueva nación cerraron los ojos a las masas del interior del país; declararon que no había indios en México y centraron sus intereses educativos en el debate entre la Iglesia y el Estado. Durante más de sesenta años la educación quedó inmobilizada, en gran parte hasta la clase alta, y se prestó poca atención a los indios." (Heath 1986:259)

San Martín erließ im August 1821, einen Monat nach der Ausrufung der Unabhängigkeit in Peru, ein Dekret, in dem der Frei- und Gleichheitsgrundsatz für alle peruanischen Staatsbürger verankert wurde: alle Kinder von Sklaven sollten frei sein. (Die definitive Abschaffung der Sklaverei per Verordnung erfolgte aber erst 1854.) Das Tributsystem wurde abgeschafft, ebenso die Begriffe "*indio y natural por ser degradantes y peyorativas, sustituyéndolas por peruanos*" (Espinoza Soriano 1979:225). In der Folge wurden die Begriffe *indio* und *indígena* in den acht Verfassungen des 19. Jahrhunderts kaum erwähnt. Da nun alle vor dem Gesetz als gleich galten, waren die Indianer theoretisch Staatsbürger und hatten das Wahlrecht, auch wenn sie Analphabeten waren.<sup>3</sup> Aber alle Resolutionen des 19. Jahrhunderts zum Schutz und zur Verbesserung der Situation der Indianer erwiesen sich als bloße Hoffnung, da letztlich die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unberührt blieben.

#### 3.2. Oligarchie und *gamonalismo*

Nach der ersten anarchistischen Phase der jungen Republik kam es in den vierziger und fünfziger Jahren zu einer Neubildung der peruanischen Oberschicht. Die Wirtschaftszentren des Landes verlagerten sich an die Küste, in Lima entstand eine kleine Bourgeoisie, nicht mehr als etwa 30 Familien, die praktisch die gesamte nationale Wirtschaft kontrollierten. Mit dem "Guanoboom" ab 1840 begann die Modernisierung der Wirtschaft und die Konzentrierung auf den Export. Es kristallisierten sich zwei Machtgruppen heraus, einerseits die Handelsbourgeoisie an der Küste, andererseits die traditionellen Großgrundbesitzer im Innern des Landes. Damit begann die als "Estado oligárquico" bezeichnete Phase.<sup>4</sup> Die Küste war der Ort der kapitalistischen Modernisierung, während die Wirtschaft der Sierra von der Refeudalisierung bestimmt wurde (vgl. Jung 1987:71). Damit wurde der Grundstein für die Beherrschung der Küstensektoren über die Andengebiete gelegt. Mit der wachsenden Kluft zwischen den verschiedenen Teilen des Landes vergrößerte sich auch das gegenseitige Unverständnis ihrer Bewohner. So schrieb 1865 der Reisende Squier, daß

"en Lima se sabe mucho menos del Cusco que de Berlín; por cada nativo de la capital que ha visitado Cusco, hay cien que han visitado París. El viaje de Lima a Nueva York se hace en menos tiempo que el que se puede hacer desde el mismo punto hasta la altiva pero aislada ciudad de la sierra y con una cuarta parte de sus molestias." 5

Mir erscheint es wichtig, die Kluft in der damaligen peruanischen Gesellschaft und die Aufteilung der Wirtschaftsmacht hervorzuheben, da sie die unterschiedliche Entwicklung der sprachlichen Situation an der Küste sowie im Norden des Landes und der südlichen Sierra erklärbar macht.

3 Das allgemeine Wahlrecht mit Einschluß der Analphabeten wurde 1847 gesetzlich verankert (vgl. Espinoza Soriano 1979:229). Dieses Recht wurde später (1898) abgeschafft und erst wieder in der Verfassung von 1979 eingeführt.

4 Zum Begriff Oligarchie siehe Flores Galindo 1988:273.

5 Squier, George [1865] 1974. *Un viaje por tierras incaicas. Crónica de una expedición arqueológica (1863-1865)*. Buenos Aires. 247. Zitiert nach: Flores Galindo 1988:273-274.

Die Freigabe des Grundstückhandels hatte für die Besitzverhältnisse im Hochland beachtliche Folgen. Durch die Ausweitung der Haciendas auf Kosten der *comunidades indígenas* und Kleingrundbesitzer bekamen die *gamonales*<sup>6</sup> eine Schlüsselrolle als Vermittler zwischen den quechuasprachigen Bauern und der spanischsprachigen Bourgeoisie, da eine Kommunikation zwischen diesen beiden Gruppen unmöglich war:

"El Estado requería de los gamonales para poder controlar a las masas indígenas excluidas del voto y de los rituales de la democracia liberal, que además tenían costumbres y utilizaban una lengua que las diferenciaban demasiado de los hábitos urbanos. Entre la clase alta, la oligarquía de comerciantes, banqueros y modernos terratenientes establecida en ciudades de la costa como Lima, Trujillo o a medio camino de la sierra como Arequipa, y los campesinos, no existía una ideología o una cultura que posibilitara cualquier tipo de comunicación." (Flores Galindo 1987:229)

Die zweisprachigen *gamonales* verwehrten den Bauern die Teilnahme an der Demokratie und Erziehung und hielten sie absichtlich in Abhängigkeit und Isolation. Sie waren nicht an der Konstruktion eines Staates mit Integrierung der indianischen Bevölkerung interessiert, vielmehr hielten sie an kolonialen Strukturen fest (vgl. dazu López 1979:248-249). Diese Haltung implizierte auch den Widerstand der *gamonales* gegen die Schulerziehung und die damit verbundene Kastilisierung der Indianer, galt für sie doch "indio leído, indio perdido" oder noch krasser ausgedrückt "indio educado, demonio encarnado" (Montoya 1990:175). Damit wird auch die paradoxe Funktion der Institution Schule offensichtlich: Einerseits lernten die Indianer ihre Rechte kennen und verteidigen, das heißt die Schule hätte zur Befreiung aus feudaler Unterdrückung beitragen können. Andererseits förderte die schulische Erziehung den Sprachenwechsel und die Vernichtung der einheimischen Kulturen, da die einzige Unterrichtssprache Spanisch war. (Daran hat sich mit Ausnahme weniger zweisprachiger Schulprojekte bis heute nichts geändert.)

In der Situation der Isolation der indigenen Bevölkerung und des fehlenden Kontakts mit der "Außenwelt" bestand weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, Spanisch zu lernen. Diese besonderen Umstände führen zur sehr plausiblen Annahme, daß das Quechua und das Aymara in einem anderen sozio-ökonomischen Kontext (wie z.B. in der nördlichen Sierra und an der Küste) nicht hätte überleben können und erklärt die bis heute sehr starke Konzentration an Quechuasprachigen im südlichen Andengebiet (vgl. Jung 1987:74).

Da weder die Oligarchie noch die *gamonales* aus den angeführten Gründen an der Errichtung eines Staates mit gleichen Bürgerrechten für alle interessiert waren, blieb auch die Erziehung lange Zeit hindurch elitär und auf wenige Sektoren beschränkt. Somit wurde die bereits 1870 proklamierte Hispanisierung der indianischen Bevölkerung gar nicht oder nur sehr zögernd in die Tat umgesetzt.

Zum Fortschreiten des Kastilisierungsprozesses im 19. Jahrhundert trugen daher sicherlich viel weniger die Institution Schule, sondern vor allem folgende Faktoren bei:

6 Zum Begriff "gamonal", ein Peruanismo für Großgrundbesitzer, der wirtschaftliche und lokale politische Macht auf sich vereint, siehe Flores Galindo 1987:228.

zum einen die Notwendigkeit der Aneignung der offiziellen Sprache, da in einem Staat, in dem alle Rechte nur über die offizielle Sprache ausgeübt werden konnten, die einsprachige indigene Bevölkerung auf dem Status von Minderjährigen blieb; zum anderen der zunehmende Kontakt zwischen Spanisch- und Vernakularsprachigen in einigen Regionen des Landes, und zwar dort, wo durch die Modernisierung der Wirtschaft die Verbesserung der Transportwege und die beginnende Migration in die Küstenstädte gefördert wurde.

Als Beispiel für eine Kontaktsituation sei hier das Mantaro-Tal in der Sierra Central angeführt (vgl. Manrique 1987:156-164), wo die Machtverhältnisse anders als im Süden verteilt waren, da die *gamonales* auf starken Widerstand der indianischen Gemeinschaften stießen. In der folgenden Beschreibung bezieht sich Manrique auf die Zeit vor dem Eisenbahnbau Anfang des 20. Jahrhunderts:

"[...] no existiendo latifundios en las tierras bajas del valle del Mantaro, tampoco existió una servidumbre brutal como la que se concentraba ampliamente extendida en la región del sur. A lo más, ésta pudo circunscribirse a las zonas altas, donde imperaba el latifundio ganadero, pero aún en estas regiones la implementación de sólidas relaciones de servidumbre chocaba con obstáculos decisivos, el principal de los cuales era la existencia de comunidades libres poderosas en el valle, que ocupaban diversos pisos ecológicos [...] Esto no quiere decir que no existiesen rasgos señoriales en la ideología de los terratenientes; lo que nos parece importante resaltar es que éstos tenían una base material precaria, lo cual permitía al indígena, amparado en una economía campesina fuerte y con una activa incorporación a un mercado de carácter regional, un margen de acción amplio." (Manrique 1987:164)

Manrique hebt, sich auf Arguedas berufend, den großen Unterschied zwischen den kulturellen Praktiken von Weißen und Indianern hervor, die sich stark voneinander abgrenzten:

"[...] la separación entre las culturas blanca e indígena, principalmente, se expresaba abiertamente en una peculiar configuración espacial, donde adquirían significación las fronteras de tipo lingüístico, los usos de costumbres, vestimentas, creencias, festividades, especialización productiva, etc." (ibidem: 157)

Zwischen die beiden Bevölkerungsteile (die Weißen stellten natürlich eine winzige Minderheit gegenüber den Indianern dar) hatte sich schon eine dritte Gruppe, die der Mestizen, geschoben. Alle drei Gruppen unterschieden sich durch kulturelles und sprachliches Verhalten, wie der Huancaño Nemesio Ráez 1892 beschreibt:

"La raza blanca vive lo mismo que la europea y tiene más o menos las mismas costumbres; [...] Los mestizos hablan el quechua y el español. [...] Los indios hablan el quechua que difiere mucho del antiguo y del de los del S., y mezclan ese idioma y el castellano a cada instante."

Der Sprachkontakt im 19. Jahrhundert vollzog sich in den verschiedenen Regionen unter unterschiedlichen und zum Teil adversiellen Bedingungen. Wahrscheinlich

7 Ráez, Nemesio [1892], "Huancayo". In: *Monografía de Huancayo y otros estudios*. Cuadernos Universitarios de la UNCP, Huancayo, 1977:27-28. Zitiert nach ibidem: 161.

müßte jeder Fall einzeln untersucht werden. Global gesprochen läßt sich jedoch feststellen, daß eine beginnende Bilingualisierung zu verzeichnen ist, mit der nicht nur die sukzessive Verdrängung des Quechua und Aymara, sondern auch das Aussterben anderer Sprachen, wie des Puquina, Mochica und Culli, einherging (vgl. Cerrón 1987a:32-33).

Auch die Militäraktionen, in denen mit brutaler Gewalt gegen die Indianer vorgegangen wurde, hatten sprachliche Auswirkungen. Rivero dokumentiert, daß der Caudillo Ramón Castilla 1847 eine Militärexpedition nach Chanchamayo, einem tropischen Tal an den Abhängen zum Amazonastiefland, entsandte, um diese Region "a sangre y fuego" zu erobern, bei der die einheimische Bevölkerung vernichtet und vertrieben wurde (vgl. Manrique 1987:111). Der von Macera als "guerra de exterminio terrible" (vgl. Flores Galindo 1988:222) bezeichnete Vorstoß in die Selva, der während des "Kautschukbooms" zwischen 1880 und 1914 einen Höhepunkt erreichte, hatte nicht nur die Auflösung zahlreicher Stammesverbände zur Folge, sondern auch das Aussterben einiger ethnolinguistischer Gruppen.

### 3.3. Der rassistische Diskurs

Sprachkontakt, der unter Bedingungen der Dominanz und Unterdrückung stattfindet, hat nicht nur Auswirkungen auf die Struktur der dominierten Sprachen (Sprachverfall bis zum vollständigen Verschwinden der Vernakularsprachen), sondern auch auf ihre Sprecher: die Hierarchisierung in der Bewertung ruft bei den Sprechern Schamgefühle hervor, die die Aufgabe der Muttersprache und den Sprachenwechsel fördert.

Diese Konsequenzen, sowohl auf sprachlicher als auch auf psychologischer Ebene, kommt in der Beschreibung Middendorfs<sup>8</sup> über die Folgen des Eisenbahnbaus Eten - Ferreñafe für das Mochica, dessen Verbreitungsgebiet die Nordküste Perus war, deutlich zum Ausdruck:

"los jóvenes empiezan ahora a avergonzarse de su propio idioma, se sirven frente a extraños solamente del castellano y hablan su lengua nativa sólo entre los suyos, mezclando cada vez más palabras castellanas. Este es el comienzo del fin."<sup>9</sup>

Die steigende Verachtung von Seiten der Kreolen gegenüber der indianischen Bevölkerung und ihren Sprachen im 19. Jahrhundert wird von Flores Galindo anhand mehrerer Beispiele dokumentiert: der spanische Liberale Lorente (1813 - 1884), der in seiner Zeit als einer der Radikalen unter den Fortschrittlichen galt, hatte als Autor von Geschichtslehrbüchern direkten Einfluß auf das historische Bewußtsein der peruianischen Kinder, die die Schule besuchten. Für ihn war der indio "la misma negación de valores modernos como el cambio y el progreso: un personaje carente de cualquier energía" (Flores Galindo 1988:175). Ganz im Sinne der evolutionistischen Theorien und des Sozialdarwinismus des 19. Jahrhunderts stellte er die Indios auf eine untere Ent-

<sup>8</sup> Der Deutsche Ernst Middendorf machte auch Forschungen zum Quechua und erstellte 1890 ein Wörterbuch und eine Grammatik, die bis heute wichtige Nachschlagewerke für Quechuaologen sind.

<sup>9</sup> Middendorf [1891] 1959:154, "El muchik". In: *Las lenguas aborígenes del Perú*. Lima. 103-156. Zitiert nach Cerrón 1987a:33.

wicklungsstufe am Rande der Zivilisation und schrieb ihnen negative, geradezu animalische Merkmale zu:

"Yacen en la ignorancia, son cobardes, indolentes, incapaces de reconocer los beneficios, sin entrañas, holgazanes, rateros, sin respeto por la verdad, y sin ningún sentimiento elevado, vegetan en la miseria y en las preocupaciones, viven en la embriaguez y duermen en la lascivia."<sup>10</sup>

In dem rassistischen Diskurs, der ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung rechtfertigen sollte, kristallisierte sich der Bewertungsrahmen heraus, der bis heute Gültigkeit hat: der Weiße symbolisiert Zivilisation, Fortschritt, Höherwertigkeit, Reichtum und Klugheit, während der Indianer für Barbarei, Rückständigkeit, Minderwertigkeit, Armut und Dummheit steht. Diese Attribute mußten auch auf die Sprachen übertragen werden, da Werturteile über Völker und Sprachgruppen so weit auf die Sprachen selbst projiziert werden (und umgekehrt auch sprachliche Bewertungen auf ihre Träger), daß sie letztlich als ihr immanente Eigenschaften angesehen werden (siehe dazu Gugenberger 1992a).

Ein weiteres von Flores Galindo angeführtes Beispiel zum interethnischen Kontakt unter sehr asymmetrischen Bedingungen ist das des ab 1830 aufkommenden "mercado de cholitos". In der schnell wachsenden Hauptstadt (in nur 30 Jahren verdoppelte sich die Bevölkerung von 55000 im Jahre 1836 auf mehr als hunderttausend Einwohner) stieg der Bedarf an Dienerschaft, die oft aus der Sierra von einem Reisenden oder Familienangehörigen (Präfekten oder Großgrundbesitzer) mitgebracht wurde. Aus den Anzeigen in *El Comercio* geht hervor, daß die meist minderjährigen *cholitos* oft nur sehr gebrochen Spanisch sprachen. Gregorio etwa, Sohn einer Provinz von Ayacucho, wird als "muy cerrado para hablar el castellano" (*El Comercio* vom 3.8.1858) bezeichnet. Flores Galindo meint dazu:

"Como él, muchos otros conocerían quechua o aymara y apenas unas pocas palabras en español. No había interés por educarlos y el desconocimiento de la lengua de los amos o el hablarla con un marcado acento, era otro elemento de diferenciación." (Flores Galindo 1988:283)

Diese *cholitos* symbolisierten für Flores Galindo den Charakter der peruianischen Gesellschaft: die Symbiose zwischen sozialer Klasse und Kaste. Hausdiener und *cholo* waren praktisch Synonyme. *Cholo* als rassistischer Begriff stand auch für einen Abkömmling einer besiegten und minderwertigen Rasse, der nur die Unterwerfung übrigblieb (vgl. ibidem: 285).

Das Beispiel des "mercado de cholitos" zeugt auch von der beginnenden Migration vom andinen Hochland in die Hauptstadt: bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (Zensus von 1908) war die Zahl der *servientes* in Lima auf 14274 gestiegen, das waren 19% der arbeitenden Bevölkerung. Der Großteil von ihnen war indigener Herkunft, danach kamen die Mestizen und ein sehr geringer Anteil asiatischer oder afrikanischer

<sup>10</sup> Lorente, Sebastián [1855], 1980. *Pensamientos sobre el Perú republicano del siglo XIX*. Lima. 177. Zitiert nach ibidem: 275.

Herkunft (vgl. *ibidem*: 284). Im Gesamten gesehen hatte sich die Bevölkerungsstruktur im Laufe des 19. Jahrhunderts aber wenig verändert, die Indianer stellten weiterhin den überwiegenden Bevölkerungsanteil.<sup>11</sup>

#### 4. Die Epoche der Indigenismus-Strömungen

Am Ende des vorigen Jahrhunderts wurde der Traum von einer einsprachigen christlichen Nation stark erschüttert. Der Krieg mit Chile (1879-1883) und eine neuerliche Welle von Bauernaufständen ließen die Zerbrechlichkeit des oligarchischen Staates und das Fehlen eines authentischen nationalen Projekts in einem multiethnischen Land zutage treten. Die Konzeption eines Staates, in dem der überwiegende Teil der Bevölkerung unter Mißachtung ihrer kulturellen Eigenständigkeit nur als Arbeitskräftereservoir betrachtet wurde, mußte in Frage gestellt werden. So entstanden die ersten Strömungen des *indigenismo*, der in der Anfangsphase noch sehr paternalistische Züge trug und mitleidsvoll die unmenschliche Ausbeutung der indios anprangerte (siehe dazu z.B. Tamayo Herrera 1980:152 ff über Clorinda Matto de Turner). Damit kam das "problema del indio", gleichzeitig mit der Agrarfrage, erstmals ins Zentrum politischer Debatten.

Einer der Vorläufer des modernen Indigenismus (nach Marzal die Epoche von 1920 - 1970) war Manuel González Prada (1844 - 1918), dessen Gedanken vor allem in seinem Aufsatz "Nuestros indios" (1905) niedergeschrieben sind. Sein Verdienst besteht darin, das Indioproblem als ein ökonomisches und soziales zu erkennen. Als Positivist glaubt er weiterhin an die aufklärerische Funktion der Schule, die aus dem Indio einen zivilisierten Menschen machen könnte:

"siempre que el indio se instruye en colegios o se educa por el simple roce de personas civilizadas, adquiere el mismo grado de moral y de cultura que el descendiente del español. [...] la cuestión del indio, más que pedagógica, es económica y social." (zitiert nach Marzal 1986:442)

Obwohl die hispanistische Position der Regierungen durch den offiziellen Indigenismus der zwanziger Jahre in der Ära des Präsidenten Leguía unterbrochen wurde - Leguía verlas gerne Reden auf Quechua, ohne ein einziges Wort davon zu verstehen (vgl. Cerrón 1987a:34) - kam auch in jener Zeit die Widersprüchlichkeit der Haltung des Staates gegenüber den indianischen Völkern, ihrem Recht auf ihre Sprachen und Kulturen versus Ausbeutung, Assimilation bzw. Integration, zum Ausdruck. Diese Haltung spiegelt sich in der Sprach- und Erziehungspolitik des ganzen 20. Jahrhunderts wider. Tatsächliche Bemühungen um eine Veränderung der Besitzverhältnisse und eine Erziehungsreform unter Miteinbeziehung der einheimischen Sprachen ließen noch lange (bis in die siebziger Jahre) auf sich warten.

<sup>11</sup> Ein Zensus von 1876 kann trotz seiner Fehlerhaftigkeit einige Richtlinien geben: danach gab es zu jenem Zeitpunkt fast 2,7 Millionen Einwohner in Peru. 371.195 Weiße standen 1.554.678 Indianern gegenüber. Im gesamten setzte sich die Bevölkerung aus 57,5% Indianern, 24,8% Mestizen, 13,7% Weißen, 1,9% Schwarzen und 1,8% Asiaten zusammen. Die Indianer waren fast zur Gänze Analphabeten. (vgl. Flores Galindo 1988:274 und Espinoza Soriano 1979:230).

In den indigenistischen Diskurs der zwanziger Jahre wurde die Sprachenfrage nicht explizit miteinbezogen. Nicht einmal José Carlos Mariátegui (1894 - 1930), der erste bedeutende marxistische Theoretiker Lateinamerikas, berücksichtigte in seinen Schriften die indigenen Sprachen als wichtigen kulturellen Faktor. Mariátegui strich zwar immer wieder hervor, daß das Grundübel darin bestünde, daß den Erfordernissen der nationalen Ökonomie nicht Rechnung getragen und der indianische Faktor vernachlässigt würde, sprach aber auch in seinen zahlreichen kritischen Aufsätzen zum Erziehungswesen die Sprachenfrage nicht an. Vom Grundsatz ausgehend, daß das Indioproblem hauptsächlich ein "problema de la tierra" sei, ging es ihm vor allem um die ideologische Erziehung der indigenen Massen, in der die einheimischen Sprachen eine Art Vermittlerrolle spielen sollten. Die "elementos militantes de raza india que, en las minas o los centros urbanos, particularmente en los últimos, entran en contacto con el movimiento sindical y político" (Mariátegui 1974:225) sollten die Aufgabe übernehmen, den Indianern in ihrer eigenen Sprache die sozialistische Idee näherzubringen und das Klassenbewußtsein zu fördern. Die Sprache war dabei ein bloßes Instrument, um Sprachbarrieren zu überwinden:

"El idioma les permite cumplir eficazmente una misión de instructores de sus hermanos de raza y de clase. Los indios campesinos no entenderán de veras sino a individuos de su seno que les hablen su propio idioma. Del blanco, del mestizo, desconfiarán siempre; y el blanco y el mestizo a su vez, muy difícilmente se impondrán el arduo trabajo de llegar al medio indígena y de llevar a él la propaganda clasista." (*ibidem*: 225)

Auch wenn das Eintreten Mariáteguis für die Rechte der indigenen Völker in der damaligen Zeit wahrlich revolutionären Charakter hatte und sein Verdienst nicht geschmälert werden soll, muß ich mich doch der Kritik Marzals anschließen, daß

"Mariátegui no reflexiona sobre el indio como poseedor de una cultura diferente sino como un siervo inmerso en estructuras sociales injustas y así juzga que el problema indígena no podía resolverse hasta que se implantara la revolución socialista." (Marzal 1986:458)

Die Regierungen nach den zwanziger Jahren kehrten im großen und ganzen wieder zur hispanistischen Position zurück und stellten sich die Frage, wie die indianische Bevölkerung am besten in den Staat eingegliedert werden könnte. In ersten Versuchen zweisprachiger Erziehung wurden die indigenen Sprachen nur als Brücke zur effizienteren Erlernung des Spanischen eingesetzt. Erst der kritische Indigenismus der siebziger Jahre in der reformistischen Militärdiktatur unter Velasco Alvarado brachte eine Wende und setzte einen Meilenstein für die indianische Bewegung. Diese Epoche wird in der Literatur ausführlich analysiert (siehe z. B. v. Gleich 1982, Hornberger 1989, sowie Arbeiten von Escobar, Pozzi-Escot, Zuñiga, López L.E. und Jung).

## 5. Schlußbemerkung

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Sprachverdrängungsprozeß der indigenen Sprachen bereits auf die Kolonialzeit zurückgeht und im 19. Jahrhundert mit dem Versuch der Konsolidierung einer homogenen Nation akzentuiert wurde. Die an die Macht kommenden Kreolen ignorierten die Rechte der indianischen Bevölkerung auf ihre eigene Kultur und Lebensweise. Im neu formulierten Gleichheitsgrundsatz, der eine homogene Nation zum Ziel hatte, war kein Platz für ethnische Vielfalt vorgesehen. Indianisches Gedankengut wurde nur propagandistisch eingesetzt, um die Unterschiedlichkeit zum spanischen Mutterland zu betonen. In der Phase der Machtkonsolidierung der Handelsbourgeoisie in den Küstenstädten und der Großgrundbesitzer in den Andenregionen kam der Widerspruch zwischen der Forderung nach der Eingliederung in den kreolischen Nationalstaat einerseits und der Verweigerung der Teilnahme am demokratischen politischen und wirtschaftlichen Leben andererseits deutlich zum Ausdruck. Die durchgehende hispanistische Position, die in der linguistischen Vereinheitlichung aller Peruaner und Peruanerinnen bestand, prägte die gesamte Zeit der Republik, obwohl sie sich bis weit in dieses Jahrhundert hinein nicht in einer expliziten Sprachpolitik äußerte. Nur manchmal und dann auch bloß ansatzweise, etwa durch die Indigenismus-Strömungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde der harte Assimilationskurs abgeschwächt. Zur offiziellen Politik des "mestizaje" bis in die sechziger Jahre dieses Jahrhunderts kamen als für die Erhaltung indigener Sprachen und Kulturen nachteilige Faktoren der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozeß hinzu. Durch die Verbesserung der Infrastruktur, den Einzug der Schule und der Massenmedien, sowie durch die Verstärkung der Migrationsströme hin zu den Küstenstädten und den damit verbundenen intensiveren Kontakt zwischen den indianischen Völkern und den Spanischsprachigen ist der Substitutionsprozeß beschleunigt worden. Während bei der Ausrufung der Unabhängigkeit Spanisch die Sprache einer kleinen spanischen und kreolischen Elite war, sprechen heute (Zensus von 1981) 73% der peruanischen Bevölkerung nur noch Spanisch, etwa 16% sind zweisprachig und nur ein kleiner Teil spricht ausschließlich eine indigene Sprache. Das Quechua, vor der Invasion der Spanier die *lingua franca* im Andengebiet, ist zur Minderheitensprache geworden<sup>12</sup> und trotz verstärkter Bemühungen in Richtung Normalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten (siehe dazu etwa Godenzzi 1992) und einem zu beobachtenden steigenden ethnischen Bewußtsein konnte der Substitutionsprozeß bisher nicht gestoppt werden. Die Zukunft des Quechua wird davon abhängen, ob die Konzeption einer multiethnischen und mehrsprachigen Gesellschaft ernsthaft von den Regierungen und allen ethnischen Gruppen aufgegriffen und durch eine entsprechende Sprach- und Erziehungspolitik in die Tat umgesetzt wird.

12 Dies trifft nicht auf alle Regionen des Landes zu, in den südlichen Andendepartamentos liegt der Anteil der Quechua-Muttersprachler zwischen 80 und 90%; in Apurímac z.B. gibt es über 50% monolinguale Quechua-Sprecher.

## Literaturhinweise

- Cerrón-Palomino, Rodolfo, 1987a. "Multilingüismo y política idiomática en el Perú". In: *Allpanchis* 29/30, 17-44.
- Idem, 1987b. *Lingüística Quechua*. Cuzco.
- Cotler, Julio, 1987. *Clases, Estado y Nación en el Perú*. Lima (4° ed.).
- Escobar, Alberto, 1972a. *Lenguaje y discriminación social en América Latina*. Lima.
- Idem, Hrsg., 1972b. *El reto del multilingüismo en el Perú*. Lima.
- Espinoza Soriano, Waldemar, 1979. "La sociedad colonial y republicana (siglos XVI-XIX)". In: *Nueva historia general del Perú*. Lima.
- Flores Galindo, Alberto, 1987. *Buscando un Inca: Identidad y utopía en los Andes*. 1° Ed., Instituto de Apoyo Agrario. Lima.
- Idem, 1988. "República sin ciudadanos." In: Idem, *Buscando un Inca*. Erweiterte Ausgabe. Ed. Horizonte. Lima. 257-286.
- Gleich, Utta v., 1982. *Die soziale und kommunikative Bedeutung des Quechua und Spanischen bei Zweisprachigen in Peru (1968-1978)*. Hamburg.
- Godenzzi, Juan Carlos, 1987. *Lengua, cultura y región*. Documento base y conclusiones del Taller sobre lengua, cultura y región Sur Andina peruana. Cuzco.
- Idem, Hrsg., 1992. *El Quechua en debate*. Ideología, normalización y enseñanza. Cuzco.
- Gugenberger, Eva, 1990. "Migración y desplazamiento lingüístico en Arequipa". In: Cerrón-Palomino, Rodolfo y Solís Fonseca, Gustavo, Hrsg., *Temas de Lingüística Amerindia*. Lima, 181-191.
- Eadem, 1992a. "Sprachliche Bewertungen und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftspolitische Stellung des Quechua in Peru." In: *Scientia*, Band 31. 29-44.
- Eadem, 1992b. "Problemas de la codificación del Quechua en su condición de lengua dominada". In: Godenzzi, Juan Carlos, 1992. *El Quechua en debate*. Cuzco. 157-177.
- Heath, Shirley Brice, 1986. *La política del lenguaje en México: de la colonia a la nación*. México (2° ed.).
- Hornberger, Nancy, 1989. *Haku Yachaywasiman: la educación bilingüe y el futuro del quechua en Puno*. Lima-Puno.
- Indianer in Lateinamerika*. Neues Bewußtsein und Strategien der Befreiung. Wuppertal/Gelnhausen: Peter Hammer Verlag 1982.
- Instituto de Pastoral Andina, Hrsg., 1987. *Lengua, Nación y Mundo Andino*. In: *Allpanchis* 29/30.
- Instituto Nacional de Estadística - INE, Hrsg., 1981. *Censos Nacionales*. VIII de la Población III de Vivienda. Nivel Nacional. Lima.
- Konetzke, Richard, 1964. "Die Bedeutung der Sprachenfrage in der Spanischen Kolonisation Amerikas." In: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas* 1. 72-116.
- Idem, 1965. *Süd- und Mittelamerika 1*. Die Indianerkulturen Altamerikas und die spanisch-portugiesische Kolonialherrschaft. Fischer Weltgeschichte, Band 22. Frankfurt am Main.
- López, Luis Enrique, et al., 1984. *Caracterización sociolingüística*. Apuntes para un debate. Lima.
- Idem, Hrsg., 1988. *Pesquisas en lingüística andina*. Lima-Puno.

- López, Sinesio, 1979. "De imperio a nacionalidades oprimidas." In: *Nueva historia general del Perú*. Lima.
- López Soria, José Ignacio, 1979. "La época del rompimiento (1780-1824)." In: *Nueva historia general del Perú*. Lima.
- Halperin Donghi, Tulio, 1991. *Geschichte Lateinamerikas von der Unabhängigkeit bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main.
- Mallón, Florencia, 1992. "Indian communities, Political Cultures, and the State in Latin America, 1780-1990." In: *Journal of Latin American Studies*. The Colonial and Post-colonial Experience. Vol. 24. 35-53.
- Mannheim, Bruce, 1989. "La memoria y los objetos de la lingüística". In: *Lexis*, Vol. XIII, N° 1. 13-45.
- Idem, 1991. *The language of the Inka since the European Invasion*. Univ. of Texas Press, Austin.
- Manrique, Nelson, 1987. *Mercado interno y región*. La sierra central 1820-1930. Lima.
- Mariátegui, José Carlos, 1974. "Conclusiones sobre el problema indígena y las tareas que impone." In: Idem. *Ensayos escogidos*. Lima (2° ed.). 223-227.
- Idem, 1986a. *Siete ensayos de interpretación de la realidad peruana*. Lima (48° ed.).
- Idem, 1986b. *Temas de educación*. Lima (10° ed.).
- Marzal, Manuel, 1986. *Historia de la Antropología Indigenista: México y Perú*. Lima.
- Montoya, Rodrigo, 1987. *La cultura quechua de hoy*. Lima.
- Idem, 1990. *Por una educación bilingüe en el Perú*. Lima.
- Nueva historia general del Perú*, 1979. Lima.
- Pozzi-Escot, Inés, 1987. "La incomunicación verbal en el Perú". In: *Allpanchis* 29/30, 45-63.
- Eadem, 1988. "La educación bilingüe en el Perú: una mirada retrospectiva y prospectiva". In: López, Luis Enrique, Hrsg. *Pesquisas en lingüística andina*. Lima - Puno, 37-77.
- Rama, Angel, 1982. *Der lange Kampf Lateinamerikas*. Texte und Dokumente von José Martí bis Salvador Allende. Frankfurt am Main.
- Rivarola, José Luis, 1990. *La formación lingüística de Hispanoamérica*. Diez estudios. Lima.
- Strobl, Lydia, 1990. *Sprachenpolitik und zweisprachige Erziehung am Beispiel Peru*. Diplomarbeit. Wien.
- Tamayo Herrera, José, 1980. *Historia del indigenismo cuzqueño (siglos XVI-XX)*. Lima.
- Torero, Alfredo, 1974. *El Quechua y la historia social andina*. Lima.
- Zubritski, Yuri, 1979. *Los Incas - Quechuas*. Moscú.
- Zuñiga, Madeleine, 1987. "El reto de la Educación Intercultural y Bilingüe en el Sur del Perú". In: *Allpanchis* 29/30, 331-346.

## Paraguay - Musterland der Zweisprachigkeit?

Utta von Gleich, Hamburg

### Einleitung

In der angloamerikanischen und der europäischen soziolinguistischen Literatur wird Paraguay häufig als Musterland der Zweisprachigkeit gepriesen. Besonders im Vergleich zu den übrigen lateinamerikanischen Ländern zeichnet es sich dadurch aus, daß die präkoloniale Sprache Guaraní noch sehr vital und Mutter-/Erstsprache fast aller Paraguayer sei.

Unterhält man sich über Mehrsprachigkeit in Lateinamerika, hört man Äußerungen wie z.B.: "alle Paraguayer sprechen Guaraní" oder "ein echter Paraguayer kann Guaraní". Klar, (alle) Paraguayer sind zweisprachig. Guaraní und Spanisch sind Nationalsprachen, beide sind auch offizielle Sprachen.

Der Eindruck einer konfliktfreien Zweisprachigkeit wird bekräftigt durch Politiker, die Wahlkampfreden auf Guaraní halten, als auch durch Werbung im Fernsehen auf Guaraní. Nicht zuletzt sind unsere akademischen Gesprächspartner stolz auf ihre Zweisprachigkeit und paraguayische Diplomaten rühmen weltweit die Zweisprachigkeit als identitätskonstituierendes Merkmal Paraguays.

Ein oberflächlicher Blick auf die Sprecherzahlen könnte dazu verleiten, all diese Lobpreisungen für bare Münze zu nehmen. Von ca. 4 Millionen Einwohnern 1986 (v. Gleich 1990) sprechen in der Tat ca. 89 % Guaraní (nach offiziellen Angaben des Erziehungsministeriums in Asunción 1982), jedoch sind nur ca. 48% Spanisch-Guaraní zweisprachig und allerdings nur sehr wenige (5 %) Spanisch einsprachig. In der Tat ist also gut knapp die Hälfte der Bevölkerung zweisprachig.

Daß Nationalsprache jedoch in Lateinamerika nicht gleichzusetzen ist mit Amtssprache bzw. offizieller Sprache, wird dabei meist übersehen (vgl. v. Gleich 1989, 1992) und führt zu den Fehleinschätzungen über den Status der Kontaktsprachen. Nationalsprache bedeutet nichts anderes als die die Nation konstituierende/n Sprache/n und diese sind lt. Verfassung von 1967 Guaraní und Spanisch; Amtssprache war bisher jedoch allein Spanisch. Berücksichtigt man nun, daß 40 % der Paraguayer die offizielle Amtssprache Spanisch nicht beherrschen, so kann man die sprachlich bedingte Chancengleichheit in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits ahnen.

Bevor auf die sprachliche Situation Paraguays näher eingegangen wird, soll ein kurzer Vergleich mit Peru dazu beitragen, die soziolinguistische Sonderstellung in Lateinamerika zu verdeutlichen (1.). Im Anschluß daran folgt zunächst eine Betrachtung der regionalen und altersgruppenspezifischen Aufteilung der Guaraní-Sprecher, eine kurze historische Rückblende auf das Zustandekommen der Zweisprachigkeit in Paraguay (2.), einige Anmerkungen zu Guaraní als Oberbegriff für mehrere Varietäten (3.), Guaraní im Erziehungswesen und in der Forschung (4.) und abschließend die Darstellung der Sprach- und Indianergesetzgebung in der neuen Verfassung von 1992.

## 1. Die besondere Zweisprachigkeit Paraguays in Lateinamerika

## Sprachverteilung: Spanisch und Guaraní in Paraguay

Jahr	Gesamtbevölkerung	nur Guaraní	Guaraní+ Spanisch	nur Spanisch
1950	1,1 Mill.	40,1 %	53,8 %	4,7 %
1962	1,6 Mill.	45,1 %	48,4 %	4,4 %
1982*	2,5 Mill.	41,0 %	48,3 %	4,2 %

Quelle: Offizielle Zahlen durch Ministerium für Erziehung und Kultur, Asunción 1986

\* Gesamtbevölkerung über 5 Jahre

## Sprachverteilung: Quechua und Spanisch in Peru

Jahr	Gesamtbevölkerung	nur Quechua	Quechua+ Spanisch	nur Spanisch
1940	5,3 Mill.	31 %	15,6 %	50 %
1961	8,2 Mill.	16,8 %	15,7 %	64 %
1972	11,8 Mill.	11,4 %	14,5 %	68,8 %
1981	18,3 Mill.	9,0 %*	15,5 %*	72,6 %

Quelle: Schätzungen des Erziehungsministeriums (v. Gleich 1982 und 1987) sowie

\*Hochrechnungen aufgrund der Quechua- und Aymara-Einsprachigen mit Stand von 1972.

Der Vergleich der Sprecherzahlen auf der Basis der Gesamtbevölkerung zeigt, daß Paraguay in der Tat einen höheren Grad an Zweisprachigkeit aufweist und diese auch recht stabil geblieben ist; ebenso ist auch der Anteil der Guaraní-Einsprachigen wesentlich höher. Während Perus Zweisprachigkeit sich zur Transitstation auf dem Weg zur Einsprachigkeit in Spanisch entwickelt hat, bei gleichzeitigem Schwinden der Rate der Quechua-Einsprachigen, bleibt in demselben Zeitraum die sprachliche Verteilung in Paraguay relativ konstant. In Peru hingegen kehren sich die Dimensionen der Einsprachigkeit geradezu um. Dies geschieht parallel zum Prozeß der Landflucht bzw. der Verstärkung in Peru. Im Zeitraum von 1950 bis 1980 hat sich der Anteil der städtischen Bevölkerung (gemessen in Orten mit mehr als 20.000 Einwohnern) von 18 % auf 70 % erhöht; in Paraguay hingegen nur von 15% auf 25 %.

## 2. Sprachverteilung Guaraní und Spanisch nach Stadt-Land und nach Altersgruppen

Die nachfolgende Tabelle, zusammengestellt aus dem Bevölkerungszensus Paraguays von 1982, erklärt die altersgruppenspezifische sprachliche Streuung sowie die Anteile für ländliche und städtische Bevölkerung.

Bevölkerung	Gesamt	Nur Guaraní	Guaraní+ Spanisch	Nur Spanisch
<b>Städtische</b> 143.690	1.130.630		163.130	799.850
<b>Gesamtbevölk. über 5 Jahre</b>	100 %	14,0 %	70,7 %	12,9 %
5 - 9 Jahre 29.960	137.370		26.440	77.540
	100 %	19,2 %	56,4 %	21,8 %
10 - 14 Jahre 19.250	145.460		19.700	103.900
	100 %	13,5 %	71,4 %	3,2 %
15 - 19 Jahre 16.420	155.550		16.650	119.750
	100 %	10,7 %	77,0 %	10,6 %
<b>Ländliche</b> 23.150	1.439.800		870.440	442.980
<b>Gesamtbevölk. über 5 Jahre</b>	100 %	60,5 %	30,8 %	1,6 %
5 - 9 Jahre 5.160.	262.390		181.170	50.990
	100 %	69,0 %	19,4 %	2,0 %
10 - 14 Jahre 3.160.	230.010		137.570	78.680
	100 %	59,8 %	34,2 %	1,2 %
15 - 19 Jahre 2.570	176.100		90.140	69.370
	100 %	51,2 %	39,4 %	1,4 %

Die Betrachtung der beiden letzten Tabellen zeigt:

- die städtische Bevölkerung Paraguays hat den höchsten Anteil an Zweisprachigkeit, nämlich 70 %; die Zweisprachigkeit steigt während der schulpflichtigen Zeit (5 - 14 Jahre);
- die Guaraní-Einsprachigkeit, meistens der Zuwanderer vom Hinterland, sinkt mit dem altersgemäßen Pflichtschulbesuch;

- die Einsprachigkeit in Spanisch im städtischen Milieu sinkt in der Altersgruppe zwischen 15-19 Jahren. Als Erklärungsmöglichkeit bietet sich der Berufskontakt mit der Provinz bzw. das Hinzulernen von Guaraní in der Sekundarstufe an. Hierin unterscheidet sich Paraguay eindeutig von allen anderen lateinamerikanischen Ländern mit starkem indianisch sprechenden Bevölkerungsanteil und wahrscheinlich liegt in diesem Phänomen auch die Erklärung für die Stabilität der Zweisprachigkeit;
- die ländliche Bevölkerung ist prädominant Guaraní einsprachig, im Durchschnitt 60 %, und nur zu einem Drittel zweisprachig. Betrachtet man den Anstieg der Zweisprachigkeit von der Altersgruppe 5-9 zu 10-14 Jahre, so scheint hier während der Grundschulpflichtzeit die Zweisprachigkeit zuzunehmen (von 19 % auf 34 %) und fast in demselben Ausmaße verringert sich die Guaraní-Einsprachigkeit.

Zusammenfassend ist festzustellen: Guaraní ist die dominante Sprache der ländlichen Region, Spanisch die urbane Sprache, besonders für formale Kontexte, und Zweisprachigkeit ist das charakteristische Merkmal der urbanen Kommunikation. In Asunción deklarierten sich 73 % der Bewohner im Zensus von 1982 als zweisprachig.

Die regionale und altersspezifische Verteilung für Quechuasprecher in Peru hingegen unterscheidet sich in einigen Punkten. Stabile, jedoch quantitativ geringere Zweisprachigkeit ist das Merkmal der Provinzhauptstädte, nicht der Hauptstadt Lima.

Einsprachigkeit in Quechua ist das Merkmal des ländlichen Raums in den Anden. Die Zweisprachigkeit der Migranten vom Land in die Stadt wird bereits in der nächsten Generation aufgegeben und erklärt den schnellen Zuwachs der Spanisch-Einsprachigkeit.

Determinierend für den unterschiedlichen Grad an Zweisprachigkeit in Peru und Paraguay sind die soziologische Schichtung und die Spracheinstellung in beiden Staaten. Während die urbanen Mestizen in Paraguay stolz auf ihre Zweisprachigkeit sind, wird sie von derselben Schicht in den Andenländern geleugnet und im Prozeß der Assimilation schnellstens aufgegeben. Die historisch gewachsene unterschiedliche ethnische Gesamtstruktur wird von Paraguaykennern (de Granda, Melfa, Corvalán) als Ursache hierfür angeführt.

Paraguay ist ethnisch gesehen ein ziemlich homogenes Land, ca. 95 % sind Mestizen, Mischlinge aus indianischen Ureinwohnern und altspanischen Siedlern. Der frühe und wohl unkomplizierte Mestizierungsprozeß ist das Resultat einer geringen Einwanderungswelle aus Spanien und die Mehrfachreproduktion der Spanier mit einheimischen Frauen. Aus dieser stark ländlichen geprägten Gesellschaft hat sich allmählich die zweisprachige Führungsschicht im ländlichen Bereich entwickelt. Die kleinstädtische Bevölkerung hat auch heute noch regelmäßige, intakte Beziehungen zu den ländlichen Provinzen. Die prädominante agrarische Herkunft der Mestizen wird nicht verdrängt, sondern offen bejaht. Nur noch knapp 2 Prozent sind reine Indianer bzw. deren Nachkommen und leben vorwiegend noch in Stammesgemeinschaften im Gran Chaco. Weiße (deutschstämmige und Asiaten) bilden Minderheiten.

Die zweisprachige Mestizenführungsschicht sieht keinerlei Grund, ihr indianisches Spracherbe zu leugnen; von Kulturerbe wird kaum gesprochen. Sie nutzt es vielmehr, um sich gegenüber den Nachbarländern positiv zu unterscheiden. Dennoch ist Spanisch langsam, aber stetig zur Sprache mit mehr Prestige geworden. Der Hauptgrund dürfte wohl in der Beschränkung des Guaraní auf die Oralität liegen und beim Spanischen in der intersektoralen und überregionalen Funktionalität dank der Schrifttradition.

In Peru hingegen sind fast ausnahmslos alle Quechuasprecher gleichzusetzen mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Randgruppen mit sehr geringem Einfluß auf die Gesellschaft. Die regionale Gliederung in Küste, Hochland und Urwald ist gesellschaftlich prägend. Nach der Zerstörung der andinen Hochkulturen durch die Spanier wurde die Küste zunächst Zentrum des Handels, später der Industrieansiedlung, Umschlagplatz aller Produkte. Die Bevölkerung indianischer Abstammung, ihrer Führungsschicht beraubt, wird in allen produktiven Bereichen (Landwirtschaft, Minen und Handel) zur Billiglohnkraft. Dies ändert sich auch nicht mit der Unabhängigkeit von Spanien. Im Gegenteil. Die Mestizen in den urbanen Zentren versuchen, in die Führungspositionen der weißen Oberschicht mittels Sprach- und Kulturaufgabe nachzurücken. Zweisprachigkeit (indianische Sprache + Spanisch) wird gesamtgesellschaftlich nicht estimiert, sondern vielmehr als Problem betrachtet.

Die Spaltung Perus in ethnisch unterschiedliche Klassen wird damit zementiert. Parallel hierzu schreitet der Prozeß der Abwertung der autochthonen Sprachen fort. Erst im 20. Jahrhundert findet eine massive Rückbesinnung auf die präkolonialen Werte in Sprache und Kultur im Rahmen der Indigenismo-Bewegung durch eine massive öffentliche Diskussion statt.

Der soziohistorische demographische Entwicklungsprozeß der beiden Länder schafft somit die Grundlagen für die unterschiedlichen Chancen zur Erhaltung und Nutzung der präkolonialen Sprachen.

3. Guaraní, eine normierte Standardsprache oder Sammelbezeichnung für viele Dialekte?

Pater Meliá (1983), der derzeit wissenschaftlich angesehenste nationale Sprachforscher, vorübergehend auch des Landes verwiesen wegen seiner offenen Kritik an Sprach- und Kulturpolitik, verweist zu Recht darauf, daß Guaraní durch die Spanier zu einer generischen Bezeichnung für alle Idiome wurde, die so ähnlich klangen, wie die Sprache, die sie bei ihrer ersten Begegnung mit den Bewohnern auf den Inseln im La Plata-Fluß kennengelernt hatten.

Sprachwissenschaftlich betrachtet gehören die paraguayischen Guaraní-Varietäten nach Rodrigues (1958) und Dietrich (1990) zu den südlichen Tupi-Guaraní-Sprachen, wobei das Avañe'e als die klassische Mutter des modernen paraguayischen Guaraní anzusehen ist.

Die ursprüngliche dialektale Diversität mit zumindest 10 größeren Sprachfamilien ging durch das Aussterben der Sprachgemeinschaften bzw. die Mestizierung in der

Kolonialzeit ziemlich verloren und in der Folgezeit bildet sich vielmehr eine 'lingua general' heraus.

Das gegenwärtige Guaraní ist das Fusionsprodukt von zwei unterschiedlichen Prozessen:

- erstens aus dem Sprachkontakt zwischen zwei unterschiedlichen Systemen, nämlich der spanischen Sprache und den verschiedenen Guaraní-Varietäten (inter-systemisch);
- zweitens aus den Veränderungen durch den Kontakt zwischen den Varietäten und mit anderen indianischen Sprachen (intra-systemisch).

Weiter ist zu beachten, daß sich während der gesamten Kolonialzeit für die indianischen Sprachgruppen durch sehr unterschiedliche Einflüsse zwei dominante Lebensformen herausbildeten: einerseits durch den Kontakt mit den Kreolen (in Lateinamerika geborene Nachkommen der Spanier) im städtischen Milieu und zum anderen durch den Kontakt mit den Jesuiten ab 1609 in den Reduktionen (vgl. Melfa 1992), Schutzräumen zur Abwehr des Mißbrauchs durch das Encomienda-System. Aus diesen unterschiedlichen Kontakten entstanden zunächst zwei Hauptvarietäten: das kreolische und das jesuitische Guaraní.

Während sich das kreolische Guaraní im Verlauf der Mestizierung sehr nivelierte und gekennzeichnet ist durch die Lehnintegration zahlreicher spanischer Lexeme, wurde das jesuitische Guaraní in den Reduktionen bereits normiert und verschriftet.

Grammatiken und Wörterbücher entstanden; Gebete und Katechismen wurden ins Guaraní übersetzt. Gleichzeitig ist der Beginn einer eigenständigen - wenn auch angepaßten - indianischen Literatur zu verzeichnen. Linguistisch bezeichnend ist die semantische Umwertung vieler Begriffe, die Schaffung von Neologismen im religiösen und politischen Bereich.

Dennoch wurde Guaraní niemals offizielle Sprache, wie etwa Quechua während der Inka-Zeit.

Mit der Vertreibung der Jesuiten ab 1768 nimmt auch der Prozeß der Penetration des kreolischen Guaraní mittels der Verwaltung in den ehemaligen Reduktionen zu und im Jahre 1811 - bei der Erlangung der Unabhängigkeit - sind eigentlich die Voraussetzungen für eine linguistische Standardisierung bereits sehr günstig.

Die demographische Explosion der paraguayischen Bevölkerung von gut 100.000 Bewohnern im Jahre 1799 auf ca. 800.000 im Jahre 1864 führt zu einem entsprechenden Zunahme der Guaraní-Sprecher. Die Zahl der kompetenten Spanischsprecher bleibt nach zeitgenössischen Quellen und Berichten jedoch sehr gering.

Trotz der gewaltigen Aufwertung des Guaraní beinahe in den Rang einer geheimen Nachrichten- und Reportersprache im Triple Allianz-Krieg (1865-70) und im Chaco-Krieg (1932-35) bedrängt eine massive europäische Einwanderungswelle das Guaraní, und Spanisch gewinnt sehr schnell an Bedeutung. Die Kastilianisierung des gesamten Staatsapparates und aller Verwaltungsinstitutionen ist in Gang gesetzt. Das nunmehr "paraguayische Guaraní" wird zur Sprache der ländlichen Traditionalität, Haus- und Umgangssprache. Damit verbunden ist auch eine Stagnation der lexikalischen Entwicklung des Guaraní im Rahmen der Modernisierung und Urbanisierung. Traditionell wurde Guaraní auch nicht in der Schule verwendet. Dadurch entstand auch

kein Handlungsbedarf im Bereich der Kodifizierung und Standardisierung. Dieses in der Kolonialzeit entstandene Guaraní unterscheidet sich wesentlich von den präkolonialen Guaraní-Varietäten, dem sog. indianischen Guaraní, das allmählich nur noch im rituellen Bereich benutzt wird.

Für die zweisprachigen Paraguayer hat sich die Diglossie in den Begriffen von Fishman etabliert, Spanisch ist die hohe Varietät, Guaraní die niedrige Varietät (vgl. hierzu de Granda 1981). Für die einsprachigen Guaraní-Sprecher in ländlichen Regionen kann die Diglossie mit Begriffen von Ferguson beschrieben werden: indianisches Guaraní als hohe Varietät für den rituellen Bereich und paraguayisches Guaraní als niedrige Varietät für den Alltag (zur begrifflichen Diskussion der gesellschaftlichen Mehrsprachigkeit vgl. Kremnitz 1990: 24-38). In Begriffen der Prager Strukturalisten (Garvin 1956) befindet sich Guaraní auf halbem Weg zwischen folk speech und standard language (vgl. v. Gleich 1990).

#### 4. Guaraní im Erziehungswesen und in der Forschung

Erst lange nach der Schaffung der ersten Akademie für die Guaraní-Sprache und Kultur im Jahre 1942 wird Guaraní 1969 mündlich in die katholische Liturgie aufgenommen und allmählich wird auch die Verwendung von Guaraní als Medium für den Erstlese- und Schreibunterricht diskutiert. Eine vom Erziehungsministerium im Jahre 1976 durchgeführte Untersuchung zu Schulleistungen zeigt eindeutig, daß die nicht spanisch muttersprachlichen Grundschüler im exklusiv spanischsprachigen Primarschulunterricht außerordentlich benachteiligt sind und wesentlich schlechtere Schulleistungen erbringen. Auch die vergleichsweise erhöhte Anzahl von Analphabeten in ländlichen Regionen ist ein Indikator hierfür.

Zur Lösung dieses Problems wird, dem Zeitgeist entsprechend, die sog. bilinguale Erziehung zur Abhilfe (vgl. Corvalán 1985, v. Gleich 1989) eingesetzt; Hauptziel des staatlichen Zweisprachigkeitsprogrammes ist der bessere und schnellere Erwerb des Spanischen als Zweitsprache und nicht die kontinuierliche Verwendung und Entwicklung der Muttersprache Guaraní parallel zu einem angemessenen Unterricht des Spanischen als Zweitsprache. Und hier schließt sich der Kreis der paraguayischen Widersprüchlichkeit zwischen positiver Einstellung sowie reichlicher Verwendung von Guaraní im Alltag gegenüber einer institutionalisierten Diskreditierung in der Sprach- und Erziehungsgesetzgebung (vgl. Corvalán 1989).

Denn gemäß Art. 2 der Verfassung von 1967 wird in den allgemeinen Zielsetzungen für die Primarschule die Kommunikationsfähigkeit in den beiden nationalen Sprachen gefordert, jedoch streng hierarchisiert:

- für Spanisch Grundkenntnisse in den vier Grundfertigkeiten, Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben;
- für Guaraní nur die mündlichen Fertigkeiten Verstehen und Sprechen.

"Art.2: "Valore y se comunique con confianza en las lenguas nacionales y desarrollo destrezas básicas de escuchar, hablar, leer y escribir en lengua española, escuchar y hablar en lengua guaraní."

Damit wird der Statusunterschied Oralität für Guaraní und Schriftlichkeit für Spanisch zementiert. Die Nichtverwendung als schriftliches Medium impliziert für Guaraní die Stagnation der Anpassung an technologisch bedingte Modernisierungsprozesse und ist somit verantwortlich für die Schrumpfung der sozialen Funktionen des Guaraní. Die nachteiligen Auswirkungen auf die paraguayische Literatur und das Geistesleben des Landes wird alarmierend von dem paraguayischen Literaten Roa Bastos (1988) dargestellt. Hier sind zweifellos Parallelen zur französischen Sprachpolitik und Auswirkung auf die französischsprachige Literatur in Afrika zu ziehen, wobei im Falle Paraguays diese Sprachpolitik nach der Unabhängigkeit keineswegs mehr von Spanien aus gesteuert wird, sondern von den eigenen Regierungen.

Entsprechend wird in Art. 4 zur Lehrerausbildung empfohlen:

".. demuestre una adecuada preparación lingüística y literaria en los idiomas nacionales y fomente en sus alumnos actitudes positivas hacia el uso eficiente de los mismos."

Daher ist Guaraní auch in der staatlichen Lehrerausbildung obligatorisch; 2 Wochenstunden pro Semester für die Primarschule und 4 Semesterwochenstunden für die Sekundarstufe.

Unabhängig hiervon wird die Guaraní-Sprach- und Kulturpflege im Instituto de Lingüística del Guaraní direkt im Erziehungsministerium betrieben; zusätzlich bildet das Instituto Superior de Lenguas an der Staatsuniversität zur Lizentiat in Guaraní aus und letztlich gibt es auch einen Lehrstuhl für Guaraní an der Katholischen Universität in Asunción. Wie in vielen anderen Ländern, in denen orale, stark dialektalisierte autochthone Sprachen sich im Wettbewerb mit einer verschrifteten überregionalen Sprache befinden, beschäftigen sich die Sprachwissenschaftler heftig rivalisierend mit der Durchsetzung eines Einheitsalphabets (vgl. hierzu die zahlreichen Publikationen in der Fachzeitschrift *Nemity*). Die zentralen Aufgaben der Sprachstandardisierung werden noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Die soziolinguistische Forschung in und über Paraguay (Corvalán, de Granda und Rubin) ist nicht unbedeutend für die Anliegen einer Normalisierungspolitik. Es fehlen jedoch systematische und fundierte Forschungen im Bereich der Sprachkontaktforschung, insbesondere der urbanen Mischformen zwischen Spanisch und Guaraní, dem sog. "Jopará". Hiermit wird sowohl das paraguayische Guaraní als auch das paraguayische Spanisch bezeichnet, das in beide Richtungen gegen die jeweiligen Normen verstößt. Irrtümlicherweise wird aber "Jopará" umgangssprachlich oft mit Guaraní gleichgesetzt und daraus resultiert einstellungsmäßig die Ablehnung wegen des Mangels an Reinheit der Sprache (vgl. Corvalán 1990).

Nicht nur die Förderung der Guaraní-Dialektologie Paraguays, sondern auch eine die Grenzen der Nationalstaaten übergreifende Erforschung der Tupi-Guaraní-Sprachen zusammen mit Brasilien und Bolivien wäre wünschenswert.

## 5. Harmonische Zweisprachigkeit und Plurikulturalismus durch die neue Verfassung von 1992?

Im Rahmen eines vom CPES veranstalteten Seminars "Erziehung und Demokratie" im August 1989 werden der verfassungsgebenden Versammlung detaillierte Empfehlungen zu einer umfassenden Sprachgesetzgebung und ganz besonders zur Gleichstellung von Guaraní im Bildungswesen als auch zur Verwendung in den Massenmedien überreicht. Nach intensiven parlamentarischen und öffentlichen Debatten beschließt die verfassungsgebende Versammlung folgende Änderungen:

Die neue Verfassung von 1992 regelt den Status der Nationalsprachen in Artikel 140 wie folgt:

"El Paraguay es un país pluricultural y bilingüe. Son idiomas oficiales el castellano y el guaraní. La Ley establecerá las modalidades de utilización de uno y otro. Las lenguas indígenas, así como las de otras minorías, forman parte del patrimonio cultural de la Nación."

Mit Art. 140 wird die Plurikulturalität und die Zweisprachigkeit Paraguays zum ersten Mal auf der Ebene der Verfassung anerkannt. Spanisch und Guaraní sind offizielle Sprachen. Auch dieser Tatbestand ist neu, fortschrittlich und wichtig. Die Bestimmung, das Gesetz werde die Modalitäten der Verwendung der einen oder anderen Sprache festlegen, läßt den Bereich der Implementierung sehr offen und die Parlamentarier sind damit aufgerufen, sich für eine demokratische Sprachpolitik in den gesellschaftlich zentralen Bereichen (Rechtsprechung, Erziehung+Wissenschaft und Massenmedien) weiterhin energisch zu verwenden. Es muß vermieden werden, daß durch Ausbleiben der entsprechenden Ausführungsgesetze, wie 1975 im Anschluß an die Offizialisierung des Quechua in Peru, die Verfassung zum Alibi des sog. guten Willens wird.

Deutlich spiegelt sich im Art. 140 auch die Hierarchisierung der Sprachen wider. Die indianischen Sprachen, d.h. die Sprachen der 5 % indianischen Minderheiten, sind von der Begünstigung ausgeschlossen und werden zum 'Kulturgut' der Nation erklärt. In Art. 81, in dem die Aufgaben zum Schutz des "nationalen Kulturgutes" beschrieben sind, werden die autochthonen Sprachen leider nicht erwähnt. Interessant ist zweifellos der Wandel in der Wertschätzung der Sprachen: das paraguayische Guaraní, das Guaraní der Mestizen ist im Prestige nahe an das Spanische herangerückt.

In Kapitel VII (Erziehung und Kultur) wird in Art. 73 und 74 zunächst das Recht auf Schulbildung frei von jeglicher Diskriminierung festgeschrieben; die Primarschulerziehung ist obligatorisch und wird in den staatlichen Schulen unentgeltlich angeboten.

Die Auswirkung der Offizialisierung des Guaraní auf die Erziehung ist in Art. 77 der Verfassung verankert:

Art. 77: "La enseñanza en los comienzos del proceso escolar se realizará en la lengua oficial materna del educando. Se instruirá asimismo en el conocimiento y en el empleo de ambos idiomas oficiales de la República. En el caso de las minorías étnicas, cuya lengua materna no sea el guaraní, se podrá elegir uno de los dos idiomas oficiales."

Mit diesem Artikel wird einerseits die Mehrsprachigkeit (nicht nur die Zweisprachigkeit) des Landes anerkannt und der Anspruch auf Unterricht in den beiden offiziellen Sprachen garantiert.

Aber die vage Formulierung "zu Beginn des Einschulungsprozesses" läßt befürchten, daß offiziell immer noch an einer nur interimistischen Form der Verwendung der autochthonen Sprachen in der Schule gedacht wird. Die Zukunft des Spanischen als überregionale offizielle Amtssprache ist weiterhin unproblematisch. Noch ist die Zweisprachigkeit quantitativ nicht in Gefahr, denn die Sprache wird noch immer von Eltern an die Kinder als Erstsprache ausreichend tradiert. Der Aufschwung bzw. die Revitalisierung des Guaraní könnte qualitativ an Boden gewinnen und damit zu einer gleichberechtigteren Funktionsverteilung führen. Abschied von der Diglossie?

In Kapitel V (Über die indianischen Völker - de los pueblos indígenas y grupos étnicos) werden die essentiellen Rechte in den Artikeln 62, 63, 66 und 67 festgeschrieben.

Art. 62: "Esta Constitución reconoce la existencia de los pueblos indígenas definidos como grupos de culturas anteriores a la formación y organización del Estado Paraguayo."

Dieser Artikel wird den mit Lateinamerika nicht so vertrauten Leser vielleicht überraschen. Im Unterschied zu den Andenländern und Mexiko, in denen die präkolonialen staatsbildenden Kulturen ohne weiteres anerkannt werden, wurde für die anderen Länder die Existenz präkolonialer Kulturen (besonders bei nicht sesshaften Stämmen) lange in Frage gestellt.

Artikel 63 setzt den Rahmen für die Erhaltung der ethnischen Identität, jedoch eingeschränkt auf das jeweilige Habitat. Die freie kulturelle Entfaltung in allen gesellschaftlichen Bereichen ist gestattet, solange sie nicht gegen die in der Verfassung verankerten Grundrechte verstößt. Bei juristischen Konflikten soll das indianische Gewohnheitsrecht beachtet werden. Auch wenn diese Ausführungen keine absolute Gleichstellung garantieren, sind sie eindeutig ein Fortschritt, soweit der Lebensraum der indianischen Völker geschützt ist.

Art. 63: "Queda reconocido y garantizado el derecho de los pueblos indígenas a preservar a y desarrollar su identidad étnica en el respectivo habitat. Tienen derecho, asimismo, a aplicar libremente sus sistemas de organización política, social, económica, cultural y religiosa, al igual que la voluntaria sujeción a sus normas consuetudinarias para la regulación de la convivencia interna, siempre que ellas no atenten contra los derechos fundamentales establecidos en esta Constitución. En los conflictos jurisdiccionales se tendrá en cuenta el derecho consuetudinario indígena."

Art. 64 enthält die Verpflichtung des Staates, den indianischen Völkern ausreichendes Gemeinschaftseigenland als Lebensraum zur Verfügung zu stellen bei Einhaltung der vom Staat genannten Bedingungen.

Art. 64 de la propiedad comunitaria "Los pueblos indígenas tienen derecho a la propiedad comunitaria de la tierra, en extensión y calidad suficientes para la

conservación y el desarrollo de sus formas peculiares de vida. El Estado les proveerá gratuitamente de estas, las cuales serán inembargables, indivisibles, intransferebles, imprescriptibles, no susceptibles de garantizar obligaciones contractuales ni de ser arrendadas; asimismo estarán exentas de tributo. Se prohíbe la remoción o el traslado de su habitat sin el expreso consentimiento de los mismos."

Es drängt sich die Frage auf, ob hier moderne laizistische Reduktionen bzw. Reservate für die indianischen Minderheiten geplant sind.

Auch für den Bereich der Erziehung wird den indianischen Minderheiten durch Art. 66 ein besonderer Freiraum und Schutz garantiert.

Art. 66: "El Estado respetará las peculiaridades culturales de los pueblos indígenas, especialmente en lo relativo a la educación formal. Se atenderá además, a su defensa contra la regresión demográfica, la depredación de su habitat, la contaminación ambiental, la exploración económica y la alienación cultural."

Mit Art. 67 werden die indianischen Völker von der Leistung von Militär-, Sozial- und sonstigen Zivildiensten befreit, sowie von öffentlichen gesetzmäßigen Lasten freigestellt. Ob diese Fürsorge mehr einer Ausgrenzung oder Abschottung gleichkommt, wird sich bei der Implementierung der Indianerschutzgesetze herausstellen. Ob letztlich die in der Verfassung von 1992 angebotenen Chancen zur Verwirklichung einer demokratisch orientierten multikulturellen und mehrsprachigen Gesellschaft in Paraguay genutzt werden, hängt im wesentlichen von der Beharrlichkeit der Parlamentarier und der weiteren Demokratisierung im Lande ab.

Quo vadis Guaraní? kann wohl mit einer gewissen Berechtigung optimistisch beantwortet werden. Die Revitalisierung des Guaraní in Form einer Wieder- bzw. Neuerschließung verloren gegangener sprachlicher Domänen, beginnend mit der Erziehung in der Primarschule, liegt im Bereich einer machbaren qualitativen Verbesserung des sozialen Status sowie einer Wiederbelebung der Guaraní Literatur.

#### Literaturhinweise

- Bareiro Saguier, Rubén, 1992. "La cultura nacional". In: *Acción*, Nr. 6, Asunción, 20-23.  
 Bareiro Saguier, Rubén, Dessant, Michel, 1983. "Esbozo del sistema lingüístico del guaraní paraguayo". In: Pottier, Bernard, Hrsg., *América Latina en sus Lenguas Indígenas*. Caracas: UNESCO, Monte Avila Editores.  
 Caballos, Antonio, 1992. "Educación desde el Guaraní". In: *Acción*, 5, 34-36.  
 Chase-Sardi, Miguel, Brun, Augusto, Enciso, Miguel Angel, 1990. *Situación Sociocultural, Económica, Jurídico-política Actual de las Comunidades Indígenas en el Paraguay*. Asunción: CIDESP (Centro Interdisciplinario de derecho social y economía política), Universidad Católica.  
*Constitución Nacional del Paraguay*, 1992. Asunción (Manuskript-Kopie).  
 Corvalán, Graziella, 1977. *Paraguay: Nación Bilingüe*. Asunción: Centro Paraguayo de Estudios Sociológicos (CPES).  
 Eadem, 1985. *Lengua y Educación: Un Desafío Nacional*. Asunción: CPES.

- Eadem, 1989. *Política Lingüística y Educación*. Cuadernos de Discusión, Asunción: CPES.
- Eadem, 1990. "La realidad Social y Lingüística de Asunción". In: *Revista paraguaya de Sociología*, Nr. 79, 89-116.
- Corvalán, Graziella y de Granda, Germán 1982. *Sociedad y Lengua*. Bilingüismo en Paraguay. 2 vols. Asunción: CPES.
- de Granda, Germán, 1981. "Actitudes Sociolingüísticas en el Paraguay". In: *Revista Paraguaya de Sociología*. Asunción: CPES.
- Dietrich, Wolf, 1990. "More Evidence for an Internal Classification of Tupi-Guarani Languages." In: *Indiana* Beiheft Nr. 12, Berlin.
- Garvin, Paul L., Mathio, Madeleine, 1956. "The Urbanization of the Guaraní Language and Cultures: A problem in Language and Culture." In: Wallace, F. C., Hrsg., *Selected Papers of the Fifth International Congress of Anthropological and Ethnological Sciences*. Philadelphia: University of Philadelphia Press, 783-790.
- Gleich, Utta von, 1989. *Educación Primaria Bilingüe Intercultural en América Latina*. Eschborn (Schriftenreihe der GTZ 214).
- Eadem, 1990. "Bilingualism in Paraguay", In: *Buffalo Working Papers of Linguistics* (BWPL), Nr. 1, Special Issue for Paul Garvin. Department of Linguistics, State University of New York at Buffalo, NY 14 260, 65-81.
- Eadem, 1992. "Changes in the Status and Function of Quechua", In: Ammon, U., Hellinger, M., Hrsg., *Status Change of Languages*, Berlin/New York: de Gruyter, 44-64.
- Guasch, P. Antonio, 1956. *El idioma guaraní. Gramática y antología de prosa y verso*. 3ª ed., Asunción: America-Moreno Hermanos.
- Kremnitz, Georg, 1990. *Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit*. Wien: Braumüller.
- Krivoshin de Canese, Natalia, 1983. *Gramática de la Lengua Guaraní*, Asunción.
- Eadem, 1984. "Sobre la Unificación del Alfabeto de la Lengua Guaraní". In: *Nemity*, Nr. 11.
- MEC (Ministerio de Educación y Culto), 1984. *Informe Final*. Proyecto de Educación Bilingüe, Asunción.
- Meliá, Bartolomeu, 1974. "Hacia una "Tercera Lengua" en el Paraguay". In: *Estudios Paraguayos*, Revista de la Universidad Católica, Asunción 2.
- Idem, 1983. "La lengua guaraní del Paraguay". In: Pottier, B., Hrsg., *América Latina en Sus lenguas Indígenas*, Caracas: UNESCO, Monte Avila Editores.
- Idem, 1992. "Zwischen Freiheit und verschleierter Gefangenschaft. Die Indianerredaktionen in Paraguay." In: Reinhard, W., Waldmann, Peter, Hrsg., *Nord und Süd in Amerika*. Gegensätze, Gemeinsamkeiten, Europäischer Hintergrund. Freiburg: Rombach.
- Nemity*. Revista Bilingüe de Cultura. Asociada al Centro Paraguayo de Estudios Sociológicos, Asunción, desde 1980.
- Roa Bastos, Augusto, 1988. "Una cultura oral". In: *Suplemento Antropológico*, Asunción, 159-190.
- Richard, Rodrigues. 1958. "Classification of Tupí-Guaraní". In: *International Journal of American Linguistics/IJAL* 24, Baltimore Chicago, 231-234.

## Amerikanische Sprachen und ihre Sprecher in Argentinien, Chile und Uruguay Überlegungen und ein Versuch zu verstehen

Georg Kremnitz, Wien

### 1. Tatbestand

Konsultiert man den neuesten Jahrgang einer im allgemeinen recht verlässlichen laufenden Staaten-Enzyklopädie unter den Stichworten Argentinien, Chile und Uruguay, so findet man dort für die jeweilige Bevölkerung folgende Angaben<sup>1</sup>: Argentinien 32.321.000 Einwohner, davon über 90 % Weiße, 1.900.000 Mestizen [ca. 6 %], 35.000 Indianer [ca. 0,1 %]; Chile 13.386.000 Einwohner, davon je knapp ca. 50 % Weiße und 50 % Mestizen, 1,5 % Araukaner [ca. 200.000] und ca. 0,3 % andere Indianer (Ketschua, Aimara, Chonos, Alacalufes, Feuerländer) [ca. 40.000]; Uruguay 3.094.000 Einwohner, davon 5-10 % Mestizen, 3 % Mulatten. Als einzige in allen drei Staaten gesprochene Sprache wird das Spanische (Kastilische) genannt, obwohl der Fischer-Almanach erfreulicherweise gewöhnlich auch solche Sprachen nennt, die in einem bestimmten Staat nicht über offizielle Anerkennung verfügen. Man ist also gezwungen anzunehmen, daß diese drei Staaten wirklich weitgehend einsprachig seien. Allerdings wird bei weitergehender Lektüre sehr schnell klar, daß eine Anzahl europäischer Sprachen von den Einwanderern der letzten einhundertfünfzig Jahre mitgebracht wurden und in gewissem Maße fortexistieren. Von amerikanischen (indianischen) Sprachen noch immer keine Spur. Nun weiß man, daß der *Cono sur* keine der berühmten amerikanischen Kulturen herbergte, das Inkareich reichte nur in Ausläufern in dieses Gebiet, dennoch überrascht die Angabe. Erst ganz allmählich wird deutlich, daß nicht alle Mapuche (Araukaner) in Chile ihre Sprache völlig aufgegeben haben und daß es auch in Teilen Argentiniens noch indianische Völker gibt, die ihre Sprachen (neben dem Spanischen) noch sprechen. Wie kommt es, daß das indianische Element dort heute so schwach ist?

### 2. Einiges zur Bevölkerungsentwicklung

Der Süden des Kontinents war in der Entdeckungszeit nicht unbewohnt (das wäre die naheliegendste und in gewissem Sinne angenehmste Erklärung gewesen), die Bevölkerungsdichte dürfte jedoch deutlich geringer gewesen sein als in den zuerst kolonisierten Gebieten. Da das Gebiet bei weitem nicht so viel Gewinn versprach wie die des Azteken- und Inkareiches, ging seine Eroberung allmählicher vor sich und stand auch nicht im Zentrum des Interesses. Es ist bekannt, daß Chile nach und nach im 16. und 17. Jh. erobert wurde, die definitive Unterwerfung der indianischen Völker des Südens aber erst gegen Ende des 19. Jh. abgeschlossen war<sup>2</sup>. Das Gebiet des Rio de la

<sup>1</sup> Baratta, Mario von, Hrsg., 1992. *Der Fischer-Weltatmanach*. Frankfurt/Main: Fischer.

<sup>2</sup> Vgl. etwa die ausführliche Darstellung bei Jean-Pierre Blancpain, 1990. *Les Araucans et la Frontière dans l'histoire du Chili des origines au XIX<sup>e</sup> siècle*, Frankfurt/Main: Vervuert.

Plata wurde erst 1776 Vizekönigreich, und erst danach beginnt der eigentliche Aufstieg des Gebietes um Buenos Aires und das erst 1724 gegründete Montevideo. Auch hier ist der Ausgriff nach Süden, nach Patagonien und Feuerland, erst ein im 19. Jh. stattfindender Prozeß (in vieler Hinsicht parallel dem chilenischen Ausgriff nach Süden). Erst 1881 wurde Patagonien an Argentinien angegliedert, nachdem die meisten indianischen Völker unterworfen waren. Es ist bekannt, daß es sogar Versuche gegeben hat, in Patagonien eine unabhängige (europäische) Monarchie auszurufen. Wie wenig Zeit erst seit dieser Eroberung vergangen ist, zeigt der schöne, in den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts geschriebene Reisebericht von Bruce Chatwin<sup>3</sup>, der Verfasser stößt noch ständig auf Reste und sogar einige überlebende Zeugen dieser Eroberung, die mit der letzten militärischen Operation nicht abgeschlossen war.

Bislang haben sich vor allem die Historiker mit diesen Fragen befaßt - und ich fürchte, häufig genug im Sinne einer Geschichte der nationalen Selbstverwirklichung. Allerdings könnte auch die Sprach- und Kulturgeschichte einen Blick auf die Prozesse werfen, die sich abgespielt haben und die für die Angaben in der erwähnten Enzyklopädie mitverantwortlich sind. Denn zum einen ist erklärungsbedürftig, warum der indianische Einfluß im Süden überhaupt viel schwächer ist als im zentralen Teil Amerikas, zum anderen stellt sich die Frage nach Form und Bedeutung der sprachlichen Kontakte allemal (im allgemeinen wird ihre Bedeutung von der Sprachwissenschaft geleugnet)<sup>4</sup>. Der vorliegende Text kann dazu nur einen ersten Einstieg bilden und muß sich mit wenigen, sehr holzschnittartigen Fakten begnügen. Es fehlt an - sprachhistorischen - Vorarbeiten und es fehlt mir persönlich, hier und jetzt, auch an genügend verfügbaren Quellen. Ich kann daher hier nur rekapitulieren, zitieren, zusammenfassen und vorsichtig interpretieren, was sich in einigen großen Enzyklopädien findet. Dabei will ich auf die Bevölkerungsentwicklung eingehen, daneben aber auch auf die Darstellung und Einschätzung der indianischen Völker in den Enzyklopädien, denn mir scheint, daß sie einiges zum Verständnis beitragen. Die Entwicklung in Argentinien und Uruguay einerseits und in Chile andererseits ist schon deshalb unterschiedlich verlaufen, weil Chile nur einen Bruchteil der Einwandererzahlen empfangen hat, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts an den Ufern des Rio de la Plata eingetroffen sind.

Diese Einwanderung ist hauptverantwortlich für das schnelle Bevölkerungswachstum Argentiniens: wurden 1869 noch 1.737.000 Einwohner gezählt, so waren es 1895 3.955.000, 1914 bereits 7.885.000 und 1947 15.894.000, es kam jedes Mal nahezu zu einer Verdoppelung<sup>5</sup>. Verständlich wird diese Explosion nur, wenn man bedenkt, daß in dem Jahrhundert nach 1857 rund 10.000.000 Einwanderer ins Land gekommen sind, von denen mehr als die Hälfte definitiv geblieben ist<sup>6</sup>. Zwischen etwa 1900 und dem Beginn des Zweiten Weltkrieges waren rund ein Drittel und später etwa ein Viertel der

3 Chatwin, Bruce, 1977. *In Patagonia*, London: Cape, (dt. von Anna Kamp: *In Patagonien*, Reinbek: Rowohlt, 1981).

4 Die These von Rudolf Lenz, der die Phonetik des chilenischen Spanisch gegen Ende des letzten Jahrhunderts in hohem Maße auf Mapuche-Einflüsse zurückführte, wurde von anderen heftig bekämpft; Lenz hat sie später abgemildert.

5 *Gran Enciclopedia Rialp*, Madrid: Ed. Rialp, tomo II, 1989, 692.

6 *Ibid.*

Bevölkerung Einwanderer. 1895 tauchen in den Statistiken noch 149.000 Indianer auf, etwa 3,7 % der Gesamtbevölkerung<sup>7</sup> (hinzu kommen 118.000 Amerikaner, die nicht näher spezifiziert werden, womit aber vermutlich assimilierte Indianer gemeint sind). Dabei muß man bedenken, daß 1895 die indianischen Völker besiegt und viele Indios in den Kämpfen umgekommen waren; man darf annehmen, daß ihre Zahl nur zwei Jahrzehnte früher noch um einiges größer war. Acht Jahrzehnte später geben spanische Quellen noch 20 - 30.000 lebende Indianer an<sup>8</sup>. Diese demographische Entwicklung bedarf wohl keines Kommentars.

Eine der Enzyklopädien gibt Aufschluß über die um 1900 existierenden indianischen Völker:

"Die kriegerischen Scharrua, die früher Uruguay bewohnten, gingen als Besiegte in den Minuane auf, ihren Nachbarn in Entre Rios und Santa Fé, und haben heute, mit den Spaniern vermischt, nicht einmal den Namen bewahrt. Die Querandí von Buenos Aires, von denen die Einwanderer den Gebrauch des Lasso lernten, wurden nach Süden gedrängt und sind in den Nomaden Patagoniens aufgegangen. Die Guaraní an den Ufern des Paraná und die zahlreichen Völker gleichen Stammes im heutigen Entre Rios und in Corrientes sind jetzt seßhafte Bürger der Republik, doch haben sie in Corrientes ihre Sprache bewahrt. Die Calchaquí und die übrigen Quichuastämme, die den Grundstock der Andenbewohner bilden, im Nordwesten des Staates, sprechen ihre eigne Sprache. Noch völlig unzivilisiert sind die Stämme des Chaco, die Toba, die von ihren Nachbarn, den jetzt ausgestorbenen Abiponen, fast gänzlich vernichteten Mbaya, die Mbocobie u. a. Dagegen arbeiten die Mataco und Chiriguano gern in den Pflanzungen. In den Pampas am Salado und seinen Zuflüssen wohnen die zu den Araukanern gehörigen Rancele und Chileno, an den Flüssen Neuquen, Colorado und Hurique die zu den Puelche gehörigen Divihet und Chechahet, südlich von den Pampas bis zum Feuerland die Tehuelhet oder Patagonier, endlich auf dem Feuerland und den umliegenden Inseln die Feuerländer oder Peschäräh."<sup>9</sup>

Eine andere Enzyklopädie macht über die Bevölkerungsentwicklung von Chile die folgenden Angaben: gegen Anfang des 19. Jh. hatte der neue Staat etwa 520.000 Einwohner, davon waren 20.000 Spanier, 150.000 Kreolen ("españoles nacidos en Indias"), 20.000 Mestizen und 150.000 Indios [fast 29 %]. 1854 war die Bevölkerung auf 1.400.000 angestiegen, 1907 auf 3.250.000<sup>10</sup>, 1952 auf 5.900.000<sup>11</sup>. Es ist bekannt, daß die Kultur und Sprache der Mapuche zum ersten Male unter der Präsidentschaft Allendes (1970-73) ernsthaft wahrgenommen wurde und die indianischen Völker sich viel von

7 *Meyers Großes Konversationslexikon*, Leipzig/Wien: Bibliographisches Institut, Band I, <sup>6</sup>1908, 744.

8 *Gran Enciclopedia Rialp*, loc. cit., 691.

9 *Meyers Großes Konversationslexikon*, loc. cit., 744. Derselbe Text findet sich (auf Kastilisch) in der *Enciclopedia Universal Ilustrada*, Barcelona: Espasa, tomo VI, [1910?], 91. Eine heutige Darstellung nennt die folgenden Völker: "Mapuches, Tehuelches, Wichis, Tobas, Pilagas, Mocoavis, Bya-Guaranis, Chorotes, Chulupis, Chiriguanos, Chanés, Calchaquis et deux importants foyers de langues aymara et quechua." Isabel Hernández, "Le calme règne sur le Cône sud. Le génocides des Indiens", in: Anne Remiche-Martynow/Graciela Schneier-Madanec (éds.), *Notre Amérique métisse*, Paris: La Découverte, 1992, 49-56, Zitat S. 50. Sie nennt eine Gesamtzahl von 1,5 Millionen Ureinwohnern, die noch lebten. Damit schließt sie vermutlich jene ein, welche sich völlig an die europäische Zivilisation angepaßt haben.

10 *Enciclopedia Universal Ilustrada*, tomo XVII, [1911?], 313.

11 *Gran Enciclopedia Rialp*, Madrid: Rialp, tomo VII, 120.

diesem Präsidenten erhofften. Die Diktatur Pinochets hat das Steuer rasch wieder herumgerissen und die frühere Assimilationspolitik wiederbelebt.

Über die Bevölkerungsentwicklung Uruguays finden sich die folgenden Angaben: "El territorio que actualmente constituye la República Oriental del Uruguay estaba poblado, cuando los españoles lo descubrieron, por unos 4.000 indios que formaban varias agrupaciones, de las cuales la de los carrúas era la más numerosa y bravía."<sup>12</sup> Eine erste Schätzung der Bevölkerung aus dem Jahre 1793 kommt auf knapp 31.000 Einwohner<sup>13</sup>, von denen die Ureinwohner nur noch einen kleinen Rest ausmachen. Über ihr Ende wird berichtet:

"Durante la época de la colonización española estas tribus fueron desapareciendo, unas retirándose a las Misiones jesuíticas, otras exterminadas por los crueles mameucos, ó portugueses aventureros residentes en San Pablo; alguna, incorporándose a los ejércitos españoles y lusitanos, y una sola convirtiéndose al Cristianismo, con la cual los padres Franciscanos formaron el pueblo de Soriano, quedando únicamente los charrúas en cantidad tan insignificante, que á principios del siglo XIX apenas alcanzarían á 600 individuos. [...] los charrús continuaron en sus depredaciones, con protestas y quejas de los vecinos que vivían expuestos á las incursiones de estas gentes, acostumbradas á la holganza y á vivir á expensas de los demás. Hubo, pues, necesidad de contener tales depredaciones, y de aquí que el general Rivera, á la sazón presidente de la República, resolviese emplear todos los medios posibles y los recursos indicados por la prudencia y aconsejados por la humanidad para atraer á la vida regular y tranquila á las tribus charrúas, á lo cual se negaron obstinadamente, negativa que decidió al general Rivera á sujetarlas por la fuerza, pero como quiera que los indios se resistieran, hubo necesidad de atacarlos y destruirlos, como así lo efectuaron las tropas del Gobierno en 1832 ocasionándoles 40 muertos y haciéndoles unos 400 prisioneros. Los que escaparon, en número de 18 ó 20, se fugaron al Río Grande. Así se produjo la desaparición de estos indígenas, de los cuales sería muy difícil encontrar en la actualidad ejemplares ó sucesión, y esta es la causa de que sea el Uruguay el único país americano que carece de indios, ni en estado de salvajismo ni reducidos á la vida social. Los cuatro últimos charrúas murieron en París y fueron llevados á esa ciudad por un particular con objeto de exhibirlos como ejemplares raros de una raza extinguida, y allí tuvo ocasión de retratarlos el naturalista Prichard."<sup>14</sup>

Die weitere Bevölkerungsentwicklung zeigt eine ähnliche Kurve wie in Argentinien: 1829 wird die Einwohnerzahl auf 74.000 geschätzt, 1852 auf 132.000. Die Zählung von 1883 wies 520.000 Einwohner aus, 1908 waren es 1.050.000, 1929 1.659.000 und 1963 2.590.000<sup>15</sup>.

Deutlicher noch als in den USA und Kanada sind in Uruguay und Argentinien die indianischen Völker vernichtet, in Chile dezimiert worden. Anders läßt sich eine Bevölkerungsentwicklung nicht erklären, aus der eine Komponente binnen relativ kurzer Zeit fast völlig verschwindet<sup>16</sup>. Die Vernichtungsfeldzüge waren nicht der einzige Weg,

12 *Enciclopedia Universal Ilustrada*, Bilbao/Madrid/Barcelona: Espasa-Calpe, tomo LXV, 1929, 1547.

13 *Ibid.*, 1544.

14 *Ibid.*, 1548. Die Akzentsetzung entspricht dem Original.

15 Zahlen nach *Enciclopedia Universal Ilustrada*, 1545 und *Gran Enciclopedia Rialp*, tomo XXIII, 1989, 139.

16 Dasselbe gilt übrigens noch für eine zweite Gruppe, nämlich die afrikanischen Sklaven und ihre Nachfahren. Sie sollen um 1800 ungefähr ein Sechstel der Bevölkerung im Gebiet des Rio de la Plata ausgemacht

wenn sie und die daraus resultierenden Krankheiten und Hungersnöte auch verheerende Folgen gehabt haben müssen. Ein anderer Teil der indianischen Völker wurde assimiliert, mit größerem oder geringerem Druck. Von ihren Sprachen und Kulturen bleiben allenfalls Museumsstücke und da und dort der verzweifelte Versuch, Reste zu bewahren - so bei den Mapuche in Chile und bei einigen Völkern auf der argentinischen Seite der Kordilleren und im Chaco.

### 3. Die kulturelle Einschätzung der Völker des *Cono sur*

Ein Schlüssel für das Verständnis der Vernichtung liegt möglicherweise in der Bewertung dieser Völker. Auch hier liefern die Enzyklopädien des Jahrhundertbeginns manche aufschlußreiche Information. Sie alle sehen die indianischen Völker auf einer sehr niedrigen Entwicklungsstufe, wenn es dabei auch Unterschiede geben muß (wie anders wäre der lange dauernde und relativ erfolgreiche Widerstand der Mapuche zu erklären?). Besonders schlecht kommen auch hier wieder die Völker weg, die einst Uruguay bewohnten:

"Casi todos estos indígenas eran esencialmente guerreros y turbulentos, vengativos y falsos: no se sometían á nadie, siendo su carácter taciturno y apático. [...] La condición social de todas estas tribus era tan rudimentaria, que figuraban entre los pueblos más atrasados de las razas humanas. El hombre se dedicaba á la caza, á la guerra y á hacer una parte de sus armas, mientras que la mujer elaboraba algunos utensilios, preparaba las pieles, armaba y desarmaba el toldo y cargaba con él cuando era necesario marcharse, viniendo á ser una esclava. En época de guerra cada cual era dueño del botín que personalmente había hecho. Ninguna de las tribus indígenas del Uruguay tenía jefe, y si alguna llegó á poseerlo fué únicamente en los momentos de peligro y con autoridad muy limitada, pues todos los indios se consideraban iguales. Sólo la sagacidad y el valor eran cualidades que granjeaban algún respeto, y como carecían de leyes se regían por la costumbre, no habiendo castigos ni recompensas. Cada cual hacía lo que era de su agrado sin ser censurado por sus compañeros."<sup>17</sup>

Es ist völlig gleichgültig, ob diese Informationen "stimmen" oder ob sie Teil jener häufig feststellbaren Mischung von Dichtung und Wahrheit sind (darauf deutet etwa die ständige Feststellung hin, die Indios seien "vengativos y falsos"), welche die "Information" über die Neue Welt noch bis in die Gegenwart hinein darstellt. Bemerkenswert sind dabei zwei Aspekte: einmal die scharfe Abwertung dieser Völker, welche es letztlich "erklärt", warum man mit ihnen Schluß machen mußte (sie waren ja im Guten nicht zur Aufgabe ihrer Gewohnheiten zu bewegen). Hand in Hand damit geht ein noch sehr ungebrochener Eurozentrismus, der das eigene Sein auch nicht ansatzweise hinterfragt. Zum anderen enthält die Beschreibung (sie ist nur ein Beispiel für viele) Elemente von Utopien, sogar des Paradieses. Sollte diese Form der Existenz dem europäischen Betrachter auch Angst gemacht haben, Angst vor seinem eigenen verlorenen Paradies? Es wäre möglicherweise sehr interessant, solche Texte mit psychoanalyti-

haben und sind fast spurlos in der restlichen Bevölkerung aufgegangen (vgl. *Meyers Großes Konversationslexikon*, loc. cit., 744).

17 *Enciclopedia Universal Ilustrada*, tomo LXV, 1547.

schen Kriterien zu lesen. In dieser Perspektive wären diese Kulturen für Europäer sehr viel bedrohlicher gewesen als die Staaten der Azteken und Inkas, deren Imperialismus zwar andere Formen hatte als der eigene, aber als solcher durchaus erkennbar war.

Es geht hier nicht um wissenschaftlichen "Enthüllungsjournalismus". Es geht zum einen um eine möglichst vollständige Sicht der Fakten, welche heutige -auch sprachliche - Zustände historisch bedingen. Vielleicht haben die Staaten des *Cono sur* eine Entwicklung bereits abgeschlossen, welche vielen anderen auch droht. Andererseits kann verändertes Bewußtsein das Handeln verändern. Mindestens verbal lassen wir heute mehr Differenz zu als unsere Vorfahren, wenn wir auch große Mühe damit haben, anderen Völkern - vor allem solchen, die wir als unzivilisiert betrachten - ihre Lebensweise wirklich zuzugestehen (die Völker des Amazonas sind nur ein Beispiel dafür). Eine wirkliche Veränderung wird jedoch erst eintreten, wenn die widerwillige Hin- nahme solcher anderer Praxen einer wirklichen Akzeptanz Platz macht (dann ist auch keine "Naturschützer-Mentalität" mehr notwendig). Vielleicht bekommen sprachliche und kulturelle Vielfalt dann mehr Chancen als in der Zeit des ungebrochenen europäischen Imperialismus; dafür könnten auch vollzogene Ethnozide ein Element der Reflexion sein.

Wien, 7.III.1993

## Le français en Algérie Aspects de la politique scolaire coloniale (1830-1962)

Zohra Bouchentouf-Siagh, Alger

Dans les débats incessants et contradictoires - qu'ils soient officiels, publics ou privés - soulevés par la question linguistique en Algérie, devant les "mesures" politiques plus ou moins hâtives, plus ou moins concertées, prises en matière de choix linguistique dans l'Algérie indépendante, à travers un volume de discours tenu sur/contre les langues en présence et une masse d'écrits non moins considérables sur cette question et sur celles qui lui sont directement liées: la réussite et la performance du système scolaire et l'accès à la parole publique du plus grand nombre de citoyens; il me semble qu'un regard sur l'histoire des langues en Algérie depuis la colonisation est nécessaire et même indispensable. Pourquoi remonter à cette période? Historiens et anthropologues s'accordent à dire que 1830 est dans l'histoire de l'Algérie à la fois le début d'une dés-structuration violente, massive et brutale de la société algérienne en même temps que le début tourmenté et chaotique de son accession à la modernité car

*"[...] le phénomène intellectuel de la colonisation est [...] pendant un court moment, la forme à travers laquelle la société moderne a exercé son influence sur une société traditionnelle, l'obligeant dès lors [...] à participer à un mouvement qui lui était entièrement étranger".<sup>1</sup>*

Ce retour sur l'histoire nous permettra peut-être de discerner dans les succès ou les échecs des politiques linguistiques coloniales et post-indépendance, entre ce qui ressortit aux choix et aux moyens mis en oeuvre pour les concrétiser, c'est-à-dire ce qui est du domaine des politiques et des planifications linguistiques des Etats, et ce qui par contre leur échappe totalement ou en partie, qui est dû aux fonctionnements et aux "pesanteurs" de la mentalité collective. Cela nous permettra peut-être aussi de comprendre pourquoi depuis 1962, trente ans de scolarisation massive, gratuite et obligatoire n'ont pas réussi à imposer l'usage de l'arabe officiel dans les pratiques langagières des Algériens.

### 1. Le français en Algérie

Ouverte sous la monarchie constitutionnelle de Charles X (1830), l'occupation française de l'Algérie prit fin au lendemain du référendum de juillet 1962. D'abord restreinte, cette occupation fut marquée à ses débuts par l'incertitude quant au sort de ce qui n'était pas encore considéré comme une colonie et par un certain "désordre" semblait-il, dans la conduite des campagnes militaires. Cependant, dès 1839, Soult, le ministre

<sup>1</sup> Turin Y., 1971. *Affrontements culturels dans l'Algérie coloniale*. Ecoles, médecine, religion, 1830-1880. Paris: Maspéro, 25.

de la guerre, officialisera une appellation déjà en usage: "le pays occupé par les Français dans le nord de l'Afrique [...] sera à l'avenir désigné sous le nom d'Algérie".<sup>2</sup> Le pays sera considéré explicitement comme une colonie. Déjà, sous la Révolution, en France, en vertu d'un décret de 1790, les colonies françaises étaient "parties intégrantes" de la France et soumises à la même loi constitutionnelle (constituante de 1795)<sup>3</sup>.

Inspirée des idéaux de la Révolution de 1789, de l'idéologie des Lumières - "Plus on établirait de relations et d'échanges avec les tribus sauvages, plus on les apprivoiserait, plus on adoucirait leurs mœurs" déclarait Bally, qui proposait l'ouverture d'un "institut polymatique" en 1831<sup>4</sup> - ou du Saint-Simonisme - "c'est par la faveur qu'il accordera à l'agriculture, par l'instruction et la colonisation que le gouvernement doit jeter les fondements de sa puissance en Algérie et opérer dans le pays cette révolution morale et matérielle, véritable et digne objet de tous nos efforts"<sup>5</sup>, la politique coloniale de la France se heurtera à des "obstacles" multiples dont les difficultés inhérentes à la mise en place d'un modèle d'instruction encore hésitant en France, l'éloignement des centres de décision (les ministres résidaient à Paris), une gestion budgétaire des établissements d'enseignement qui dépendaient de l'administration locale et non de l'Etat, et surtout la formidable opposition des colons à toute idée de "progrès" concernant les "indigènes" et le refus non moins formidable de ces derniers de l'école, appréhendée comme un "piège" de plus tendu par la colonisation.

A travers les 130 ans que dura l'occupation française on peut distinguer, selon les historiens de la colonisation, trois périodes caractérisées par des objectifs militaires et politiques différents et ayant donc des incidences différentes sinon opposées concernant la politique "culturelle" et surtout scolaire mises en place dans la colonie.

## 2. "Une école remplace deux bataillons" (1830-1870)

L'arabe classique était en Algérie, à la veille de la colonisation, la langue de l'enseignement. A travers un enseignement religieux, les institutions traditionnelles d'éducation - écoles coraniques, zaouïas, etc. - avaient concouru sinon à instruire du moins à alphabétiser la population algérienne. En 1830 "presque tous les hommes savent lire, écrire, compter [...]. A Alger [qui comptait alors 30.000 âmes], il y avait cent écoles publiques et particulières... avant notre entrée où l'on apprenait aux enfants à lire et à écrire le Coran et quelquefois un peu de calcul".<sup>6</sup>

Tlemcen à la même époque, "outre ses 2.000 écoliers dans 50 écoles, rassemblait 600 tolbas dans ses deux medersas [sorte de collège citadin] et à la grande mosquée plus de 30 zaouïas [sorte de communautés de clercs] répandues dans les campagnes".<sup>7</sup>

2 Cité par Julien Ch.-A., 1979. *Histoire de l'Algérie contemporaine*. 1) Conquête et colonisation (1827-1871). Paris: PUF, (2<sup>e</sup> édition), 157.

3 *Encyclopaedia Universalis*, article Français (Empire colonial).

4 Cité par Turin Y., op. cit., 37.

5 idem., 39.

6 Rozet cité par Lacoste Y., Nouchi A., Prenant A., 1960. *L'Algérie, passé et présent*. Paris: Editions Sociales, 228-230.

7 idem.

Sortis des medersas, les tolbas pouvaient enseigner dans les écoles coraniques ou les m'cids, ou bien aller se perfectionner dans une grande université arabe, celle de Fès au Maroc, Ezzitouna à Tunis ou Al Azhar au Caire, pour les plus célèbres.

La colonisation mènera de front une "guerre de ravageurs" contre les tribus et les régions insoumises: appropriation des terres et destruction de toutes les institutions qu'elle soupçonnait d'entraver d'une manière ou d'une autre ses desseins. Les premières d'entre elles, les zaouïas et les écoles coraniques qu'elle accusait de former des "fanatiques" réfractaires à la civilisation. A. de Tocqueville déclarait en 1847, dans un rapport devenu célèbre:

"Partout nous avons mis la main sur ces revenus [ceux des fondations pieuses ayant pour objet de pourvoir aux besoins de la charité ou de l'instruction publique] en les détournant en partie de leurs anciens usages. Nous avons réduit les établissements charitables, laissé tomber les écoles, dispersé les séminaires. Autour de nous les lumières se sont éteintes, le recrutement des hommes de religion et des hommes de loi a cessé."<sup>8</sup>

Malgré l'absence d'une action concertée et réfléchie sur ce qui devait/pouvait être la politique de la France en matière de politique économique et linguistique, le rapport de force colonisateur/colonies se traduira par l'imposition du français dans les rouages que la colonisation met en place peu à peu et qui la servent en premier: administration, justice, école.

Sous le Second Empire (1852-1870), Napoléon III et sa politique de "royaume arabe" tenta de conférer un certain statut aux indigènes<sup>9</sup> en essayant à la fois de lutter contre l'influence de l'enseignement religieux dispensé dans les zaouïas et en ranimant l'enseignement musulman libre dans les grands centres de colonisation. Deux types d'enseignement vont donc coexister durant toute cette période: écoles coraniques et medersas d'un côté et écoles arabes-françaises de l'autre, pour les indigènes, et enseignement communal pour les Européens.

Un premier type d'enseignement dit "mutuel" avait été mis en place par l'armée à travers ces écoles arabes-françaises. Il s'agissait en fait d'alphabétiser les soldats souvent illettrés et de tenter de mieux cerner ceux qu'on prétendait vouloir gagner à la "civilisation". La première école de ce type qui vit le jour à Alger en 1833 reçut 261 élèves réparties comme suit: 100 Français, 21 Allemands, 15 Espagnols, 5 Italiens, 2 Maltais et 58 "indigènes" (en fait des Israélites). On y enseignait l'arabe<sup>10</sup> le matin et le français le soir. Ce type d'école n'obtint aucun succès: absentéisme, réticence sinon opposition de tous les protagonistes; les Français ne voyant pas l'intérêt d'apprendre un "patois", les "indigènes" fuyant un enseignement dispersé par des Frères congréganistes, et qui s'apparentait à une conversion déguisée, les riches refusant de se mêler aux pauvres, etc...

8 Ageron Ch.-R., 1974. *Histoire de l'Algérie contemporaine*. Paris: PUF, 19-20.

9 Le Sénatus Consulte de 1865 déclare "l'indigène musulman est français", cependant il établit sur la base du statut personnel et religieux une distinction entre le citoyen et le non citoyen.

10 Il semblerait qu'on ait enseigné aussi bien l'arabe dialectal que l'arabe classique, le dialectal intéressant davantage les militaires auxquels il servait de moyen de communication avec les indigènes.

En 1857, des collèves franco-arabes ouvrirent à Alger, Constantine et Oran, en 1865 une Ecole Normale à Alger, chargée de former des maîtres pour les écoles arabes-françaises, en 1867 une Ecole indigène des Arts et Métiers à Fort-Napoléon en Kabylie - l'idée en effet fait son chemin d'inculquer un apprentissage professionnel ou technique aux indigènes. Trois medersas furent restaurées et modernisées. Dans ces institutions l'enseignement était bilingue, mais là également "les maîtres sont aussi difficiles à recruter que les élèves".

L'instruction devait servir à faire de l'indigène un agent de transformation de sa propre société; la colonisation n'osant s'imposer de front à l'Islam, il fallait que sans recourir à la conversion ou la propagande, l'école puisse former des "courroies de transmission" de la civilisation afin d'aider à transformer la société algérienne. Mais cette tentative fut un échec. Y. Turin<sup>11</sup> note avec pertinence que durant toute cette période l'enseignement se heurta à des difficultés de deux ordres: contre l'enseignement européen se sont dressées des raisons d'ordre religieux, social, moral et politique - dans l'enseignement traditionnel justice, religion et langue étaient liées - et à l'égard de l'enseignement arabe lui-même la question était "Pourquoi faire?", les Algériens se considérant en état de guerre contre l'occupant d'une part, et d'autre part parce que dans la culture traditionnelle, l'instruction n'avait pas pour finalité de préparer au "travail", mais presque exclusivement à l'apprentissage du Coran.

Cette situation perdura - à quelques exceptions près - jusqu'à la fin des grandes insurrections (1871), période à laquelle l'Algérie fut définitivement "pacifiée" et les tribus vaincues par la destruction totale de leurs structures politiques, sociales et économiques - de grandes famines et des épidémies vont décimer des milliers de personnes -, par la dépossession de leurs terres et de leurs biens, les Algériens paupérisés, déracinés, livrés pieds et poings liés à la grande colonisation à venir. Comment dans ces conditions pouvaient-ils croire que l'école française leur avait ouvert ses portes pour leur bien? Promulgué le 22 juillet 1848, un décret signé par le Ministre de la Guerre Lamoricière attribuait la responsabilité des écoles pour Européens et Israélites au Ministère de l'Instruction Publique, et celle des écoles pour indigènes au Ministère de la Guerre. "L'Université a pour l'enseignement des règles spéciales, des idées préconçues qu'il est impossible d'admettre pour l'éducation arabe, je dirais plus, qui sont un inconvénient pour un enseignement politique, devant naturellement demeurer sous la direction exclusive du pouvoir politique" déclarait Saint-Arnaud, ministre de la guerre, en 1852.<sup>12</sup>

Ainsi donc le bilan de ces quarante années d'hésitation et de tâtonnements de l'administration coloniale devant le type d'enseignement à préconiser pour les indigènes et de lutte affirmée et sans merci contre la culture traditionnelle telle qu'elle était dispensée dans les écoles coraniques, les zaouïas et les medersas, est bien maigre. Ci-dessous quelques chiffres pour la province d'Alger<sup>13</sup>:

11 Turin Y., op. cit., 68.

12 idem., 181.

13 idem., 290.

	Élèves arabes	Européens (sans doute non Français)
1863	360 pour 12 écoles	--
1864	386 (658 pour l'ensemble de l'Algérie)	41 90
1865	501	27
1867	562	100
1868	420	80
1870	Aucune indication	85

### 3. L'école, un creuset pour "la fusion des races" (1870-1920)

Après la chute de l'Empire et la remise en cause du pouvoir des militaires par les colons, on assiste à partir de 1870 à une nouvelle organisation de la colonie, au plan administratif (entre autres, extension des territoires civils et multiplication des communes de plein exercice), politique (chaque département est représenté par un sénateur), juridique (en 1874 sont supprimées toutes les juridictions kabyles, remplacées par des tribunaux français, le Conseil Supérieur musulman est supprimé en 1875, la loi du 22 mars 1882 organise l'état-civil sur le modèle français, celle de 1889 restreint la juridiction musulmane des *cadi*, etc.), économique (assimilation du territoire algérien au territoire français par la loi du 21 décembre 1884)<sup>14</sup>.

L'Algérie devenait donc "une petite République française" où 200.000 Français ou naturalisés exerçaient le pouvoir sur 3 millions de musulmans.

L'assimilation ne s'adresse donc qu'aux Européens d'Algérie et aux Israélites à qui le décret Crémieux octroya la citoyenneté en 1870. Les musulmans eux seront soumis au Code de l'indigénat (loi du 18 juillet 1881) qui instaura leur assujettissement total: pouvoirs répressifs accrus entre les mains des administrations civiles, peines spéciales d'internement, surveillance, amendes collectives, séquestres individuels ou collectifs, permis de circulation intérieure, impôts et taxes divers, etc...

En relation avec le nouveau statut de la colonie, (l'extension du pouvoir des civils et la multiplication des communes dites de plein exercice), le système scolaire deviendra l'otage de la colonisation. En effet, la circulaire du 14 octobre 1867 de Mac-Mahon (gouverneur général de l'Algérie) qui préconisait de faire de l'école un lieu de "fusion des races" donna l'occasion aux conseils municipaux de fondre en une seule les écoles arabes-françaises et les écoles pour Européens. Les écoles arabes-françaises vont disparaître, et dans les écoles communales la population scolaire deviendra à quelques exceptions près entièrement européenne. On supprima l'alternance cours en arabe le

14 Pour plus de détails, cf. Collot C., 1987. *Les institutions de l'Algérie durant la période coloniale (1830-1962)*. Paris: Ed. du CNRS - Alger: OPU, 10 et sq.

matin et en français le soir, par un enseignement entièrement en français avec 3 heures d'arabe réparties très tôt le matin et en fin d'après-midi.

Ainsi prend fin une expérience de 25 ans d'un enseignement bilingue qui malgré ses insuffisances entendait former une "élite" indigène apte à servir de lien entre les deux communautés. Les indigènes seront donc mis à l'écart du système qui dépendait entièrement des conseils municipaux, alors que paradoxalement, c'étaient les tribus imposées lourdement et la population musulmane des communes de plein exercice qui supportaient financièrement les écoles communales. Les dépenses d'instruction publique se montaient en 1897 à 52 francs par écolier français et 2 francs par écolier indigène.

La loi du 13 février 1883, qui étendait à l'Algérie les lois scolaires de 1881 et 1882 de Jules Ferry sur l'école provoqua une levée de boucliers dans les deux communautés: les Musulmans s'opposant à une scolarisation obligatoire de leurs enfants, surtout de leurs filles, du côté européen ce fut l'indignation, les communes avançant l'argument du coût de cette opération et surtout expliquaient-elles "si l'instruction se généralisait, le cri unanime des Indigènes serait: l'Algérie aux Arabes".<sup>15</sup>

Alors que la scolarisation des Européens sera en constant progrès, celle des indigènes sera dérisoire; qu'on en juge par ces quelques chiffres. En 1890, 10.000 indigènes scolarisés, soit 1,9 % des enfants en âge de fréquenter l'école, 4,3 % en 1908, 5 % en 1914, 6 % en 1929. Les chiffres concernant le secondaire sont encore plus dérisoires, ceux du supérieur négligeables: 34 bacheliers et 12 licenciés en 1914.

Cependant si la "francisation" de l'Algérie ne se fait pas encore, durant cette période, à travers l'école, elle se manifestera dans la gestion administrative coloniale et à travers une "entreprise taxinomique"<sup>16</sup>: noms de lieux, de villes et villages, de rues, attribution de patronymes aux familles algériennes sur le modèle occidental seront l'oeuvre de la colonisation.

Sur un autre également, on peut dire aussi que le français devient de plus en plus, dans la pratique quotidienne des milliers d'Algériens dépossédés et jetés sur le marché du travail, la "langue du pain", celle qu'ils sont tenus sinon de parler du moins de comprendre. Les travailleurs émigrés en France et les conscrits au cours des deux guerres mondiales en feront souvent la douloureuse expérience.

#### 4. L'école, une revendication des colonisés (1920-1962)

L'immédiate après-guerre vit se développer des mouvements de revendication des Algériens, expression à la fois d'un début d'expression politique du nationalisme et remise en cause par les élites du régime colonial. L'attitude à l'égard de l'école va changer, les Algériens prenant de plus en plus conscience des enjeux multiples que pouvait représenter la scolarisation de leurs enfants. Cependant, les mouvements politiques qui exigeaient davantage de justice et la reconnaissance de la culture algérienne n'ont cessé

15 Ageron Ch.-R., 1979. *Histoire de l'Algérie contemporaine*. 2) 1871-1954. Paris: PUF, 157.

16 Pour plus de détails voir l'étude de ces aspects dans Morsly D., 1988. *Le français dans la réalité algérienne*. Thèse de doctorat d'Etat, Université René Descartes, Paris.

de réclamer non seulement la scolarisation pour tous, mais aussi la prise en charge de l'arabe classique. Concernant la scolarisation des indigènes depuis la loi de 1883 sur la scolarité obligatoire, la colonisation mit en place un enseignement pour l'essentiel unilingue, en français, en maintenant la distinction entre écoles spéciales (pour indigènes) et écoles européennes, entre le certificat d'études indigènes (axé sur l'apprentissage professionnel) et le certificat d'études primaires. Cette distinction sera supprimée en 1942 et la fusion entre l'enseignement européen et l'enseignement indigène consommée seulement en 1948! Ces écoles spéciales assuraient des cours de français rudimentaire et un enseignement professionnel et plus spécialement agricole. Elles étaient peu nombreuses et surpeuplées (entre 52 et 83 élèves par classe). Depuis 1898, l'orientation de l'enseignement qui y était dispensé n'avait guère changé. Pour P. Bernard, directeur de l'Ecole Normale de Bouzaréa

*"Le bon élève d'école indigène saura soutenir en français une conversation simple, rédiger à peu près une lettre et faire un compte; il connaîtra les intentions bienveillantes de la France à l'égard de ses coreligionnaires, il aura une idée élevée de ses forces militaires et de sa puissance économique. Notre élève saura greffer, marcotter, bouturer, se servir de la pioche, de la scie et du rabot, réparer ses outils et raccommo-der ses meubles. Les Français ne lui auront apporté ni la science ni la fortune, ils lui auront simplement appris à mieux travailler".<sup>17</sup>*

La loi du 1er mai 1915 avait mis à la charge de l'Etat et non plus des communes, les dépenses scolaires; le décret du 27 novembre 1944 prévoyait l'ouverture en 20 ans de 20.000 classes de manière à scolariser 1 million d'élèves, tant la scolarisation des indigènes accusait de retard! On était loin de l'école unique, lieu de fusion des races! C'est ainsi qu'en 1954, à la veille de la guerre de libération nationale, l'élite algérienne musulmane se composait comme suit: 354 avocats ou avoués, 28 ingénieurs, 185 professeurs du secondaire, 165 médecins, pharmaciens et dentistes. Et tandis qu'on comptait parmi les Européens 96 % de médecins, 94 % de pharmaciens, 98 % de dentistes, 82,6 % de techniciens et 83,4 % des employés de bureau, les Algériens fournissaient 95,2 % de manoeuvres, 71,3 % du personnel de service, 58,3 % des ouvriers (sur une population de 8,5 millions d'Algériens et 1.425.000 Européens).

#### Conclusion

Le but de l'instruction française des Algériens avait été de préparer l'indigène pour le monde francophone, or, peu à peu vont se mettre en place tout au long de cette période et en particulier après le choc des deux guerres mondiales, des idées apparemment contradictoires mais d'une impérieuse nécessité pour les Algériens: faire retrouver à la langue arabe, langue du Coran et de l'enseignement traditionnel (aussi bien en territoires arabophones qu'en territoire berbérophones) sa place symbolique et instrumentale dans la société, mais aussi conquérir et se saisir du français langue certes des dominants, mais instrument fondamental donnant accès à la culture et au bien-être économi-

17 Cité par Achour Ch., "Le livre de lecture courante de l'écolier indigène", document n° 5, Société Internationale d'Histoire du français langue étrangère et seconde, 1989, 1.

que. Les luttes pour l'indépendance se feront souvent dans cette langue, les prises de parole, la production scientifique et littéraire aussi. La situation coloniale va ainsi créer une "tradition qui aura longtemps son effet après que l'on aura mis fin à la répression formelle"<sup>18</sup>. Lorsque, au lendemain de l'indépendance, l'Etat algérien décrète l'arabe classique langue officielle, il ne s'agissait pas d'un simple changement d'instrument - si tant est que les structures en place fussent préparées et capables d'offrir aux Algériens les moyens adéquats -, il s'agissait en réalité d'un bouleversement total des mentalités. Si la langue arabe gardait à leurs yeux tout son prestige, le français, ce butin de "guerre" selon l'expression de Kateb Yacine, en possédait un autre tout aussi important, celui d'avoir été pour beaucoup un instrument de libération et d'accusation de l'ordre colonial.

Alger, mars 1993

18 Mackey, William, "L'irréductibilité linguistique: une enquête témoin", in: Wald, Paul/Manessy, Gabriel (éds.), 1979. *Plurilinguisme*, Paris: L'Harmattan, 260.

## Die Sprachpolitik und soziolinguistische Konstellation in Togo vor und nach der Unabhängigkeit

Raphaëla-Maria Marx, Wien

"Tu sais, le problème des langues, on s'en fout pas mal en ce moment au Togo", so die Antwort eines in Wien lebenden Togolesen auf meine Frage, wie er die Sprachensituation und das Verhältnis Französisch-afrikanische Sprachen seit unserem letzten Gespräch<sup>1</sup> 1989 einschätze. Diese Antwort scheint symptomatisch erstens für die momentane Bereitschaft der in Europa lebenden Togolesen, sich mit Sprachenfragen in ihrem Heimatland zu beschäftigen, zweitens für die Dokumentationslage zum Thema Sprache und Sprachpolitik in Togo im allgemeinen.

Seit Ende 1990 herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände in Togo, die von repressiven staatlichen Reaktionen auf eine Demokratisierungswelle ausgegangen sind und sich verselbständigt zu haben scheinen. Während es von europäischer und afrikanischer/togolesischer Seite reichlich Dokumente zu aktuellen politischen Fragen gibt, ist über die Sprachenfrage in Togo in den letzten Jahren wenig erschienen. Zeitschriften wie *Jeune Afrique* und *West Africa* klammern dieses Thema z. Zt. verständlicherweise fast gänzlich aus ihrem Interessenskanon aus. Diesem Dokumentationsnotstand<sup>2</sup> Rechnung tragend wird der vorliegende Artikel vorwiegend Material älteren Datums (bis 1990) und solches heranziehen, das bereits für die in der Fußnote 1 zitierte Arbeit benutzt worden ist.

Um die Bedingungen und das Integrationsmaß der Sprachen Togos (inklusive des Französischen) Togos deutlicher machen zu können, sollen vorab einige Worte der Situation des Französischen vor und nach der Unabhängigkeit gelten.

### 1. Das Französische im subsaharanischen<sup>3</sup> Afrika

Togo gehört zu den modernen Staaten Afrikas, deren offizielle Sprachpolitik selbst nach der Unabhängigkeit 1960 das koloniale Erbe nicht hat überwinden können.

1 Dieses Gespräch stellt ein Interview innerhalb des Corpus' einer soziolinguistischen Arbeit über den Süden Togos dar, cf. Marx 1991.

2 Von der aktuellen mißlichen Lage abgesehen, gibt es neben statistischen Jahrbüchern, die von der Republik Togo herausgegeben werden (und in denen im Rahmen des Bildungswesens am Rande auch die sprachliche Lage erwähnt wird, cf. Länderbericht Togo 1991), grundsätzlich relativ wenig offizielles Material zu Sprachenfragen von togolesischer Seite. Einige wenige soziolinguistisch orientierte Monographien ausgenommen, ist auch in Europa und in den USA relativ wenig zu diesen Fragen publiziert worden (Kozelka 1984, Lafage 1985, Marx 1991); pragmatische, ethnomethodologische u. ä. Fragestellungen beziehen sich gelegentlich auf die Sprachen Togos im Zusammenhang miteinander oder mit den europäischen ehemaligen Kolonialsprachen, cf. z. B. Ameka, Félix 1987. "A Comparative Analysis of Linguistic Routines in two Languages: English and Ewe." In: *Journal of Pragmatics* 11, 299.

3 Dieser Begriff bezieht sich auf dasselbe Referenzgebiet wie der traditionellere Begriff "Schwarzafrika" und schließt die Maghrebländer aus. Er soll im vorliegenden Text benutzt werden, um der rezenten ideologischen Kritik an Bezeichnungen wie "Schwarz"-Afrika etc. Rechnung zu tragen. cf. auch die Übersichtskarte zu Afrika im Anhang.

Da alle Kolonialmächte eurozentrische wirtschaftliche Interessen an ihren Kolonien hatten, hat die Kolonialzeit sicherlich in allen afrikanischen Ländern ihre Spuren hinterlassen; jedoch unterscheiden sich dabei die französischen und portugiesischen deutlich von den englischen und belgischen Strategien in bezug auf die Art der Durchsetzung ihrer Ziele. Die erste Gruppe bedient sich vor allem Formen der direkten und assimilatorischen, die zweite solcher indirekter Verwaltung<sup>4</sup>. Die direkte Verwaltung schließt Sprachen und Kulturen der Kolonisierten vollständig aus dem offiziellen Programm aus, die indirekte Verwaltung trennt stärker Sprachen und Kulturen von Kolonisierten und Kolonisatoren, wodurch die autochthonen Sprachen bis zu einem gewissen Grad in das Kolonialsystem integriert werden.

Die deutsche Kolonialpolitik stellt in gewisser Weise eine Zwischenform dar, da sie zwar die einheimischen Sprachen eine Zeitlang (vor allem durch die Arbeit der Missionsschulen und vorwiegend im Grundschulbereich) in die Kolonialpolitik miteinbezieht, die (ausschließlich nur vermittelnde und helfende) Mitarbeit an eben dieser Politik jedoch die Beherrschung der deutschen Sprache voraussetzt. Von den einheimischen Sprachen ist jenseits des Grundschulbereichs und außerhalb der Kirche nicht mehr die Rede. Auch begünstigt die Kolonialregierung nach und nach immer mehr diejenigen Missionsgesellschaften, die gewillt sind, deutschen Schulunterricht zu erteilen<sup>5</sup>.

Unter deutscher sog. Schutzherrschaft stehen seit 1884 neben Togo Kamerun, Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika. Diese Schutzgebiete werden im ersten Weltkrieg von England, Frankreich und/oder Portugal besetzt und gehen nach Kriegsende als Mandat an diese Mächte über.

Die Folgen der assimilatorischen Kolonialpolitik Frankreichs (und Portugals) für die heutige Stellung des Französischen im subsaharanischen Afrika läßt sich knapp wie folgt zusammenfassen<sup>6</sup>:

- Französisch dient weitgehend als einziges Kommunikationsmedium im offiziell-staatlichen Bereich wie Verwaltung, Schulwesen, Massenmedien, Regierung,
- afrikanische Sprachen finden selbst dann kaum Eingang in diese Bereiche, wenn es eine de-jure oder, vor allem, eine de-facto-Nationalsprache<sup>7</sup> gibt (für Togo cf. Kapitel 2.3),

4 cf. Calvet 1974:85; zur terminologischen Unterscheidung der Kolonialsysteme cf. Reh/Heine 1982:163/64, M'Bokolo 1985:42.

5 Daß dennoch die deutsche Kolonialregierung letztendlich weniger konsequent im Aufdrängen ihrer eigenen Sprache war und mit der mächtigen Konkurrenzsprache Englisch zu kämpfen hatte, zeigt Erbar 1991:288, Fußnote 296: ein Regierungsarzt notiert sich noch 1902, daß sich deutsche Beamte und Kaufleute mit der togolesischen Bevölkerung auf Englisch (oder gar Pidgin-Englisch, cf. *ibid.*) verständigen. Ein solcher Usus ist in einer französischen Kolonie gewiß kaum vorstellbar. (Die Engländer waren als Händler schon lange vor den Deutschen im Golf von Guinea und hatten 1847 sogar ein Stück Land im Gebiet des heutigen Ghana erworben (Full 1935:13).

6 nach Reh/Heine 1982:171/172.

7 Die Unterscheidung nach einem de-jure- oder de-facto-Status einer Nationalsprache ist für viele afrikanische Staaten grundlegend: während die de-jure-Nationalsprache gesetzlich als solche verankert ist, wie z. B. Ewe und Kabye in Togo, ergibt sich die Stellung der de-facto-Nationalsprache aus ihrem tatsächlichen Gebrauch. Da zuweilen die sprachpolitischen Motive der Regierungen nicht (oder nicht nur) auf den Gegebenheiten basieren, kommt es zuweilen zu Unstimmigkeiten zwischen diesen beiden Kategorien wie im Falle Togos, wo die Ewevarietät Mina die de-facto-Nationalsprache für ca 70% der Bevölkerung als Primär-

- trotz der Bildung einheimischer Einrichtungen zur Erforschung und Förderung der afrikanischen Sprachen mit de-jure- oder de-facto-Vehikularcharakter, gedeiht die Arbeit in diesen Institutionen nur wenig. Sicherlich sind auch hier wirtschaftliche Faktoren und solche, die in mangelnder Stringenz bei der Umsetzung sprachpolitischer Ziele<sup>8</sup> begründet sind, verantwortlich zu machen.

- Die Prestigezuweisungen an das Französische zeugen auch heute noch vom ideologischen Erfolg der "mission civilisatrice" und können dadurch eine effektive Arbeit an der Statusveränderung des Französischen erheblich behindern<sup>9</sup>. Obwohl bereits kurz nach der Unabhängigkeit geschrieben, zeugen Titel und Inhalt des beinahe zum Klassiker gewordenen Texts von Senghor "Le français, langue de culture" (*Esprit* 30, 2 (1962), 837-844) auch heute noch von diesem Prestige.

So ist es nicht weiter erstaunlich, daß von den schwarzafrikanischen Staaten, die französische oder belgische Kolonien waren<sup>10</sup>, alle außer den Seschellen<sup>11</sup> sowohl das Französische als offizielle Sprache als auch das französische Schulsystem nach der Unabhängigkeit<sup>12</sup> übernehmen<sup>13</sup>. Einige Staaten haben immerhin neben der ehemaligen Kolonialsprache eine weitere afrikanische oder europäische offizielle Sprache.

## 2. Historischer und soziolinguistischer Abriß der Situation Togos<sup>14</sup>

### 2.1. Kurzer Abriß der Geschichte Togos<sup>15</sup>

Togo teilt nur zum Teil dasselbe "französische" Schicksal wie die Länder der ehemaligen "Afrique occidentale française", da es von 1884 bis 1914 deutsche Kolonie ist. Erst ab ca. 1920 gelten dieselben kolonialen Bedingungen Frankreichs für Togo wie für seine "frankophonen" Nachbarländer.

Zur Zeit der ersten Handelskontakte mit Europäern ab dem 17. Jahrhundert, vorwiegend mit Portugiesen und Dänen, und des Sklavenhandels hat es auf dem Gebiet des heutigen Togo, soweit bekannt, keine zentral organisierte politische Macht gegeben.

oder Sekundärsprache darstellt (N.B. Zahlen wie diese sollen, bedingt durch die starken Schwankungen der Angaben in Dokumenten und in der Literatur, eher Tendenzen denn absolute Werte angeben).

8 Diese beiden Argumente können ggfs. zwei Seiten ein- und derselben Medaille darstellen. Denn dort, wo z. B. europäisches oder amerikanisches Geld nur oder eher in Wirtschaft und Industrie fließt, deren Erträge wiederum zur Deckung von Auslandsschulden o. ä. genutzt werden müssen, steht die Förderung der einheimischen Kulturen und Sprachen fast logischerweise an allerletzter Stelle.

9 Während "Status" den tatsächlichen, gesetzlich verankerten Rang einer Sprache bezeichnet (cf. Krennitz 1983:74), meint "Prestige" den erhofften oder angenommenen (Ninyoles 1969:89). Diese beiden wie Teile einer Dichotomie zu begreifenden Größen befinden sich nicht immer in Übereinstimmung, können einander jedoch wesentlich beeinflussen.

10 Benin, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Gabun, Guinea, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Mauritien, Niger, Ruanda, Senegal, Seschellen, Togo, Tschad, Zaire, Zentralafrikanische Republik.

11 seit 1981 ist Kreolisch Staatssprache, Englisch und Französisch funktionieren jedoch weiterhin daneben als Amtssprachen.

12 Das Französische drückt denselben Sachverhalt im Plural aus ("les indépendances"), wodurch m. E. sowohl die die von Staat zu Staat sehr unterschiedlichen Bedingungen als auch die ganz unterschiedlichen Daten der Unabhängigkeit(en) (z. B. Guinea: 2. 10. 1958, Togo: 27. 4. 1960) besser konzeptualisiert werden als im Deutschen.

13 cf. Turi 1977.

14 cf. eine Übersichtskarte zu Togo im Anhang.

15 cf. Cornevin 1967, Rusch 1984.

Vor allem durch den Sklavenhandel erlangen einzelne Völker, besonders solche in der Küstenregion, relativ große Macht und Reichtum. Allerdings ist es auch die Küstenregion, die in der Sklavenhalterzeit am meisten ausgeblutet wird und deren Bewohner sich bis zur Abschaffung des Sklavenhandels zwischen 1830 und 1850 und darüber hinaus durch Handelstätigkeiten stärker mit anderen Völkern mischen. Das Händlertum als wichtige Gesellschaftsform macht eine gewisse räumliche Flexibilität notwendig und hat, wie in Togo, häufig die Verbreitung der Küstendialekte im Inland zur Folge.

Diese Faktoren spielen als Topoi bei sprach- und kulturpolitischen Entscheidungen der togolesischen Regierung, wenigstens bis zum Beginn der Unruhen 1990, eine entscheidende Rolle.

Während der Missionierung Togos<sup>16</sup> durch die protestantische Norddeutsche Mission siedeln sich 1847 die ersten Europäer an, deren "Interessen" über wirtschaftliche Motive hinausgehen.

Dieser Mission ist die anfänglich starke Förderung des Ewe, die sich mit linguistischen und ethnologischen Forschungsarbeiten verbindet, zu verdanken.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gibt es regelmäßige Handelskontakte mit Europäern, die sich durch Handelsniederlassungen vor allem im Osten des Landes festigen.

Als nach der Abschaffung des Sklavenhandels die Bedeutung der europäischen Handelsniederlassungen an der Küste sinkt, verkaufen die Kolonialmächte Dänemark und die Niederlande einen Teil ihrer Besitzungen an England und Frankreich, Togo bleibt jedoch zuerst noch "herrenlos". Den Handel mit Portugal, den Niederlanden, England und Frankreich gibt es weiterhin.

Um 1856 kommen verstärkt Kaufleute aus Bremen und Hamburg in das Togo-gebiet und bereiten gewissermaßen der deutschen Kolonialzeit den Boden.

Diese Zeit bis 1884, als Deutsche und Togolesen den sogenannten "Schutzvertrag" unterschreiben, läßt sich daher vielleicht als Frühform des Kolonialismus<sup>17</sup> bezeichnen.

Am 5. Juli 1884 wird der sog. Schutzvertrag zwischen Togo und Deutschland unterzeichnet, und zwar auf deutscher Seite vom Generalkonsul und Afrikaforscher Dr. Gustav Nachtigal und anderen Vertretern des deutschen Reichs, auf togolesischer Seite von Vertretern des togolesischen Häuptlings Mlapa III (oder von ihm selbst - die Quellen sind hier nicht eindeutig). Interessanterweise ist der Vertrag auf Englisch verfaßt, damit beide Seiten, die die Sprache(n) des jeweiligen Partners nicht oder in nicht ausreichendem Maße kennen, den Inhalt des Vertrags, der im wesentlichen rein wirtschaftliche Fragen zu regeln versucht, verstehen können.

Die deutschen Kolonisatoren treten ihre Herrschaft, die "mehr zufällig als geplant"<sup>17</sup> zustande gekommen ist, ohne feste Kolonialgesetze an, die in den Jahren nach 1884 erst geschaffen werden müssen. So erklärt sich vielleicht auch die für eine

<sup>16</sup> Togo war vor Ende des 1. Weltkriegs etwa um ein Drittel größer als heute, dieses Drittel ist heute Teil des westlichen Nachbarlandes Ghana.

<sup>17</sup> Erbar 1991:303; es hat offenbar nicht einmal eine ausdrückliche Anordnung Bismarcks für den Schutzvertrag gegeben.

Kolonialregierung ungewöhnlich lange schweigend akzeptierte vehikuläre Funktion des Englischen in der deutschen Kolonie.

Um die Jahrhundertwende sind zumindest die Grenzen mit den anderen europäischen Mächten abgesteckt und Togo wird zur sprichwörtlichen "Musterkolonie", die nicht nur den Deutschen koloniale Erfahrung und große Profite an wirtschaftlichen Erträgen, sondern den Togolesen wenigstens teilweise den Ausbau der Infrastrukturen im Süden des Landes bringt.

Der Norden hat sich der "Schutzherrschaft" der Deutschen lange widersetzt und wird daher weniger von den infrastrukturellen Maßnahmen erfaßt. So endet die heute noch einigermaßen funktionstüchtige Eisenbahnlinie mitten in Togo, der Teil, der bis in den Norden führt, wurde von den Franzosen gebaut.

Gleich nach der erzwungenen Aufgabe Togos durch Deutschland zu Beginn des 1. Weltkriegs, am 27. August 1914, beginnen England und Frankreich in der togolesischen Stadt Atakpamé, Togo provisorisch zu teilen. Die endgültige Teilung erfolgt 1919 im Versailler Vertrag. Das westliche Drittel geht an England und wird mit der sog. "Goldküste" (zum heutigen Ghana) vereint, der Rest geht als Völkerbund-Mandat an Frankreich. Ab diesem Zeitpunkt erlebt Togo eine ähnliche Kolonialverwaltung wie die Länder der *Afrique Occidentale Française*, die allerdings "nur" ca. vierzig Jahre dauern soll.

Am 27. April 1960 erlangt das bereits 1958 zur autonomen Republik erklärte Togo seine Unabhängigkeit; seitdem hat es drei Regierungen erlebt.

Togos erster Präsident Sylvanus Olympio erliegt am 13. Januar 1963 einem Attentat, an dem maßgeblich der seit 1967 im Amt befindliche Gnassingbé Eyadéma beteiligt gewesen sein soll<sup>18</sup>.

Zwischen 1963 und 1967 tritt Nicolas Grunitzky eine Übergangsregierung an, die ihrerseits am 13. Januar 1967 von dem Militärs unblutig abgesetzt wird. Diese setzt den aus dem Norden stammenden Gnassingbé Eyadéma an die Spitze einer Militärregierung, die bis heute fortbesteht.

Seine Regierung basiert auf einem massiv geförderten Kult um seine Person, der sich einerseits mit der seit 1975 angeordneten "Authentizität" nach dem Modell Sese-Sekou Mobutus in Zaïre und andererseits der gewaltsamen Schaffung eines dafür nötigen nationalen Bewußtseins verbindet.

## 2.2. Die Sprachpolitik in Togo von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1960

In den Missionsschulen wird bis zur Einrichtung einer "echten" Kolonialherrschaft in den Landessprachen, insbesondere auf Ewe, unterrichtet. Der Grund dafür ist zum einen mit Sicherheit in den Bekehrungsabsichten der Mission zu suchen, die die zu Bekehrenden in deren eigenen Sprachen nachhaltiger zu erreichen glaubt; zum anderen hat die Mission ein erklärtes humanistisches Interesse daran, ihre Schützlinge nicht zu

<sup>18</sup> Olympio hat bereits seit den vierziger Jahren bedeutende politische Funktionen inne und kann in den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit 1961 seine Position gegen seinen Konkurrenten Nicolas Grunitzky festigen.

"Kulturkarikaturen" durch einen verfrühten oder mangelhaften Gebrauch der Kolonialsprache zu machen<sup>19</sup>.

Mit dem Jahr 1884 geht das langsame Ende der relativen Freiheit der Missionsgesellschaften, z. B. in bezug auf die Unterrichtssprachen, einher. Ab 1891 müssen die Missionsschulen nach und nach Kompromisse mit der Kolonialregierung eingehen und Deutsch zur Unterrichtssprache erheben, um ihre Rolle als wichtigste Bildungsträger nicht gänzlich an die Regierungsschulen abgeben zu müssen.

Deutsch gibt es anfänglich nur als Unterrichtsfach, ebenso, wenn auch in geringerem Umfang, Englisch.

Ein Gesetz von 1905 schließt jedoch alle lebenden Sprachen außer den Landessprachen und Deutsch als Unterrichtsgegenstand von der Schule aus. 1906 zwingen schließlich Finanzierungsprobleme die Mission, Deutsch als Unterrichtssprache zu akzeptieren, Ewe als Unterrichtsfach darf weitergeführt werden<sup>20</sup>.

Nach dem 1. Weltkrieg bleibt auf dem Gebiet des heutigen Togo bis 1917 das Deutsche Schulsprache; Ende desselben Jahres werden die Priester und Schwestern der Diözese Lomé wegen Spionageverdachts des Landes verwiesen, ab 1918 wird Englisch Schulsprache. Im August 1920 kommen die Franzosen endgültig nach Lomé und führen sukzessive das Französische als Schulsprache ein. Eine Verordnung vom September 1922 setzt dann den alleinigen Gebrauch des Französischen in der Schule fest. Selbstverständlich geht mit der Inbesitznahme Togos durch die Franzosen auch der Gebrauch des Französischen als offizieller Sprache einher.

Diese verwaltungstechnische und schulische Situation hat sich bis zur Unabhängigkeit -und im Prinzip bis heute<sup>21</sup>- nicht verändert.

### 2.3. Die Sprachpolitik und soziolinguistische Situation in Togo seit 1960

Je nach Klassifikationskriterien lassen sich in Togo 15 bis 45 verschiedene Idiome ausmachen, die alle der Niger-Kongo-Sprachfamilie angehören, einer von insgesamt sieben afrikanischen Sprachfamilien nach der klassischen Einteilung von Joseph Greenberg (<sup>3</sup>1970). Interkomprehension gibt es jedoch zwischen den einzelnen Gruppen nicht.

Auffallend und bedeutsam für das Verständnis der sprachpolitischen Motive nach 1960 ist das zahlenmäßige und soziale Übergewicht der dem Ewe zuzurechnenden Gruppen und Varietäten im südlichen Teil des Landes.

Das Ewe ist bereits zur Zeit der Missionierung Togos kodifiziert worden und vor allem durch die Arbeiten Diedrich Westermanns bekannt geworden. Die katholische Kirche, die erst unter den Franzosen in Togo Fuß gefaßt hat, bevorzugt jedoch das

19 Schlunk, Martin 1912. *Probleme und Aufgaben*. Bremen, 77, zitiert bei: Rusch 1984:53 und Anm. 251. Inwieweit ein Unterricht vorwiegend in der eigenen Sprache die Kolonisierten wiederum vom Verfolgen der kolonialpolitischen Strategien ausschließt und damit die Praxis der Missionsschulen als letztendlich wenig human(istisch) entlarven könnte, müßte einmal an anderer Stelle diskutiert werden.

20 Dravie-Houenassou-Houangbe 1988:199.

21 op. cit., 120: "Depuis ce temps (i. e. dès la rentrée scolaire de 1923), le français est toujours resté non seulement la langue d'enseignement mais encore la langue officielle du Togo français. C'est cette situation qui prévaut au Togo jusqu'à nos jours."

bis heute rudimentär verschriftete Mina, eine Varietät des Ewe<sup>22</sup>. Es ist die Primärsprache des Großteils der Ewe und Verkehrssprache bis weit in den Norden, wenn nicht für ganz Togo und damit die de-facto-Nationalsprache Togos.

Das Standard-Ewe<sup>23</sup> ist auf der Basis der Anglo-Varietät im Westen Togos und in Ghana entstanden. Es zählt in Togo weitaus weniger Primärsprecher als in Ghana.

Zwischen den einzelnen Ewevarietäten scheint Interkomprehension zu herrschen, allerdings sind sie Inhalt ganz unterschiedlicher Prestigezuweisungen.

Innersprachlich und kulturell stellt das Mina eine Art Verbindungsglied zwischen den einzelnen Ewevarietäten dar, da es über die heutigen Staatsgrenzen nach Osten und Westen hinaus die regionale Handels- und Verkehrssprache war und ist. In dieser Funktion wird es von Lafage sogar als Konkurrenzsprache zum Französischen bezeichnet (1985:40). Das Mina gilt in der Einschätzung vieler Sprecher<sup>24</sup> als strukturell zwar vereinfachte, aber "weichere" Sprache, deren Dynamik u.a. durch die zahlreichen lexikalischen Entlehnungen aus europäischen Sprachen, vorwiegend dem Französischen und Englischen, entsteht.

Der größte Konkurrent des Ewe ist seit den siebziger Jahren das Kabye, eine nördliche Varietät, deren Sprechergruppe der Präsident Eyadéma entstammt. Die Konkurrenz ist nicht auf die wachsende Bedeutung dieser Sprache bzw. der Gruppe zurückzuführen, sondern auf die Neuorientierung auf politischem, sozialem und kulturellem Sektor, die mit der Machtergreifung der Militärs unter Eyadéma eingeführt werden soll. Dabei ist eine Relativierung der geschichtlich gewachsenen starken Position der Ewe im Süden und ein Ausbau der Infrastrukturen und der sozialen Stellung der Kabye im Norden vorgesehen.

Außer dem genannten Kabye und einigen Minderheitensprachen sind alle Sprachen Togos grenzüberschreitend. Die Kabye gehören zu den alteingesessenen Ethnien des Nordens, die sich aber inzwischen, bedingt durch Arbeitsmigration, Zwangsumsiedlung als Besserungsmaßnahme in der deutschen Kolonialzeit und nicht zuletzt durch die weitgehende Bestückung des Militärs mit Kabye, im mittleren und südlichen Teil Togos angesiedelt haben.

Die drei größeren Religionen Togos sind (nach ihrem Verbreitungsgrad): traditionelle, christliche (seit der Kolonialisierung durch die Franzosen mehr Katholiken als Protestanten) und islamische. Bisher hat es noch keinerlei gravierende Spannungen in Togo aufgrund der Religionszugehörigkeit gegeben.

Das 1960 unabhängig gewordene Togo nimmt seine erste Verfassung erst am 9. April 1961<sup>25</sup> an; Sprachen tauchen dort (wie in vielen ehemaligen Kolonien Frankreichs) nicht explizit auf. Französisch wird kommentarlos beibehalten, es braucht

22 Im folgenden wird aus Gründen der besseren Übersicht terminologisch nicht zwischen den einzelnen Ewe-Völkern oder -Varietäten unterschieden. Die sozialen und ethnischen Probleme, die die ersten 30 Jahre der Unabhängigkeit geprägt haben, bestehen denn auch eher zwischen den Ewe insgesamt und anderen Gruppen als innerhalb der Ewegruppe.

23 zu den Ewevarietäten cf. Lafage 1985:37-40.

24 cf. Lafage 1985:40; eigene Beobachtungen gehen in dieselbe Richtung.

25 Brehme/Kramer 1985:419.

nicht speziell betont zu werden, daß es auch weiterhin als alleinige Unterrichtssprache dienen wird (cf. Anm. 32).

Erst in der Verfassung vom 5. Mai 1963 kommt eine Sprache explizit vor, und zwar das Französische<sup>26</sup>.

Togos erster Präsident, Sylvanus Olympio, sehr engagiert im antikolonialen Kampf und großer Kritiker Frankreichs<sup>27</sup>, zeigt sich zwar als Verfechter der Wiedervereinigung des geteilten Ewevolks, kann aber auf offizieller Ebene nur wenig für die Förderung des Ewe erreichen<sup>28</sup>.

1961 wird die ewesprachige Tageszeitung *Mia Denyigba* ("Unsere Heimat"), die noch aus der Zeit vor der Unabhängigkeit stammt, in das staatliche Organ *Togo-Presse* eingegliedert, und die Ewe-Akademie entsteht. Der Nachfolger Olympios, Grunitzky, vertritt eine im Sinne der nationalen Einigung zu nutzende frankophile Haltung<sup>29</sup>; für die afrikanischen Sprachen in Togo geschieht in der Zeit bis zum Putsch von 1967 kaum etwas.

Die Machtergreifung Eyadémas in diesem Jahr soll eine politische und ideologische Neuorientierung mit sich bringen, verändert in der Tat jedoch die sozialgeschichtliche Entwicklung in Togo: die Bourgeoisie der Küste, vor allem die Ewe, sollen zugunsten der Völker des Nordens, vor allem der Kabye, zurückgedrängt werden.

Angesichts der Wiederherstellung von Zivilregierungen in den Nachbarländern Ghana, Obervolta (heutiges Burkina Fasso) und Dahomey (heutiges Benin) wird eine Einheitspartei, das Rassemblement du Peuple Togolais (RPT) 1969 gegründet. Eyadéma wird dessen Parteichef, die Tageszeitung *Togo-Presse* versteht sich als sein Organ.

Seit 1973 zeichnet sich eine Tendenz ab, die, stark von der Authentizitätsphilosophie Zaires beeinflusst, heute personenkultähnliche Züge trägt und den Putsch von 1967 als Revolution des togolesischen Volkes darstellt.

Die Jahre 1973-75 stehen ganz im Zeichen einer - zumindest auf dem Papier vollzogenen - Bildungs- und Kulturreform. So gibt es beispielsweise in der Ordonnance Nr. 16 vom Mai 1975 über die Reform im Bildungswesen die erste ausdrückliche Anordnung über den Platz der nunmehr zwei Nationalsprachen Ewe und Kabye im Bildungswesen. Ewe (im Süden) und Kabye (im Norden) werden 1978 in einem feierlichen Akt zu verbindlichen Unterrichtssprachen erklärt. Es ist vorgesehen, daß die ersten Klassen der Grundschulen möglichst die Nationalsprachen als Unterrichtssprache benutzen und das Französische in den höheren Klassen sukzessive in dieser Funktion einführen. Nach Etablierung dieses Schulprogramms ist für einen späteren Zeitpunkt die Einführung von Ewe im Norden und Kabye im Süden als Schulfach im Sekundarschulbereich vorgesehen. Nach Auskunft eigener Informanten ist der erste Schritt in nur unzureichendem Maße, der zweite Schritt ohnedies nur in einigen Pilotschulen und mit ge-

26 Der Artikel 1 der togolesischen Verfassung vom Mai 1963 lautet denn (in der englischen Übersetzung von Turi 1977:149) "The official language of the Republic is French".

27 cf. zu diesem Detail die Besprechung des m. W. jüngsten Werks über Togo von afrikanischer Seite: Robert Ajavon. *Naissance d'un État africain, le Togo*. Lomé: Nouvelles Editions Africaines, bei: Diallo 1990:102, Sp. 3.

28 Kozelka 1984:70.

29 op. cit., 71.

ringer Akzeptanz bis hin zur Ablehnung von Seiten der Betroffenen<sup>30</sup> umgesetzt worden. In beiden Fällen stehen mangelnde Qualifikationen der Lehrer und fehlende Unterrichtsmaterialien (besonders in Kabye, das erst in der letzten Zeit eine zögernde schriftsprachliche Förderung erfährt) einer Umsetzung der genannten Ziele im Weg. Auch entspricht das im Süden unterrichtete Standard-Ewe eben nicht der sprachlichen Realität, in der das Mina dominiert.

Mehr als die Zahl der Nationalsprachen wird die Wahl des Kabye als (zweite) Nationalsprache in Frage gestellt. Während die Regierung die Förderung zweier und genau dieser Nationalsprachen als Mittel zur Stiftung eines alle Togolesen umfassenden Nationalgefühls deklariert, etablieren sich ethnische Spannungen zwischen den beiden Völkern. Das Mina dient zwar weiterhin als Verkehrssprache, die Ewe sehen sich jedoch in ihren gesellschaftspolitischen Aktivitäten, in denen sie bis 1967 dominant waren, massiv eingeschränkt. Zu der Tatsache, daß die erklärten sprachpolitischen Ziele und ihre Umsetzung in die Realität erheblich auseinanderklaffen, gesellt sich der Faktor, daß die genannten Ziele die Bevölkerung, die das Schulsystem nur sehr kurz durchläuft<sup>31</sup>, eher nur theoretisch (durch Kundgaben in Radio und Fernsehen, durch in Nationalsprachen geschriebene Pamphlete etc.) berührt.

In der aus der *Togo-Presse* hervorgegangen Tageszeitung *La Nouvelle Marche* gehört je eine Seite den nationalen Sprachen Ewe und Kabye<sup>32</sup>. In Rundfunk und Fernsehen sind beide Sprachen vertreten: Radio Lomé, der für den Süden zuständige Sender, strahlt zu Mittag je 10 Minuten Nachrichten in den Nationalsprachen aus, am Vormittag und am Nachmittag jeweils zwei Stunden "émissions en langues nationales", wobei der Vormittagsblock englischsprachige Anteile hat. Radio Kara, im Norden Togos, sendet, auf die drei Tageszeiten verteilt, rund 60 Minuten Nachrichten und Mitteilungen in beiden Nationalsprachen, wozu noch die 16-minütige Sprachsendung "Pour mieux parler kabyé" gerechnet werden muß. Das Fernsehen bringt abends je 15 Minuten Nachrichten in beiden Nationalsprachen. Bis 1978 waren in den Nachrichtenteilen noch vier weitere größere Sprachen Togos (Hausa, Kotokoli, Moba und Basari) vertreten.

Insgesamt stehen in Togo Sprachpolitik, Sprachplanung und Umsetzung sprachpolitischer Absichten in einem widersprüchlichen Verhältnis zueinander. Die Sprachpolitik (die bisher nur die Rolle der beiden Nationalsprachen als Integrationsfaktoren, nicht die des Französischen definiert hat) bleibt weitgehend graue Theorie; trotz einiger Bemühungen der UNESCO, des *Institut de la Recherche Scientifique* in Lomé, der Universität, der Sprachakademien und ähnlicher Einrichtungen mangelt es nach wie vor an sprachplanerischen Aktivitäten und vor allem an Textmaterial. Selbst der des Ewe und Kabye in Wort und Schrift mächtige Togolese findet außer propagandistischen oder religiösen Schriften kaum Anwendungsmöglichkeiten seiner Kenntnisse. Über die

30 cf. die Kundgaben dieser Informanten in Marx 1991:160, 176 und Rusch 1984:114.

31 Die Zahl der Schulabbrecher ist zwischen Grund- und Sekundarschule sehr hoch: nach einer Statistik von 1986/87 schaffen nur ca. 18% der Grundschulabgängern (92 von 511) diesen Wechsel. Immerhin hat sich die Zahl der eingeschulten Kinder nach dem Bildungsaufschwung der 70er Jahre mehr als verdoppelt, die Zahl der Abbrecher ging leicht von ca. 9/10 auf ca. 4/5 zurück, cf. Länderbericht Togo 1991:17.

32 Diese und die folgenden Angaben entstammen eigenen Beobachtungen von 1988. Laut Aussage einiger in Wien lebender Togolesen haben sie bis jetzt Gültigkeit; allerdings erscheinen Printmedien seit Ende 1990 nicht mehr regelmäßig.

traditionellen und sozial gewachsenen Verwendungsnotwendigkeiten des Ewe und Kabye hinaus (die eben nicht in den standardisierten Varietäten liegen) sind keine neuen sozialen Bedürfnisse nach diesen Sprachen geschaffen worden. Ihre Funktionen bleiben bisher weitgehend ideologische Postulate.

Die offizielle (Sprach)Politik bleibt bis 1990 der 1975 deklarierten "politique d'authenticité", der verstärkten Förderung des Nordens und dem fast ins Mythische gehenden Personenkult um den Präsidenten verhaftet.

Die Bewegung der "Authentizität" brachte beispielsweise die Ersetzung der vorwiegend christlichen Vornamen durch afrikanische mit sich. In Zaire wurde aus Joseph-Désiré Mobutu "Sese-Sekou", Etienne Eyadéma nennt sich nun "Gnassingbé".

Ein wahrhafter "éyadémaïsme"<sup>33</sup> hat das Land in eine Art Lähmung der traditionellen dynamischen Kräfte gestürzt, die zwei togolesische Wissenschaftler mit dem Begriff der "ankylose" konzeptualisiert haben<sup>34</sup>.

Ein Detail der rezenten Geschichte Togos verdeutlicht die Tragweite der Führungsrolle Eyadémas: 1977 mußte die für Lomé vorgesehene Tagung der *West African Modern Languages Association* nach Ghana verlegt werden, da der togolesische Präsident verlangt hatte, daß in allen Ansprachen auf seine Person Bezug genommen wird<sup>35</sup>.

Für das Ewe hat sich die beschriebene sprachpolitische Situation in bezug auf die bisherigen Verwendungsbereiche und auf das Sprachbewußtsein des Südens nicht negativ ausgewirkt<sup>36</sup>. (Für den Norden sind mir leider keine Analysen zu dieser Frage bekannt. Das Selbstbewußtsein des Nordens, zumindest der Kabye, müßte sich jedoch durch die massive Förderung ihres Referenzraumes seit den 70er Jahren erheblich ausgebaut haben.)

Das Französische hat unbestreitbar die Rolle der auf die internationale Kommunikation und den Ausbau der eigenen Infrastrukturen gerichteten Sprache inne. Sie wird im Norden sogar als Vehikularsprache zwischen den einzelnen Ethnien Togos verwendet<sup>37</sup>.

Prinzipiell haben allerdings nur die Togolesen an den Verwendungsmöglichkeiten des Französischen teil, die eine relativ konsequente Schulbildung genossen haben. Bei einer Analphabetenrate von (je nach Schätzung) 40 - knapp 60%<sup>38</sup> und einer relativ hohen Zahl von Schulabbrechern (cf. Anm. 42) ist davon also nur eine Minderheit betroffen, die zumeist mit "Elite" oder "Intelligentsia" bezeichnet wird.

Dieser Faktor, die jeweils nur relativ kurz währende Anwesenheit der Kolonialherren und das historisch gewachsene Selbstbewußtsein der Ewe hat bisher noch zu keiner Verdrängung des Ewe durch das Französische oder eine andere afrikanische Sprache geführt. An dieser Stelle bietet sich ein kurzer Hinweis auf die Funktionsverteilung der autochthonen Sprachen, insbesondere des Ewe, und des Französischen an. Das

33 Floriani 1987, 71.

34 wörtlich: "Gelenkversteifung" (Ganda/Toulabor 1987). Damit ist das Brachliegen des togolesischen Kulturlebens gemeint, vor allem bei der Elite und dort, wo das kulturelle Leben über die Pflege der überlieferten autochthonen Strukturen hinausgehen könnte.

35 Rusch 1984:114.

36 cf. Marx 1991:145-157.

37 cf. Kozelka 1984:196, Marx 1991:80.

38 Länderbericht Togo 1991:17; die Zahl stammt von 1985.

Französische ist vor allem die Sprache der Bildung (nach französischem Muster) und der Schriftlichkeit. Alle anderen Verwendungsfunktionen gehen von diesen beiden Polen aus und können dann auch Mündlichkeit einschließen. Die Domänen des Ewe sind vorwiegend solche der Mündlichkeit und der Alltagsverbundenheit. Dieser Typ der Funktionsverteilung betrifft eher Angehörige der Elite; je geringer nämlich im Einzelfall die Zugangsmöglichkeiten zum westlich-französischen Bildungssystem ausfallen, desto geringer und bruchstückhafter ist der Anteil an den Domänen des Französischen<sup>39</sup>.

### 3. Togo seit 1990

Seit 1990 sind nun sämtliche (sprach)politischen Aktivitäten vorerst gänzlich zum Erliegen gekommen. Angesichts des entgegen mancher Erwartung erfolgten Aufbrechens der "société bloquée"<sup>40</sup> verlieren verständlicherweise nationalsprachliche Fragen an politischer Relevanz.

Eine langsame Vorbereitung dieser Entwicklung kündigt sich vielleicht in den 80er Jahren an, in denen Togo mit massiven wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat. Die Preise für Phosphat, eines der Hauptausfuhrgüter Togos, sind auf dem Weltmarkt zweimal kräftig erhöht worden, wodurch die Regierung zu einem kostspieligen staatlichen Investitionsprogramm ermutigt worden ist. Nach dem Rückgang der Phosphatpreise ist Togo auf Auslandskredite angewiesen, die bis heute eine schwere Hypothek für die Wirtschaft Togos darstellen<sup>41</sup>. Alle anderen gesellschaftlichen Sektoren sind von dieser Krise ebenfalls betroffen. Ein vor allem von internationalen Organisationen forciertes Strukturanpassungsprogramm (Internationaler Währungsfond, Weltbank etc.) konnte die langandauernde Abwärtstendenz bremsen, aber Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten nicht nachhaltig entgegenwirken.

Diese Situation spiegelt sich in gewisser Weise auch auf dem Bildungssektor wider: die Investitionen in das Bildungswesen im Laufe der genannten Bildungsreform haben eine Verdoppelung der Einschulungsraten mit sich gebracht; nach 1980/81 ist diese Rate aber wieder rückläufig. Diese Tendenz ist neben dem ungeschriebenen Verbot der freien Meinungsäußerung vor allem darauf zurückzuführen, daß die Schulausbildung, unabhängig vom Ausbildungsgang, einen späteren Broterwerb nicht sichern kann und das französisch geprägte Schulsystem als solches den wahren togolesischen Bedürfnissen immer noch nicht angepaßt ist<sup>42</sup>.

Trotz allem hat es im unabhängigen Togo bis 1990 im Gegensatz zu anderen afrikanischen Staaten keine Demonstrationen, Rebellionen o. ä. gegeben. Die "ankylose" hat offenbar tiefgreifend gewirkt.

Seit Ende 1990 kommt es jedoch zu Studenten- und Schülerdemonstrationen<sup>43</sup>, Streiks<sup>44</sup> u. ä., in denen die Einrichtung eines Mehrparteiensystems und vor allem der

39 cf. Marx/Venjakob 1992.

40 Ganda/Toulabor 1987:3.

41 Länderbericht Togo 1991:50/51.

42 Lange 1987:85.

43 cf. Agbobli 1990a:22/23.

44 cf. Kpatindé 1991a:28/29.

Demokratie gefordert wird<sup>45</sup>. Eyadéma reagiert darauf relativ unbeugsam<sup>46</sup>; es ist bisher jedoch noch zu keinem Versuch eines gewaltsamen Durchsetzens dieser Ziele gekommen.

Immerhin wird im August 1991 eine Übergangsregierung eingerichtet, in deren Rahmen am 28. August der ehemalige Präsident der Anwaltskammer Togos, Joseph Kokou Koffigoh, zum Premierminister gewählt wird.

Ein Verfassungsreferendum vom 27. September 1992 sieht die Bildung einer Nationalversammlung, einen Premierminister auf Dauer und freie Wahlen vor. Nach dem Ende der Übergangsphase am 31. Dezember 1992 lassen sich jedoch noch keine Aktivitäten in diese Richtung feststellen. Nachdem der Präsident im August 1991 seine Privilegien verloren hat, scheint er im September 1992 wieder die Regierung, die offiziell vom Premierminister geführt wird, zu kontrollieren<sup>47</sup>.

Der Beginn des Jahres 1993 ist offensichtlich von einer großen Enttäuschung über die Schwäche und Passivität des Premierministers geprägt, die ihrerseits das Land wieder einmal in eine totale Lähmung stürzt<sup>48</sup>. Viele der Verfechter der Demokratiebewegung, worunter sich vor allem Studenten und Angehörige der sog. Elite befinden, werden verfolgt oder fühlen sich zumindest in Togo nicht mehr sicher und gehen in die Nachbarländer<sup>49</sup>.

Die Versorgung des Landes kommt immer mehr zum Erlahmen, und es ist offenbar kein Ende der aktuellen Spannungen abzusehen. Einige Togolesen befürchten, daß dieses Ende nur gewaltsam herbeigeführt werden kann, was jedoch wahrscheinlich eine neue Militärdiktatur mit sich brächte<sup>50</sup>.

#### 4. Kurzes Fazit

Unter den genannten Voraussetzungen einen Gesamtausblick oder ein ausführliches Fazit vorzunehmen, wäre sicherlich vermessen und gebührte, wenn überhaupt, eher einem Politologen.

Aus soziolinguistischer Sicht läßt sich dennoch folgende Einschätzung vorsichtig formulieren:

Sollte Togo wieder zu einer positiven Ruhe kommen und Arbeit an sprachpolitischen Faktoren möglich sein, so wäre die Ausgangssituation für eine demokratische Problemlösung zumindest prinzipiell gegeben: die Faktoren, die dem Ewe bisher einen festen Platz im Leben der Togolesen gesichert haben, würden weiterhin gelten. Schwierig würde sicherlich die Konfrontation Ewe - Kabye bleiben, da zur Förderung und Etablierung beider Sprachen im Schulwesen immer wieder die wirtschaftlichen Mittel fehlen werden.

45 cf. Agbobli 1990b:28/29.

46 cf. Kpatindé 1991b:10.

47 cf. Faes 1992:18.

48 Kpatindé 1993:30.

49 cf. die Kurznachricht (in der Rubrik "Exclusif" von *Jeune Afrique* 1660, 1992) "Togo, exils volontaires en série" und persönliche Mitteilungen von togolesischen Freunden, die in die Nachbarländer geflüchtet sind. Telephonische oder briefliche Nachrichten direkt aus Togo sind seit einem Jahr kaum mehr zu bekommen.  
50 Schriftliche Mitteilung eines nach Ghana geflüchteten Togolesen.

Dieses Problem (auch in Hinblick auf die Förderung der regionalen Infrastrukturen insgesamt) müßte als eines der ersten gelöst werden, wenn die ethnisch-nationalen Spannungen auf beiden Seiten überwunden werden sollen. Dementsprechend stark wird es von der ethnischen Zusammensetzung der neuen (?) Regierungsspitze und deren Gewichtung ethnischer Fragen abhängen, ob mehrere, wenn ja, welche togolesischen Sprachen in die offizielle Gesellschaftsorganisation eingebunden werden.

Aus der historisch gewachsenen, zivilen<sup>51</sup> Gesellschaftsorganisation, die weitgehend ohne das Französische existiert, wird man sich die togolesischen Sprachen, vor allem das Ewe aufgrund seiner vehikularen Funktionen ohnedies nicht wegdenken können.

Das Französische würde ganz gewiß in den meisten seiner jetzigen Funktionen weiterbestehen, wobei eine Fixierung seines Status' als "offizielle Fremdsprache" bzw. "kooffizielle Sprache" statt als alleinige offizielle "Amts- und Bildungssprache" denkbar wäre.

Als offizielle Fremdsprache (ein Terminus, der erst noch zu schaffen wäre) könnte Französisch erste Pflichtfremdsprache im Schulwesen sein; offizielle Papiere müßten sowohl in der offiziellen togolesischen Sprache als auch auf Französisch verfaßt sein; wahrscheinlich wäre die Sprache der höheren Bildung ausschließlich das Französische.

Leider ist anzunehmen, daß diese Vorstellung eben nur eine denkbare ist - die Zahl der soeben benutzten Konjunktive zeigt dies unmißverständlich an; vor allem Faktoren wirtschaftlicher und ethnisch-nationaler Art würden so oder so einem (sprach)politischen Modell, das dem Französischen und einer/den einheimischen Sprache/n einen offiziellen Raum gibt, im Wege stehen.

Solange jedoch die "authentischen" (cf. Anm. 51) (nicht nur sprachlichen) Strukturen noch so relativ ungebrochen funktionieren wie in Togo, könnte es immerhin bei einer "de-facto"-Mehrsprachigkeit, in der sich zivile und staatliche Linien kreuzen, bleiben.

#### Literaturhinweise

Agbobli, Atsutsé Kokouvi, 1990a. "Après les manifestations violentes. Le Togo gagné par la fièvre démocratique." In: *Jeune Afrique* 1555 (17. - 23. 10. 1990), 22/23.

Idem, 1990b. "Pluralisme limité au choeur des fidèles. Togo. oui au multipartisme ... non à l'opposition." In: *Jeune Afrique* 1559 (14. - 20. 11. 1990), 28/29.

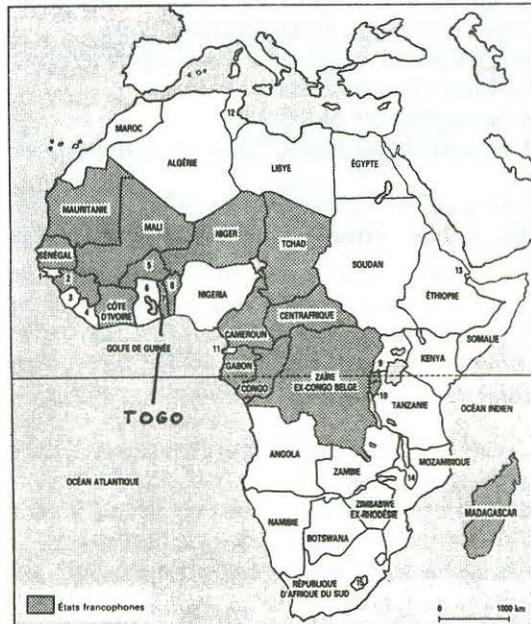
Brehme, Gerhard/Kramer, Hans, 1985. *Afrika*. Kleines Nachschlagewerk. Berlin: Dietz.

51 cf. die Konzeptualisierung der afrikanischen Gesellschaften in der nachkolonialen Zeit als zweigliedrige, bestehend aus einer "staatlichen" und einer "zivilen" Linie bei Ganda/Toulabor 1987:2: "Notre Togo sera d'abord celui de la société civile, que nous placerons volontiers sous le signe de l'authenticité. (...) Par contre, nous avons voulu nous attacher à l'étude de problèmes sociaux et économiques actuels, importants dans la mesure où ils vont bien au-delà de la conjoncture politique ou économique et relèvent d'un rapport permanent à l'Etat."

- Calvet, Louis-Jean, 1974. *Linguistique et colonialisme*. Petit traité de glottologie. Paris: Payot.
- Cornevin, Robert, 1967. *Le Togo*. Paris: PUF.
- Diallo, Siridiou, 1990. "Togo: duel au soleil et sombres intrigues." In: *Jeune Afrique* 1526, 102.
- Dravie-Houenassou-Houangbe, Kayissan, 1988. *L'éducation africaine face à l'école coloniale*. Dualisme de l'éducation dans les pays de la côte ouest-africaine. Lomé: Editions Haho.
- Erbar, Ralph, 1991. *Ein "Platz an der Sonne"*. Die Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte der deutschen Kolonie Togo 1884-1914. Stuttgart: Riemer.
- Faes, Géraldine, 1992. "Comment Eyadéma a reconquis le pouvoir." In: *Jeune Afrique* 1655 (24. - 30. 9. 1992), 18-21.
- Floriani, Estelle, 1987. "Qui a peur de la philosophie?" In: *Togo authentique*, 67-72.
- Full, August, 1935. *50 Jahre Togo*. Berlin: Riemer.
- Ganda, Antoine/Toulabor, Comi M., 1987. "Ankylose?" In: *Togo authentique*, 2-5.
- Greenberg, Joseph, 1970 (1963). *Languages of Africa*. Bloomington: Indiana University.
- Kozelka, Paul Robert, 1984. *The Development of National Languages: A Case Study of Language Planning in Togo*. Ph. D. Thesis. Stanford University: University Microfilms International.
- Kpatindé, Francis, 1991a. "Agitation sociale et politique au Togo. La "petite Suisse" perd son calme." In: *Jeune Afrique* 1566 (2. - 8. 1. 1991), 28/29.
- Idem, 1991b. "Le président Eyadéma reste intraitable. Statu quo à Lomé." In: *Jeune Afrique* 1569 (23. - 29. 1. 1991), 10.
- Idem, 1993. "Togo, le coma prolongé." In: *Jeune Afrique* 1671 (14.-20. 1. 1993), 30/31.
- Kremnitz, Georg, Hrsg., 1979. *Sprachen im Konflikt*. Theorie und Praxis der katalanischen Soziolinguistik. Eine Textauswahl. Tübingen: Niemeyer.
- Idem, 1983. *Français et créole: ce qu'en pensent les enseignants*. Le conflit linguistique à la Martinique. Hamburg: Buske.
- Länderbericht Togo*, 1991. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, dem statistischen Amt der europäischen Gemeinschaften, Luxembourg, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Berlin. Kusterdingen: Metzler/Poeschel.
- Lafage, Suzanne, 1985. *Français écrit et français parlé en pays éwé (Sud-Togo)*. Paris: SELAF.
- Lange, Marie-France, 1987. "Le refus de l'école: pouvoir d'une société civile bloquée?" In: *Togo authentique*, 74-68.
- Marx, Raphaela-Maria, 1991. *Sprachpraxis und Diskurs über Sprache: Französisch und Ewe im südlichen Togo*. Wien: VWGÖ.
- Marx, Raphaela-Maria/Venjakob, Margarethe, 1992. "Soziolinguistisches Profil Südto-gos. Referenzbereiche, Status und Prestige des Französischen und des Ewe/Mina." In: Ebermann, Erwin/Sommerauer, Erich René/Thomanek, Karl Emile, Hrsg., 1992. *Komparative Afrikanistik*. Festschrift für Hans G. Mukarovsky. Wien: AFRO-PUB, 375-382.

- M'Bokolo, Alikia, 1985. *L'Afrique au XX<sup>e</sup> siècle*. Le continent convoité. Paris: Seuil (Collection Points).
- Ninyoles, Rafael Lluís, 1969. "Der sprachliche Konflikt." In: Kremnitz, Georg, Hrsg., 1979, 87-101.
- Reh, Mechthild/Heine, Bernd, 1982. *Sprachpolitik in Afrika*. Mit einem Anhang: Bibliographie zur Sprachpolitik und Sprachplanung in Afrika. Hamburg: Buske.
- Rusch, Günther, 1984. *Die verhinderte Mischsprache*. Aspekte zur Sprachpolitik in Ghana, Togo und Obervolta. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- Togo authentique* 1987. Numéro spécial de: Politique Africaine 23.
- "Togo, exils volontaires en série", Kurznachricht der Rubrik "Exclusif". In: *Jeune Afrique* 1660 (29. 10. - 11. 1. 1992), 31.
- Turi, Giuseppe, 1977. *Les dispositions juridico-constitutionnelles de 147 Etats en matière de politique linguistique*. Québec: Centre international de Recherche sur le bilinguisme.

## 6) Anhang



- |                 |                       |                            |
|-----------------|-----------------------|----------------------------|
| 1. Gambie       | 6. Ghana              | 11. Guinée équatoriale     |
| 2. Guinée       | 7. Togo               | 12. Tunisie                |
| 3. Sierra Leone | 8. Bénin (ex-Dahomey) | 13. République de Djibouti |
| 4. Libéria      | 9. Rwanda             | 14. Malawi                 |
| 5. Haute-Volta  | 10. Burundi           | 15. Lesotho                |

## Übersichtskarte: Afrika

Quelle: Chevrier, Jacques, 1984.

*Littérature nègre*. Paris: Colin, 14.

## Übersichtskarte:

Verwaltungsbezirke und größere

Städte Togos

Quelle: *Togo authentique*, 16.

## CARTE ADMINISTRATIVE

Limite de Région ————  
 Limite de Préfecture - - - - -

## Romanische Sprachen in Lateinamerika und Afrika nach dem Kolonialismus Ansätze zu einem Vergleich

Georg Kremnitz, Wien

## 0. Vorbemerkungen

Die sprachpolitische und -soziologische Entwicklung zweier Kontinente läßt sich nicht im Rahmen einer kleinen Zahl von Aufsätzen erschöpfend behandeln. Das kann auch in diesem Heft nicht geleistet werden und ist nicht Anspruch der Redaktion. Es ist bemerkenswert, daß die Frage nach dem sprachlichen Erbe des Kolonialismus überhaupt nur selten gestellt wird und konkrete Analysen, die über Fallstudien hinausgehen und versuchen, allgemeinere Tendenzen und möglicherweise auch Optionen festzustellen, noch rarer sind. Dieses Heft möchte daher zum einen einige Verlaufskurven sprachpolitischer Entwicklungen nachzeichnen, zum anderen versuchen, daraus einige allgemeinere Folgerungen zu ziehen, welche angesichts der Quellenlage im besten Falle die Eröffnung einer Diskussion und eine Einladung zu weiterer Arbeit sein können. Dabei muß deutlich sein, daß die vorgelegten Beispiele nicht *alle* möglichen Figuren von Sprachentwicklungen abdecken, die sich in Amerika und Afrika vollzogen haben (dazu wäre mindestens ein Beitrag über Madagaskar notwendig gewesen, das in diesem Zusammenhang eine typologisch wichtige Rolle spielt; leider ist er nicht zustande gekommen; aber auch Mexiko, Haiti oder Zaire wären als Exempla von Entwicklungen, welche von den hier gezeigten teilweise abweichen, einer genauen Betrachtung wert), zum anderen beschränken wir uns auf die *romanischen* Sprachen und auf Afrika und Amerika. Rückte man auch einerseits das Englische und andererseits Asien ins Gesichtsfeld, würden sich zusätzliche Nuancierungen ergeben: die englische Kolonialsprachenpolitik unterschied sich in wichtigen Punkten von der französischen (und portugiesischen), und in Asien gibt es Fälle, in denen mittlerweile einheimische Sprachen die Sprachen der Kolonialherren mindestens im Hinblick auf ihren Status verdrängt haben (ich denke hier an Indonesien oder Vietnam)<sup>1</sup>. Allerdings gestattet es der vergleichende Blick auf verschiedene Staaten mit romanischer kolonialer Tradition, einige Hypothesen zu formulieren, deren weitere Überprüfung sinnvoll scheint. Vielleicht ist in diesem Sinne die ungenügende Dokumentation von Vorteil: sie erlaubt es dem Betrachter, etwas kühner Hypothesen zu formulieren, solange ihm die Bäume der Details nicht den Blick auf den Wald verstellen. Später, in genauerer Kenntnis der Einzelheiten, werden sie wohl mit Einschränkungen zu versehen sein. Gerade deshalb scheint es sinnvoll, auf Lücken hinzuweisen, die dringend nach Bearbeitung rufen. Das vorliegende Heft möchte im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Eröffnung eines (fast) neuen Arbeitsfeldes beitragen.

<sup>1</sup> Eine Reihe wichtiger Aspekte in diesem Zusammenhang werden in zwei Nummern der *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie* angesprochen, nämlich in 25, 1984 und no. 31, 1985; auch die Zeitschrift *Sprache und Herrschaft* (Wien) ging in ihren Nummern 5-7, 1979/80 und 16, 1985, darauf ein. In diesem Zusammenhang ist auch auf verschiedene Arbeiten von Louis-Jean Calvet hinzuweisen. Insgesamt ist der Komplex der Kolonialsprachenpolitik selten kritisch bearbeitet worden.

## 1. Die zwei Phasen des europäischen Kolonialismus. Parallelen und Unterschiede in der Kolonisierung Amerikas und Afrikas

Die europäische Kolonialisierung der restlichen Welt hat sich, wenn man eine ganz grobe Gliederung vorzunehmen versucht, in zwei Phasen vollzogen: die erste zielt vor allem auf die sogenannte Neue Welt. Sie beginnt vor 1492 und endet zwischen 1776 und etwa 1825, als die meisten Gebiete Amerikas ihre politische Unabhängigkeit erringen. Die zweite Expansionsperiode beginnt wenig später, etwa mit der Eroberung Algiers. Sie erfaßt fast ganz Afrika und erhebliche Teile von Asien; ihr Ende läßt sich, etwas willkürlich, mit der formalen Unabhängigkeit der meisten Gebiete Afrikas zwischen 1960 und 1990 (Unabhängigkeit Namibias) festlegen. Diese Zweiteilung ist sehr grobschlüchtig; dennoch ist es einigermaßen überraschend festzustellen, daß sich die beiden Phasen in wichtigen grundsätzlichen Punkten unterscheiden. In der ersten Periode gibt es außerhalb Amerikas fast keine territorialen Kolonien, sondern fast nur Handelsstützpunkte<sup>2</sup>. Die wichtigste Ausnahme bildet die stetige Eroberung Sibiriens durch das Zarenreich, die keine überseeische Eroberung ist, sondern - in dieser Hinsicht der *Reconquista* der Iberischen Halbinsel ähnlich - ein allmähliches Voranschreiten einer Grenze, die im übrigen meist fiktiv bleibt (es ist für die Russen zugleich ein *Zurücktreiben* der Mongolen, welche über Jahrhunderte die Herrschaft über die russischen Großfürstentümer ausgeübt hatten; auch darin liegt eine Parallele zu Spanien und Portugal). Erst nach der Unabhängigkeit der USA und der meisten anderen Gebiete Amerikas werfen sich die europäischen Mächte auf Afrika, dessen noch "verfügbare" Teile binnen weniger Jahrzehnte aufgeteilt und erobert werden. Asien ist dasselbe Schicksal zugeacht, das Ziel läßt sich aber nur in Teilen verwirklichen.

Für diesen zweiten kolonialen "Schub" lassen sich interne Gründe erkennen: die erste industrielle Revolution, die europäischen Kriege zwischen 1792 und 1815 und das daraus resultierende Bedürfnis Frankreichs, seinen Status als Großmacht wieder zu festigen. Bald kommt ein erheblicher demographischer Druck hinzu (aber die meisten Auswanderer ziehen nach wie vor nach Amerika; nur wenige der neuen Kolonien werden Siedlungskolonien wie etwa Algerien oder das zu Ende des 18. Jh. von England besetzte Australien). Nicht zuletzt wird man den - politischen und wirtschaftlichen - Wettbewerb der europäischen Mächte als Grund nennen müssen, der vor allem dann deutlich wird, als die zuletzt Gekommenen, das Deutsche Reich und Italien, ihren Anteil an der kolonialen Beute fordern (und vorübergehend auch bekommen); die verschiedenen Imperialismustheorien, besonders die den Kapitalismus mit kritischen Augen betrachtenden, sehen dieses Motiv sehr deutlich; wahrscheinlich kann es nützlich sein, sie unter veränderten weltpolitischen Bedingungen nochmals zu lesen, *sine ira et studio*.

Der zweite Schub unterscheidet sich in vielen Details vom ersten: zwar zerstört auch er gewöhnlich die gesellschaftlichen Strukturen der kolonisierten Völker und beraubt sie ihrer Reichtümer, im allgemeinen werden sie jedoch nicht als solche ausgerot-

<sup>2</sup> Ausnahmen sind vor allem einige holländische Gebiete in Afrika und Asien, die spanischen Philippinen und die von Portugal besetzten Küstenstreifen von Angola und Moçambique; erst in der zweiten Hälfte des 18. Jh. beginnt England, sein außeramerikanisches Kolonialreich vor allem in Indien und Australien auszuweiten.

tet. Nimmt man heute ziemlich allgemein an, daß sich die Bevölkerung Amerikas in den hundert Jahren nach der Entdeckung auf etwa ein Zehntel des vorherigen Standes reduziert hat - wobei nur ein Teil der Toten auf die direkten Folgen militärischer Unternehmungen kommt, der weitaus größere auf Krankheiten, Hunger, Entkräftung und wohl auch Furcht und mangelnden Lebenswillen - so sind die Verluste in Afrika und Asien deutlich geringer. Paradoxe Weise erleidet Afrika seine schlimmsten Bevölkerungsverluste vor der eigentlichen Kolonisierung, nämlich durch den Sklavenhandel, an dem die Europäer seit dem 15. Jh. teilnehmen und der erst in der ersten Hälfte des 19. Jh. allmählich geächtet wird. Es ist möglich, daß der jahrhundertlange Aderlaß durch den Sklavenhandel die Voraussetzungen für die relativ mühelose Eroberung im 19. Jh. gelegt hat. Wahrscheinlich hat die höhere Überlebensrate der Opfer der zweiten Kolonisation weniger mit der gesteigerten Humanität der Eroberer zu tun als mit zwei anderen Faktoren: der höheren Krankheitsresistenz der Besiegten aufgrund der schon lange existierenden Kontakte und den kapitalistischen Überlegungen eines Teils der Eroberer, welche in ihren Kolonien auch Absatzmärkte sahen. Möglicherweise hat der höhere Organisationsgrad eines großen Teils der afrikanischen Gesellschaften (im Vergleich zu den altamerikanischen) deren Überlebenschancen verbessert. Die Zeit der direkten kolonialen Herrschaft war kürzer (immerhin haben die Spanier und Portugiesen den größten Teil ihrer amerikanischen Kolonien rund 300 Jahre lang besessen, zwischen der Eroberung und der Unabhängigkeit Algiers vergehen dagegen 132 Jahre, gewöhnlich ist die Zeitspanne noch kleiner), wenn sich auch (noch) nicht sagen läßt, ob das ein taugliches Argument ist. Unter Umständen hat die kolonialpolitische Konkurrenz der europäischen Mächte untereinander in gewissem Umfang als Schutz für die Kolonisierten gewirkt. Ein weiterer wichtiger Unterschied läßt sich im Ende der direkten Herrschaft sehen: zwar haben die amerikanischen Kolonien, allen voran die USA und Haiti, ihre Unabhängigkeit von den Kolonialherren militärisch erkämpft. Deren Nachfolge treten jedoch überall in den Kolonien geborene Angehörige der ehemaligen kolonialen Oberschicht an, die in den spanisch- und portugiesischsprachigen Gebieten als *Kreolen* (*criollos*, *crioulos*) bezeichnet werden (die einzige Ausnahme ist Haiti, das von Anfang an von Nachkommen der befreiten Sklaven beherrscht und nicht zuletzt deshalb lange Zeit geächtet wird; nur hier ist der politische Umsturz zur Revolution - im Sinne einer Umwälzung der gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen - geworden). *Kulturell* stehen sie auch dann den ehemaligen Kolonialherren sehr nahe, wenn sie nicht nur "weißes" Blut in ihren Adern haben. Die ursprünglichen Bewohner des Kontinents bekommen nirgends eine wirkliche Teilhabe an der neuen Unabhängigkeit. Anders in Afrika: zwar sind auch seine heutigen Herren an die europäische Kultur akkulturiert (in welchem Ausmaße, wäre im einzelnen zu fragen), sie gehören aber fast ausnahmslos der autochthonen, im vorigen Jahrhundert unterworfenen Bevölkerung an - eine Bevölkerungssubstitution wie in Amerika hat kaum stattgefunden. Dagegen ist das Ende der Kolonialherrschaft nur in wenigen Gebieten von der einheimischen Bevölkerung erkämpft worden: die wichtigsten sind Algerien und die ehemals portugiesischen Gebiete. Zwar hat es auch in anderen Kolonialgebieten Versuche gegeben, die Kolonialherren zu vertreiben - es sei auf die mit großer Brutalität niedergeschlagene Erhebung in Mada-

gaskar 1947/48 verwiesen oder auf die Unruhen in Nordafrika -, zum sofortigen Erfolg hat keiner von ihnen geführt. Die Unabhängigkeit fast aller Kolonien in Afrika war Folge eines planmäßigen Rückzuges der Kolonialmächte aus der direkten Herrschaft, der sich mit der veränderten politischen Großwetterlage nach dem Zweiten Weltkrieg erklären läßt. Um es lockerer zu formulieren: direkter Kolonialismus war plötzlich nicht mehr "modern". Nur Guinea, das sich 1958 in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt zur Französischen Communauté ausgesprochen hatte und somit eine Art "Betriebsunfall" war, wurde binnen weniger Tage nach Einstellung sämtlicher Hilfslieferungen in die Unabhängigkeit gestoßen. Angeblich rissen die Franzosen bei ihrem überstürzten Abzug noch die Steckdosen aus den Mauern, um dem neuen Staat das Leben schwer zu machen. Die Belgier entließen das heutige Zaire so unvorbereitet und chaotisch in die Unabhängigkeit, daß man die bürgerkriegsähnlichen Zustände der sechziger Jahre als nahezu unausweichlich ansehen muß. Überall genossen die neuen Herren - mindestens zunächst - das Vertrauen der Kolonialmacht; die meisten von ihnen verdankten ihr wohl nicht nur ihre europäische Bildung. Mit anderen Worten: ein wirklicher Bruch, ein politischer Neuanfang hat nicht sofort stattgefunden. Wenn überhaupt, kam es erst nach Jahren dazu. Aber auch diejenigen, welche dann an die Macht kamen, hatten gewöhnlich eine "koloniale" Bildung und Ausbildung genossen, soziologisch gehören sie zu den gleichen Gruppen wie ihre Vorgänger. Das bedeutet, daß es in vielen afrikanischen Staaten südlich der Sahara noch immer ein deutliches Nebeneinander von mehr oder weniger traditionellen "einheimischen" Gesellschaftsformen und einer nach kolonialem Muster aufgebauten staatlichen Hierarchie gibt, welche in einem meist unklaren Verhältnis zueinander stehen und damit das gesellschaftliche und politische Geschehen für Außenstehende schwer nachvollziehbar werden lassen. Die (Reste der) traditionellen Gesellschaftsorganisationen haben etwa zur Konfliktregelung gewöhnlich wirksame Vorgehensweisen. Nur: werden diese vom organisierten Staat honoriert? Suchen nicht immer wieder Machthaber durch das Vertauschen der Ebenen die Spielregeln zu ihren Gunsten zu verändern und produzieren damit Krisen (so wie sie es durch die "ungleichen Verträge" der Kolonialherren gelernt haben)? Vielleicht sind die jüngsten Unruhen in Madagaskar (1991) ein Beispiel für das "Unsicherwerden" der Spielregeln. Auf jeden Fall ist das Bewußtsein vieler Angehöriger der afrikanischen Führungsschichten davon gekennzeichnet, daß es nicht zu einem wirklichen Bruch zwischen Kolonialzeit und Unabhängigkeit gekommen ist.

Es ist klar, daß das hier von einem Nichtafrikanisten skizzierte Bild sehr grobschlächtig ist und viele Nuancierungen im Detail notwendig machen würde; indes können holzschnittartige Darstellungen manchmal grundlegende Konfigurationen verdeutlichen. Dabei soll nicht ein Eindruck der Idealisierung der afrikanischen (oder anderer für uns "exotischer") Gesellschaften entstehen: auch sie bedürfen genauer kritischer Analyse, auch in ihnen gibt es Einrichtungen, welche man als vorbildlich ansehen kann (was zunächst vom eigenen Standpunkt abhängt), andere, die auf weniger Beifall hoffen können.

## 2. Zur kolonialen und postkolonialen Sprach- und Kulturpolitik in beiden Gebieten

Obwohl die Eroberung Amerikas zur raschen Vernichtung der dortigen Herrschaftsstrukturen und insbesondere der Reiche der Azteken und Inkas führte, versuchten die spanischen Kolonialherren, deren Vorteile für ihre Zwecke zu nutzen. So nahm die Rolle des Ketschua als Vehikularsprache unter spanischer Herrschaft zunächst noch zu, frühzeitig wurden Lehrstühle dafür in den neugegründeten Universitäten Amerikas eingerichtet. Allerdings wurde es nur in dem Maße zugelassen, als es den kolonialen Interessen entsprach: die Khipu, die Botschaftsschnüre der Inkas, wurden verboten und vernichtet. Das Ketschua wurde als Hilfssprache verwendet, letzten Endes als Mittel indirekter Herrschaft, nicht etwa als Anerkennung der amerikanischen Kultur. Es ist anzunehmen - ich weiß nicht, ob es darüber Informationen gibt -, daß es in Ansätzen pidginisiert wurde. Der sprachliche Absolutismus der Bourbonenkönige, die europäische Aufklärung des 18. Jh., der Aufstand von Tupac Amaru (1780) und vermutlich die allmählichen "normalen" Fortschritte des Spanischen sorgten dafür, daß es zur einzigen dominanten Sprache werden sollte, die Rolle des Ketschua wurde nach 1780 radikal zurückgedrängt. Die Kolonialherren hatten die Gefahr einer indianischen *Reinterpretation* seiner Rolle durch die Bevölkerung gespürt. Vermutlich kann man in dieser Zurückdrängung der Rolle des Ketschua auch eine Zunahme des Einflusses der "kreolischen" Gruppen der Kolonialmacht sehen, denn für deren soziale Führungsrolle war das Monopol des Spanischen letztlich wichtiger als für die Madrider Zentrale. Obwohl die portugiesische koloniale Kulturpolitik in vieler Hinsicht anders verlief als die spanische, läßt sich auch dort im 18. Jh. eine Neudefinition der Rollen der verwendeten Sprachen feststellen: das Portugiesische verdrängt die *Língua Geral*, sicherlich nicht nur aufgrund einer neuen Einwanderungswelle.

Man muß sich darüber im klaren sein, daß von einer kolonialen Kulturpolitik eigentlich nicht die Rede sein kann, wie im 18. Jh. auch in Europa Kultur, Bildung und Erziehung noch keine zentralen Felder der Politik sind; es handelt sich fast ausschließlich um implizite Kulturpolitik. Die Alphabetisierungsrate lag noch (wahrscheinlich deutlich) unter den schon niedrigen der Kolonialmächte, welche ihrerseits einen Rückstand gegenüber den protestantischen und/oder von der industriellen Revolution erfaßten Staaten aufwiesen. Hinzu kam die hohe kulturelle Abhängigkeit von den Kolonialmächten. Diese führte mit dazu, daß die von dort übernommenen kulturellen Muster verabsolutiert wurden.

Sprachpolitisch bedeutet das, daß die zunächst *residuelle Fortexistenz* der amerikanischen Sprachen im 18. Jh. einen ersten Einbruch erlitt. Die ideologisch stark von der französischen Revolution beeinflusste Unabhängigkeit (davon zeugt noch heute die Verwendung der phrygischen Mütze in verschiedenen Staatswappen) verstärkte die den amerikanischen Sprachen ungünstigen Strömungen auf mehreren Ebenen: kulturzentralistische Positionen wurden gestärkt - so wie in Frankreich das Französische zur Sprache der Revolution reinterpretiert wurde, wurde das kulturelle Monopol der Kolonialsprache in Amerika nicht in Frage gestellt, die Revolutionäre übernahmen die kulturellen Vorstellungen des *Ancien Régime*. Zwar gab es verbale Zugeständnisse an die Men-

schenrechte, diese waren aber in ihrer praktischen Umsetzung *mindestens* an eine vollständige Akkulturation gebunden (in der Praxis stießen sie vielfach an rassistische Vorurteile). Hinzu kam, daß die neuen "kreolischen" Eliten aufgrund ihres geringeren kollektiven Selbstbewußtseins die Abgrenzung nach unten deutlicher vornehmen mußten als ihre kolonialen Vorgänger. Bildung wurde im 19. Jh. zum politischen Programm, auch in den neuen Staaten, ihre - meist zögernde - Umsetzung blieb jedoch strikt an die ehemalige Kolonialsprache geknüpft. Hand in Hand damit ging das "Vorschieben der Grenzen", in Wahrheit nichts anderes als die Expropriierung und teilweise Vernichtung der indianischen Völker. Im weiteren Verlaufe des Jahrhunderts begann der Sozialdarwinismus eine Rolle als Rechtfertigungsideologie zu spielen. Die zunehmende europäische Einwanderung vergrößerte die Expansionstendenzen. Das kulturelle (und sprachliche) Überleben der amerikanischen Völker war von allen Seiten in Frage gestellt. Diese Politik wurde zwar nicht überall unmittelbar umgesetzt, sie stand jedoch in nahezu allen Staaten als Option zur Verfügung. Die rasche Akkulturation an das herrschende Modell war für viele der einzige erfolversprechende Weg, wenigstens die physische Existenz zu retten. Es ist aus der Alienations- und Selbsthaßforschung bekannt, welche psychischen Probleme solche Prozesse aufwerfen können. Im vorliegenden Fall wurden sie durch die Dramatik der Umstände vervielfacht. Somit war aus der residuellen Weiterexistenz der indianischen Völker und Sprachen in der Kolonialzeit eine akute Bedrohung geworden (die einzige grundsätzlichere Ausnahme bildet Paraguay). Erst lange Zeit nach der Unabhängigkeit artikuliert sich in einigen Staaten ein gewisses indianisches Selbstbewußtsein; es wird vielfach durch "kreolische" bzw. "mestizische" Ideologien oder wenigstens eine solche Praxis überhöht, wie etwa das mexikanische Beispiel zeigt. Diese Ideologien verstehen sich selbst als Synkretismen, funktionieren aber in der herrschenden Sprache und dulden die andere, ebenso wie andere kulturelle Praxen, nur als - interessante oder abzulehnende - Devianz. Selbst dort, wo akkulturierte Indianer ihre Akkulturation dialektisch überwinden können und Respekt für die autochthonen Sprachen und Kulturen fordern, können sie sich allenfalls um den Preis verschiedener Kompromisse in der Öffentlichkeit artikulieren; es gelingt ihnen lange Zeit nicht, eine andere soziale Praxis einzufordern, sie können die amerikanischen Sprachen und Kulturen allenfalls als "Erbe" und damit natürlich gesellschaftlich neutralisiert präsentieren.

Letzte Konsequenz: in keinem lateinamerikanischen Staat mit Ausnahme von Paraguay hat es eine längerdauernde ernsthafte Kooffizialität einer amerikanischen Sprache gegeben, nirgends sind die Substitutionsprozesse umgekehrt worden. Es fragt sich, ob sie sich ernsthaft verlangsamt haben. Die entscheidenden Schritte dieser Entwicklungen haben sich *nach* dem Ende der Kolonialherrschaft vollzogen, letztlich durch die Perpetuierung und den Ausbau kolonialer Bewertungen, wohl auch dadurch, daß es eine soziale und teilweise personelle Kontinuität zwischen den herrschenden Gruppen der Kolonialzeit und der frühen Unabhängigkeit gab, die sich von den einheimischen Massen absetzen und gegen eine wirkliche Umsetzung der Menschenrechtserklärungen von 1776 und 1789 schützen mußten.

Die koloniale Eroberung Afrikas findet weitgehend *nach* der französischen Revolution und *nach* dem Beginn der (ersten) industriellen Revolution statt. Manche Ent-

wicklungen, welche in Amerika in die Zeit der Unabhängigkeit fallen, spielen sich hier in der Kolonialphase ab. Ideologisch ist diese für das postrevolutionäre Frankreich sehr viel heikler als für die anderen europäischen Kolonialmächte, welche im 19. Jh. noch keine Menschenrechtserklärungen abgegeben haben. In Frankreich laufen zwei Traditionsstränge zusammen: der gemeineuropäische christlich-missionarische und der revolutionäre. Beide knüpfen kolonialistische Unternehmungen an gewisse moralische Mindestforderungen, welche eigentlich erfüllt werden müßten. Es ist indes bekannt, daß das christliche Bekenntnis der Europäer drei Jahrhunderte Sklavenhandel "ertragen" hat, häufig unter Beteiligung der Kirchen. Das zweite französische Kolonialreich übernahm im Prinzip den revolutionären Gedanken, daß alle Menschen gleich seien, *wenn sie bestimmten Kriterien entsprechen*. Dazu gehörten, auch in Frankreich selbst, kulturelle und sprachliche Kompetenzen, wie etwa die Beherrschung der dominanten Sprache, des Französischen. Französische Kolonialisten legten daher großen Nachdruck auf die zivilisatorische Mission Frankreichs. Ihre Äußerungen, mindestens in frühen Phasen, lassen sich in folgendem Sinne verdichten: wenn die Kolonisierten das Französische beherrschten und eine europäische (französische) Lebensweise angenommen haben, können sie französische Bürger mit allen Rechten werden. Andernfalls bleiben sie Untertanen (*sujets*) mit Eingeborenenstatus (*indigénat*). Blicke man in der Logik dieser Ideologie, würde sie den raschen Ausbau des Bildungssystems in den Kolonien erwarten lassen. Dazu kam es jedoch nicht. Zum einen waren die notwendigen Mittel nicht vorhanden, zum anderen wurden spätere Äußerungen im Hinblick auf Bürgerrechte sehr viel vorsichtiger. Gebiete mit einem ausgebauten Schulwesen (etwa die Koranschulen in Algerien, vgl. in diesem Heft) erlitten Rückschläge, in den anderen erfaßte das europäische Schulwesen nur kleine Gruppen. Die Einschulungszahlen für das Jahr 1938, also einen späten Zeitpunkt, sind beredt: 2,4 % der Kinder im schulfähigen Alter in Französisch Westafrika, 3 % in Französisch Äquatorialafrika, 7 % in Togo und 22 % in Kamerun<sup>3</sup>. Die Einbürgerungszahlen sind entsprechend. Zwar geschieht nach 1945 einiges, denn Frankreich hofft zunächst, sein Kolonialreich mittels gewisser Konzessionen halten zu können. Aber auch im Augenblick der Unabhängigkeit sind die Realitäten weit von den frühen Erklärungen entfernt. Die Alphabetisierung hat in vielen Fällen nur eine sehr kleine Minderheit der Kolonisierten erreicht, Analphabetenraten von 90 % und mehr Prozent sind keine Seltenheit. Das Schulwesen setzte nahezu ausschließlich das Französische als Unterrichtssprache ein, den afrikanischen Sprachen (und dem Arabischen) wurde keine ernsthafte Rolle zugebilligt. Wo, wie in Togo oder noch deutlicher in Madagaskar, eine Tradition der öffentlichen Verwendung afrikanischer Sprachen bestand, wurde sie zurückgeschraubt. Ernsthafte Normativierungsarbeit fand nicht statt. Das sprachliche Monopol des Französischen sollte ebenso durchgesetzt werden wie in Frankreich selbst. Somit standen sich letztlich zwei Eliten gegenüber, eine auf Französisch erzogene und eine, welche nach den einheimischen Traditionen sozialisiert war. Es gab sehr viel weniger Berührungspunkte zwischen beiden als etwa in vielen englischen Kolonien, in welchen die einheimischen Sprachen und Kulturen eine größere Rolle

<sup>3</sup> Zahlen nach: Albertini, Rudolf v., <sup>3</sup>1987. *Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940*. Stuttgart: Steiner. 288.

spielten (was *auch* etwas mit dem Rassismus englischer Kolonialverwaltungen zu tun hatte).

Nach der Unabhängigkeit erklärten die meisten neuen Staaten eine aktive Bildungspolitik zu einem ihrer obersten Ziele, eine Haltung, welche sich im internationalen Kontext leicht erklärt. Alle, mit Ausnahme der arabischsprachigen Staaten Nordafrikas (welche die Sprecher der Varietäten des Berberischen zu assimilieren suchen), übernahmen den Primat des Französischen als bildungspolitische Grundlage. Dafür gibt es rationale Erklärungselemente: die andauernde Präsenz französischer Berater, die fehlende Normativierungsarbeit für die afrikanischen Sprachen und damit die fehlenden Infrastrukturen (das geht bis zum völligen Fehlen irgendwelcher Lernmittel), das Problem der Koexistenz unterschiedlicher Völker in einem einzigen Staat, die nicht einen europäischen Kolonialismus gegen einen - befürchteten - innerafrikanischen eintauschen wollten (bekanntlich hatten sich alle Kolonialmächte das *divide et impera* der Römer zum Vorbild genommen). Erstaunlicherweise hielt sich das Französische auch dort, wo alle diese Gründe nicht griffen, etwa in Madagaskar. Ebenso erstaunlicherweise schrieb die Politik der ehemals von Belgien beherrschten Gebiete Zaire, Rwanda, Burundi den afrikanischen Sprachen eine deutlich wichtigere Rolle zu, obwohl die sprachliche Situation in Zaire sehr komplex ist. Das führt zu einer Reihe anderer Gründe, die gewöhnlich weniger offen diskutiert werden (können): die neuen Machteliten haben gewöhnlich französische Bildungseinrichtungen durchlaufen, auch noch dreißig Jahre nach der Unabhängigkeit. Ob die auf das Französische orientierte Sprachpolitik auch den Erhalt der eigenen Macht sichern soll, läßt sich mindestens überlegen. Es ist bemerkenswert, daß das Ende der Diktatur Sekou Tourés in Guinea auch das Ende des Versuches bedeutet, den einheimischen Sprachen eine größere öffentliche Rolle zu geben (diese Politik war in ihren Vorstellungen möglicherweise nicht realistisch; sie hat zumindest in den Anfängen das Ziel gehabt, mit den Bürgern in ihren Sprachen zu kommunizieren). Auf jeden Fall ist ein großer Teil der afrikanischen Machteliten an das französische Sprach- und Kulturmodell teilweise assimiliert und daher für die Möglichkeiten einer *anderen* sprachlichen und kulturellen Politik nicht sehr aufnahmebereit. Der Hauptgrund dürfte jedoch darin liegen, daß Frankreich nun erhebliche Gelder in die Bildungspolitik vieler afrikanischer Staaten investiert. Die Bereitschaft zur Unterstützung ist offensichtlich an (nicht nur) sprachpolitische Prämissen gebunden. Die Weiterführung einer französischsprachigen Bildungspolitik scheint dazuzugehören. Mindestens in einigen Fällen liegt der Schluß nahe: die Wiederaufnahme der Unterstützung für Madagaskar geht parallel zur neuerlichen Verstärkung der Rolle des Französischen in den Schulen dieses Landes. Eine Reihe ähnlicher Fälle ist bekannt. In keiner ehemals französischen Kolonie in Afrika ist eine Situation wie die Tansanias in Sicht, wo das Swahili erste offizielle Sprache ist. Dabei soll nicht verkannt werden, daß die Präsenz des Französischen insofern einen Wert darstellt, als sie internationale Kontakte erleichtert. Innerhalb der einzelnen Staaten erschwert der Primat der Kolonialsprache die Möglichkeiten einer erfolgreichen Bildungs- und Alphabetisierungspolitik (wobei hier nicht der einfache Ersatz der Kolonialsprache durch *eine* einheimische Sprache als Lösung angesehen werden soll) ebenso wie die einer kulturellen und symbolischen Entko-

lonisierung. Darüber hinaus drängt sich dem Betrachter der Eindruck auf, daß diese Politik nirgends von wirklichen Erfolgen gekrönt sei: in allen Statistiken sind die Alphabetisierungsraten der ehemals französischen Kolonien vergleichsweise niedrig (ähnlich wie in den ehemals portugiesischen, die eine ähnliche Sprachpolitik betreiben). Vielleicht hängt damit sogar die relativ geringe politische Stabilität der ehemals französischen Kolonien zusammen?

### 3. Vergleich der heutigen Situation und Zukunftsperspektiven

Beide Kontinente lassen trotz aller Unterschiede in den jeweiligen historischen Bedingungen und Abläufen ähnliche Entwicklungen in sprachpolitischer Hinsicht erkennen. Der Kolonialismus führt neue dominante Sprachen ein, entmachtet die bisherigen, kann ihnen aber teilweise neue auxiliäre Rollen zuweisen. Das ist in Amerika dort sehr deutlich geschehen, wo die Spanier auf große Reiche gestoßen sind; im französischen Afrika gab es vielleicht weniger "Kandidaten" für solche Vehikularsprachenrollen, vielleicht sehen wir auch nur heute mögliche andere Entwicklungen wegen der Sprachmonopolpolitik der Franzosen nicht mehr. Auf jeden Fall hat Frankreich versucht, die Rolle des Arabischen in der gesamten islamischen Welt, besonders in Nordafrika, wo es nicht nur Kultsprache, sondern auch gesprochene Sprache der Bevölkerungsmehrheit ist, zurückzudrängen. Jedoch können in beiden Kontinenten nach der Eroberung die einheimischen Sprachen als Kommunikationsmittel residuell, d.h. als dominierte, weiterexistieren, sofern es nicht - wie etwa auf den Antillen - zur Vernichtung der gesamten Bevölkerung gekommen ist. Die Kolonialmächte setzen, im 16. wie im 19. Jh., zunächst keine Politik der Verbreitung der dominanten Sprachen durch, diese sind weitgehend auf ihre soziale Attraktivkraft angewiesen. Damals war es jedem Beobachter (und ebenso jedem Betroffenen) einsichtig, daß bestimmte Formen des gesellschaftlichen Erfolges an die Beherrschung der dominanten Sprache geknüpft waren - wer solche Formen des Erfolges suchte, mußte sich ihrer zu bemächtigen suchen (dabei soll außer Ansatz bleiben, daß für viele Betroffene dieses Ziel aufgrund ihrer sozialen Lage oder ihrer Volks- oder "Rassen"-Zugehörigkeit unerreichbar war). Eine etwas zielstrebigere Propagierung der Kolonialsprache wurde vor allem im Hinblick auf jene Gruppen betrieben, welche für die Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft als wichtig erschienen; gerade sie hatten frühzeitig erkannt, daß eine auch nur näherungsweise Wahrung ihres gesellschaftlichen und politischen Status nur um den Preis einer mindestens teilweisen Akkulturation zu leisten war. Allerdings hat es bei manchen Betroffenen offensichtlich auch weitergehende Überlegungen gegeben, welche das eigenständige Überleben der betroffenen Gruppe von der *Aneignung* und *dialektischen Überwindung* der herrschenden Sprache und Kultur abhängig machten<sup>4</sup>. Diesen Überlegungen scheint in den betroffenen Gebieten während der Kolonialzeit nirgends ein wirklicher praktischer Erfolg beschieden. Die indianischen Kulturen sind

<sup>4</sup> Ein sehr interessantes, wenn auch relativ spätes Dokument für solche Gedankengänge findet sich in der Niederschrift eines Berichts des Tuaregfürers Mohamed Ali ag Ataher Insar, 1990 [1991]. "La scolarisation moderne comme stratégie de résistance", *Revue du Monde Musulman et de la Méditerranée*, no. 57, 91-97.

während der Kolonialzeit nach den Katastrophen der Anfangszeit auf einem langsamen Rückzug. Ähnliches gilt mit Abschwächung für die afrikanischen Kulturen, deren große staatliche Gründungen während der Kolonialzeit in Europa nicht einmal wahrgenommen wurden.

Die Substitutionstendenzen werden in Amerika nach der Unabhängigkeit erheblich beschleunigt: sobald die neuen Staaten ihre Existenz einigermaßen gesichert haben, suchen sie das Territorium der indianischen Völker zu verkleinern und diese entweder zu assimilieren oder als organisierte Gruppen zu vernichten. Hand in Hand damit geht in vielen Staaten die Zunahme der v. a. europäischen Einwanderung, welche den Bedarf an Land scheinbar noch anwachsen läßt, Hand in Hand damit geht auch die Laizisierung der europäischen Überlegenheitsgefühle, die zum biologischen Rassismus verkommen, welcher zumindest indirekt eine Rechtfertigung für Völkermord liefert (der, das sollte man nicht vergessen, parallel dazu in Afrika und Asien von den europäischen Kolonialmächten begangen wurde). Allmählich wird das Schulwesen ausgebaut, es taucht ein "Typ" des amerikanischen Aufklärers auf - der Argentinier Sarmiento ist vielleicht ein besonders deutliches Beispiel -, es erhebt sich aber nachträglich die Frage, ob es ein Zufall ist, daß ein Teil dieser Reformer besonders heftige Gegner der amerikanischen Völker waren, welche deren Vernichtung als Möglichkeit ins Auge faßten. Auf alle Fälle nahm der Assimilationsdruck zu, die Anpassung an das herrschende sprachliche und kulturelle Modell wurde nicht mehr nur eine Frage des gesellschaftlichen Erfolges, sondern mehr und mehr des physischen Überlebens. Diese Phase ist noch nicht vollständig abgeschlossen: die restriktive Politik der Pinochet-Diktatur in Chile gegen die Mapuche zeugt ebenso davon wie die langsame Auslöschung vieler amazonischer Völker Brasiliens. Zwar haben die amerikanischen Völker mittlerweile ihr Recht auf Existenz eingefordert, vor allem in Staaten mit ehemaligen indianischen Imperien wie Mexiko und Perú spielen sie auch für das kollektive Selbstverständnis eine wichtige Rolle. Der *Indigenismo* war und ist nicht nur eine literarische Strömung, wenn er auch als Ideologie natürlich seinerseits leicht in die Falle eines (antithetischen) Rassismus tappen kann. Die sprachlichen Realitäten sehen jedoch so aus, daß auch in diesen Staaten die Zahl der Sprecher der indianischen Sprachen prozentual und meist auch absolut zurückgeht. Die Erklärung des Ketschua zur kooffiziellen Sprache durch die Regierung Velasco Alvarado in Perú (1975) ist Episode geblieben. Dazu trägt die Unfähigkeit der Betroffenen bei, über die Normativierung der Sprachen einen Konsens zu erzielen - die Orthographiestreitigkeiten der verschiedenen Ketschua-Organisationen etwa erinnern an die unfreiwillige Komik europäischer Minderheiten, welche sich nicht auf die Rettung einer Sprache und Kultur als gesellschaftliche Praxis, sondern auf die eines Vokals oder Konsonanten versteifen und darüber das größere Ziel aus den Augen verlieren. Der wohl einzige Staat, in dem eine indianische Sprache, das Guaraní, eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie das Spanische spielt, ist Paraguay. Aber die historischen Entwicklungen in Paraguay sind bislang anders verlaufen als im restlichen Amerika, auch die Rolle des Guaraní ist in meinen Augen - wenigstens bislang - eine vor allem residuelle. Erst wenn die Sprache das Ende der paraguayischen Isolierung längerfristig überlebt und Objekt einer bewußten fördernden Sprachpolitik wird, kann sie wohl ihre Exi-

stenz sichern. Dazu müßten in naher Zukunft Initiativen ergriffen werden, denn wenn nicht alles täuscht, bedeutet das Ende der Stroessner-Diktatur vor einigen Jahren auch das (vorläufige?) Ende der Isolation. Die Diktatur wurde nicht wegen Verletzungen der Menschenrechte gestürzt, sondern um das Land für den Weltmarkt zu öffnen.

In mancher Hinsicht sind die Parallelen in Afrika offenkundig. Auch hier hat die kulturelle Präsenz der Kolonialsprache nach der formalen Unabhängigkeit noch zugenommen (man braucht dabei nicht an die modernen Medien zu denken, welche die Trends noch verstärken). Auch hier fehlt es an Normativierung der afrikanischen Sprachen in den ehemals französischen Kolonien (mittlerweile ist zwar einiges geschehen, aber oft noch immer mit kolonialem Bewußtsein: so gibt es für verschiedene Sprachen französisch- und englischabhängige Graphiesysteme, welche die schriftliche Kommunikation nahezu unmöglich machen). Die *négritude*, der große Versuch einiger Afrikaner, sich gegen den weißen Eurozentrismus in einer antithetischen Gegenbewegung aufzubauen, fand auf Französisch statt und einer ihrer Väter, der ehemalige senegalesische Präsident Léopold Sédar Senghor, hat in seinem Staat bis zu den Jugendunruhen 1968 eine sehr konsequent frankophone Politik durchgeführt und danach nur kosmetische Veränderungen zugelassen. Natürlich stimmt die Behauptung, die afrikanischen Sprachen seien für die moderne Welt nicht voll funktionsfähig, auf den ersten Blick. Allerdings galt dasselbe auch für das Französische im Mittelalter, bevor der Prozeß der Normalisierung, d. h. der Ausweitung des Gebrauches der gesprochenen Sprache einsetzte. Dieser Prozeß war nicht unausweichlich, er war allenfalls naheliegend (und wurde sicher durch bestimmte historische und letztlich ideologische Entwicklungen der westeuropäischen Geschichte ziemlich rasch unumkehrbar). Die Einleitung einer Sprachnormalisierungspolitik bedarf einer politischen Entscheidung und letztlich einer Ratifizierung durch die betroffene Gesellschaft, die beide auf einem kollektiven Konsens beruhen müssen. Beides ist in den einst französischen Gebieten bislang nicht wahrnehmbar. Es ist richtig, daß die orale Kommunikationsfunktion der meisten afrikanischen Sprachen noch nicht ernsthaft beeinträchtigt ist. Allerdings kommen fast überall und ganz besonders in den ehemaligen französischen Kolonialgebieten die status- und prestigehöchsten Verwendungen den ehemaligen Kolonialsprachen zu. Die "moderne Welt" läßt sich nur in wenigen afrikanischen Sprachen ausdrücken. Wahrscheinlich besteht nun die Gefahr, daß dem Französischen usw. immer weitere gesellschaftlich wichtige neue Domänen zufallen, während die unwichtigen und unwichtig werdenden (die "Intimität") für die afrikanischen Sprachen bleiben. Es wäre verfehlt zu glauben, nur weil die völlige Substitution noch nicht absehbar ist, sei der Prozeß nicht im Gange. Denn Substitutionsprozesse sind noch immer solche der langen Dauer, im Bewußtsein der Sprecher und mehr noch in der gesellschaftlichen Praxis, auch wenn sie sich heute aufgrund der modernen Medien wahrscheinlich erheblich beschleunigt haben; es gibt aber vermutlich Stufen (qualitative Sprünge), ab denen sie kaum noch umkehrbar werden. Leider weiß man noch wenig darüber, wo diese Stufen liegen. Vermutlich lassen sie sich am besten in Gestalt von Generationsmodellen aufzeigen, die man dann mit sozialen Koeffizienten kor-

relieren lassen müßte<sup>5</sup>. Letzten Endes muß man sich darüber im klaren sein, daß Substitutionsprozesse sich in Gestalt von Exponentialkurven entwickeln: der letzte sichtbare aber nur bedingt entscheidende Schritt geht schnell vor sich. Die Umkehr von Entwicklungen muß viel früher eingeleitet werden.

Die Frage, ob den afrikanischen Völkern eine kulturelle Entkolonialisierung gelingt, oder ob sie auf die Dauer in die kulturelle und sprachliche Abhängigkeit der ehemaligen Kolonialherren geraten, bleibt offen<sup>6</sup>.

2.IV.1993

5 Eine frühe und sehr genaue Darstellung solcher Prozesse findet sich bei Pansier, Pierre, 1924-32. *Histoire de la langue provençale à Avignon du XII<sup>e</sup> au XIX<sup>e</sup> siècle*, 5 Bände, Avignon: Aubanel, hier Band II, 11-13.

6 Wichtige hier teilweise verwendete Literatur: Jahn, Janheinz, 1958. *Muntu*, Düsseldorf: Diederichs, u.ö.; Ki-Zerbo, Joseph, 1978. *Histoire de l'Afrique noire*, Paris: Hatier; Rodney, Walter, 1972. *How Europe underdeveloped Africa*, Dar-es-Salaam; Brauner, Siegmund, 1985. *Verkehrs- und Nationalsprachen in Afrika*, Berlin (DDR): Akademie; Heine, Bernd, Thilo C. Schadeberg, Ekkehard Wolff, Hrsg., 1981. *Die Sprachen Afrikas*, Hamburg: Buske; Houis, Maurice, 1971. *Anthropologie linguistique de l'Afrique noire*, Paris: PUF; Kubarth, Hugo, 1987. *Das lateinamerikanische Spanisch*, München: Hueber; Fontanella de Weinberg, María Beatriz, 1992. *El español de América*, Madrid: Mapfre.

## Babel ou la tour de Bruxelles

Robert Lafont, Florenz/Montpellier

La division des langues ne fait la séparation des Royaumes; mais celle de la religion et des loix, qui d'un Royaume en fait deux. De là sortit le vieil proverbe: Une foy, une loy, un roy, et est difficile que les hommes estans en telle diversité et contrariété se puissent contenir de venir aux armes.

(Michel de l'Hospital, *Hist. Eccl.*, 1466)

J'ai déjà traité ce sujet pour un public universitaire germanophone<sup>1</sup>. Si j'y reviens, c'est parce que cet article-ci paraîtra en français, et que d'écrire en français, cela vous ramène, sur le sujet de la langue, à des attitudes collectives et passionnelles françaises, difficilement transférables aux cervelles non hexagonales. Cela vous oblige *ipso facto* à des clarifications élémentaires, qui n'ont d'ailleurs aucune chance de convaincre des esprits engoncés en rivarolades et autres decauxeries. Je m'excuserai donc auprès des non-Français pour la simplicité de mon propos, auprès des Français pour l'affaire où je me mets et remets avec eux, auprès de moi-même par cette naïveté où je tombe toujours, de croire qu'après tout, l'argument répété peut finir par atteindre quelque part une cible.

Il y a deux mois *Le Monde diplomatique* publiait une charge sur le même sujet<sup>2</sup>. J'en faisais les frais pour avoir dans un livre défendu ce qui me paraissait raisonnable<sup>3</sup>. Je livre l'argument d'attaque: "De telles outrances étonnent de la part d'un sociolinguiste qui devrait mieux que quiconque savoir quelles passions peuvent se déchaîner à propos des langues, au point de dégénérer en crises graves, voire de provoquer des guerres". L'auteur pourrait-il dire où la différence linguistique elle-même a jamais provoqué de guerres? Ne sait-il pas par contre que l'inexpiable conflit croato-bosniaque s'est ouvert entre gens de même langue.

Dès que la France croit le français en danger, l'atmosphère y est bien vite celle d'une guerre de Religion. Là sont les "passions" qui "se déchaînent". Ainsi raison se perd. Mais les Français eux-mêmes n'ont jamais réussi à déchaîner un conflit sur des isoglosses. Ils ont pu, tout au plus, en donnant au Traité de Versailles sa pensée "nationalitaire" truquée (applicable à tout le monde sauf à eux) préparer à deux décennies de distance

1 "Der Sprachpluralismus im Vereinten Europa (nach 1992)", *LILI, Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik*, Göttingen, Heft 79, (1990), 43-54.

2 Bernard Cassen, 1993. "Demain des choix délicats pour l'Europe. Le casse-tête des langues". *Le Monde diplomatique*, février, 32.

3 *Nous, Peuple européen*, Paris: Kimé, 1991. Mon cas aurait été satanément aggravé si B. Cassen s'était aperçu que mes versets avaient d'abord paru en catalan: *Nosaltres, el Poble europeu*, Barcelona: Ed. 62, 1991.

et pour Hitler des motifs d'intervention hors d'Allemagne, y compris l'annexion de l'Alsace et de la Lorraine thioise (qui ne voulaient que parler français, comme tout un chacun sait).

Mon crime de fauteur de guerres très éventuelles, n'était pas de défendre l'allemand, précisons-le, mais l'anglais. Mon "outrance" était d'avoir écrit ce que tout le monde sait: "L'Europe ferait d'immédiates économies si elle adoptait l'anglais pour son fonctionnement pratique".

Récidivons donc: ce sera le meilleur moyen de faire un petit cours de sociolinguistique européenne. Il pourra toujours servir (on ne sait jamais) à quelque esprit qui ne s'échauffe pas de bile francophone militante ou de quelque rêve d'antique hégémonie.

L'Europe, du traité de Rome aux accords de Maastricht, n'a jamais été l'affaire des peuples, encore moins des langues et des cultures, mais des Etats. Ceux-ci, s'ils ont abandonné, non sans heurts et retardements, des prérogatives dans le domaine économique et financier, n'ont jamais mis en discussion l'intégrité de leurs pouvoirs administratifs et d'administration culturelle sur leurs territoires. Il n'y a donc jamais eu ni d'affirmation ni d'extension du droit linguistique propre à chacun d'eux. En conséquence, chaque langue d'Etat s'est trouvée promue au niveau communautaire par la logique des accords successifs qui ne portaient pas sur elle. S'est donc mis en place à Bruxelles et à Strasbourg un ensemble lourd de services de traductions soit orales, soit écrites. Neuf langues sont ainsi entrées en composition: l'allemand, l'anglais, le danois, l'espagnol, le français, le grec, l'italien, le néerlandais, le portugais. Cela fait quarante-deux combinaisons: une impossibilité pratique, un énorme péril pour la communication...

"On manque déjà de personnel susceptible de servir de truchement entre le danois, le grec et l'espagnol et entre le grec et le portugais. Pour surmonter l'obstacle, on a recours à des interprètes-pivots. Il existe ainsi, dans la cabine française, un interprète qui traduit le grec en français; c'est cette version qui est captée par les autres interprètes et retraduite dans leur propre langue. L'interprète-pivot se voit cependant confier une lourde responsabilité. S'il commet la moindre erreur, celle-ci se répercute dans les sept autres langues"<sup>4</sup>.

L'auteur n'envisage pourtant pas le problème de fond que connaissent tous les linguistes avec les hommes d'Etat. Chaque langue dite nationale, c'est-à-dire étatisée, a dans les domaines de la jurisprudence des biens et des personnes élaboré une terminologie précise, qui, malgré tous les efforts, continue de soulever chez elle des conflits d'interprétation. Chaque terminologie est autonome, complexe et indépendante des autres. On ne peut donc qu'assister, tant que le droit européen ne se fixera pas en une forme unique et aussi univoque que possible, à l'approfondissement et à la multiplication des divergences sur les *concepts* pris en charge par les *termes*. Cela d'autant plus que toute administration a toujours sa logique propre de création d'un nouveau langage. L'administration européenne n'y faillit pas. Se développent en ce moment, avec

4 Marc Abélès, 1992. *La vie quotidienne au Parlement européen*, Paris: Hachette, cité par B. Cassen lui-même.

l'avancée des dispositions réglementaires communautaires, un anglais, un français, un grec, etc. des instances européennes. Le plus proliférant est l'allemand, me dit-on.

On ne peut dans cette situation que se féliciter que l'irlandais ait limité sa présence obligatoire à des inscriptions symboliques (en tête des passeports européens par exemple), renonçant à entrer dans le cercle infernal des versions et thèmes de la vie quotidienne bruxelloise ou strasbourgeoise, que le Luxembourg se soit contenté de deux de ses langues officielles, le français et l'allemand, que la Belgique n'ait posé à l'ensemble aucun problème, ayant déjà réduit, dans sa phase stato-nationale, son officialité au français de Paris et au néerlandais de la Haye. Sinon, où allait-on? Où va-t-on aller avec les futurs élargissements de la Communauté? Le prochain va obligatoirement poser le problème en termes d'étranglement qu'il faudra faire sauter au prix de quelques sacrifices. C'est bien à cause de cette menace d'une solution qui ne peut qu'être réductrice que le frisson passe dans l'échine des douze commensaux de l'actuel festin indigeste des langues.

Cette situation a depuis l'origine une face de *plus* et une face de *moins*.

La face de plus est la promotion de deux langues pour des motifs stratégiques: l'anglais et le français. Ce sont les langues hégémoniques des vainqueurs occidentaux de 1945. En 1951 à la création de la CECA et en 1957 à celle de la CEE, l'Europe était à six: République fédérale d'Allemagne, France, Italie, Belgique, Luxembourg, Pays-Bas. On remarque qu'aucun pays de langue anglaise n'en était. L'anglais n'était donc pas justifié d'en être non plus. Mais l'Europe n'entrait en processus de lente unification que sous la houlette politico-économique des USA. Ne pas reconnaître la présence de l'anglais était paraître boudier le "maître des lieux", celui qui, avec le Plan Marshall, payait le mobilier. Les Italiens n'étaient entrés au club des puissants que par la porte mi-ouverte de leur redressement politique post-fasciste. L'Allemagne se relevait de son absolue défaite. Les Néerlandais étaient trop peu nombreux pour exiger une parité de traitement, les Flamands n'étaient pas encore reconnus égaux des Francophones dans l'Etat belge. On songeait aussi à la Grande-Bretagne, qui entrerait bien un jour...

Il y eut donc accord de deux impérialismes culturels, l'anglo-saxon, encore hors de la Communauté, et le français qui parlait plus haut que tout le monde, pour accorder un billet de faveur à l'anglais. C'est encore l'usage au Conseil de l'Europe. Et le passeport européen, s'il inscrit toutes les langues de la Communauté, y compris l'irlandais, sur ses pages de garde, dans les mentions intérieures utilise l'anglais, le français et la langue "nationale" (pour cette raison le passeport des citoyens français d'Europe sont à deux lignes linguistiques et non à trois). Naturellement les situations minoritaires ne sont pas reconnues; les citoyens italiens du Haut Adige/Sud Tyrol ont des passeports sans trace d'allemand.

La "tour de Bruxelles" commençait ainsi à se construire sur deux étages occupés. Le premier étage, celui des normaux locataires, était à quatre appartements linguistiques: allemand, anglais, français, italien. Cela ne posait pas encore de problèmes graves de corridors: les combinaisons n'étaient que seize. Le second contenait deux appartements de luxe. L'un était pour un hôte futur, fantôme présent, l'anglais; l'autre était

pour un locataire du dessous qui entendait avoir pignon sur rue et préséance sur tous, le français.

Il y avait - face de moins - un rez-de-chaussée ou rez-de-jardin où s'entassaient dans une promiscuité de salles basses des langues que les Etats ne reconnaissaient pas comme "nationales": pour l'Italie des isolats noyés dans la dialectophonie, générale alors en ce pays, occitan et franco-provençal embourbés en Piémont, ladin coincé en Haut Adige contre l'allemand, slovène et frioulan à l'est et au nord de Venise, plus un saupoudrage albanais et grec au sud et en Sicile; pour la France la couronne des annexés de l'histoire géométrique: dialectes d'Alsace-Lorraine, flamand, breton, basque, catalan, corse, franco-provençal, plus la langue illustre et sans nom des troubadours qui occupait un tiers du territoire national. On était justement en train de lui trouver un nom: occitan, et du même coup la France de la Libération, faisant à peu de frais acte de réparation (mais pas de contribution), reconnaissait aux termes de la Loi Deixonne (1951) au basque, au breton, au catalan le droit de poser une fesse exiguë, avec la langue d'oc, sur les bancs de l'école qui avait pensé les condamner à mort. Aux Pays-Bas il y avait aussi le frison, qui organisait sa rentrée dans l'histoire. Réservons le flamand de Belgique: il mettait en péril l'unité de l'Etat, il avait encore très mauvaise presse, étant germanique et s'étant quelque peu acoquiné avec l'Occupant nazi. Son problème se résoudreait de vive force interne, contre la francophonie régnante. Mais du même coup il prendrait l'uniforme de l'écrit néerlandais.

L'Europe actuelle des Douze a beaucoup réaménagé son rez-de-chaussée. La Grande-Bretagne lui a apporté la composante galloise, officiellement reconnue, assez bien protégée. L'Irlande a imposé symboliquement sa langue celtique, même si pratiquement elle se rangeait du côté anglais. L'Espagne, remodelée par une Constitution dite "des autonomies", a fait entrer dans le train de ses équipages le galicien, le basque et le catalan. Les deux dernières de ces langues, qui mordent sur le territoire et l'incurie française, avaient déjà, avant la nuit franquiste, quelque peu émergé aux clartés extérieures. Le catalan surtout avait une vitalité qui l'arrachait à cette promiscuité des "minoritaires" ou "régionaux" ou minorisés. La France avait réussi à contenir la poussée qu'elle avait autorisée en 1951. Année après année, pendant presque un demi-siècle, les propositions de loi aménageant l'inopérante Loi Deixonne, émanant de la totalité des familles composant l'opinion publique, avaient été toutes interdites de discussion parlementaire par des gouvernements gérant la continuité de l'ethnocide. Il fallait cependant admettre l'incroyable: dans la petite Corse des formes "bâtardes" de l'italien reconquerraient une noblesse d'usage. Il fallut reconnaître la langue corse: comme la violence parlait clair de ce côté-là, elle eut très vite plus d'avantages que les autres "différences" de l'unité française.

Mais le rez-de-chaussée reste le ras de terre. Seul le catalan a su se faire autoriser à prendre l'escalier. Il n'a pour l'instant pas trouvé d'appartement libre au premier. Reconnu en 1991 "langue de l'Europe", il arrive tard dans la bousculade.

Car il y a problème de logement, qu'on exprime par ces neuf langues concurrentes et ces quatre-vingt-une combinaisons. Dans la compétition exaspérée les arguments de poids relatif entrent en lice. On ne s'est pas aperçu encore que l'italophonie a plus de

pratiquants en Europe que la francophonie. Mais on sait bien que, depuis la réunification, l'allemand pèse presque deux fois le français. L'espagnol allègue ses immenses domaines d'outre-Atlantique. Le portugais parle lui aussi d'Amérique. Le français ne peut que porter à la barre les territoires proches ou lointains de la francophonie, qui ne parvient pas à faire pencher la balance.

Au-dessus, la balance s'est détraquée depuis longtemps. Les deux hégémonies en compétition n'avaient pas les mêmes armes. Du côté anglo-saxon l'énorme supériorité politico-militaire, qui s'est maintenue dans tout le monde non-communiste pendant tout le temps où l'URSS ne s'était pas écroulée et qui, après la fin de l'URSS, a été ce qu'elle menaçait depuis longtemps d'être: planétaire. Et une supériorité économique ou technologique qui a devancé la précédente, comme elle en profitait. Nous voici parvenus, non pas seulement dans la petite Europe, mais mondialement, à une unification linguistique pratique.

Ses deux formes sont les suivantes. A chaque fois que quelque part dans le monde deux personnes ne parviennent pas à communiquer, si elles n'ont pas quelque référence supra-régionale commune à se proposer, elles essaient de l'anglais. C'est vrai dans tous les aéroports, dans toutes les grandes cités, mais aussi dans des pays perdus si des voyageurs s'y perdent. A chaque fois aussi qu'il y a pour des raisons de marché des produits, pour des raisons d'échange technologique ou d'échange scientifique nécessité de trouver rapidement un langage commun, ce langage n'est pas à chercher, il est déjà en place, c'est l'anglais, parlé ou écrit. La question linguistique européenne a été prise de court par ce phénomène. L'Europe occidentale s'est convertie à lui d'autant plus facilement que dès les années cinquante tout ce qui avait quelque ouverture dans le personnel cadre des divers Etats-nations s'informait en anglais d'actualité mondiale. Il y eut évidemment des discordances. Le chauvinisme officiel français a poussé ses racines plus profond que d'autres dans l'inertie de l'opinion publique: il y a plus de carence d'information planétaire en France qu'ailleurs en Europe et moins de connaissance pratique de l'anglais.

On ajoutera l'énorme phénomène culturel qui a pris l'industrie du cinéma, puis les réseaux de radio et de télévision pour support, enfin l'informatique pour canal. Le monde entier est aujourd'hui quotidiennement informé de lui-même dans sa totalité, et prioritairement informé d'Amérique anglo-saxonne. C'est vrai dans les deux Mongolies comme à Quimperlé ou à Villefranche-de-Rouergue.

Face à cela, à l'étagage des dorures, la France n'a pu que meubler une chambre royale avec des souvenirs d'ancienne splendeur versaillaise. On lui a beaucoup accordé en Europe. Ce n'était pas le moment, quand de Gaulle pratiquait à Bruxelles la politique de la chaise vide, que l'Europe se sentait mourante parce que la France y manquait, de combattre ses prétentions culturelles. Et puis, il y avait dans l'intelligentsia des divers pays ces bastions de culture franco-centrée justifiés encore vers 1938 par la productivité artistique, littéraire, philosophique d'un point de fixation européenne à Paris. Le dernier, puissant et organisé, aura été en Roumanie et aura traversé tout le temps du communisme.

En cinquante ans, cette assise a été démantelée et par suite illégitimée. Il devient un peu étonnant, si l'on n'est pas français, que tant d'universitaires allemands, ou italiens, ou espagnols continuent à lire et parler français sans jamais un retour de politesse. Hors de ces intellectuels de métier, le problème ne se pose plus. La France continue à rêver à ses provinces détachées de francophonie et prend sa revanche de Milan ou Barcelone à Dakar ou Québec. Le malheur pour elle est que le sort des langues en Europe ne se joue pas à ces distances ni avec des arguments qui ne sont que le faible éclat nostalgique d'anciennes Lumières. Il est de simple évidence que, malgré les grandes constructions somptuaires de l'ère mitterrandienne, la France est devenue grise au fur et à mesure qu'elle s'enfermait dans sa Défense.

\*

Si l'on attaque la sociolinguistique, je réponds en sociolinguiste. C'est-à-dire selon les trois données complémentaires du réalisme du regard, de la moralité des usages et du projet clarificateur. Pour poursuivre la métaphore, avec ces trois clés au trousseau allons au trois étages de la Babel bruxelloise.

Le réalisme est de considérer que depuis qu'il existe des langues et qu'elles sont en contact entre elles, le mode de vie qu'elles suivent est le conflit. Cela, même s'il est faux qu'elles aient jamais été à la source d'une guerre. Le concept du "conflit linguistique", qui n'est pas un conflit armé, mais un conflit dans les consciences, élaboré d'abord par des Catalans en retournement de la sociolinguistique américaine des rôles, a permis d'éviter les pièges de l'idéologie dans l'analyse des situations et nous a pourvus de méthodes relativement sûres pour nous y livrer<sup>5</sup>. Depuis longtemps les études de langues particulières, éclairées de diachronie, nous avaient laissé entrevoir cette vérité universelle. Toutes les langues du monde portent dans leurs structures morpho-syntaxiques, sinon dans leur phonologie, et dans leur lexique la trace de conflits dialectiquement résolus et stabilisés. La question de leur "identité" est précisément cette résolution-stabilisation. On a donné, après Ferguson, au conflit dans des cas d'inégalité sociologique sur même terrain, le nom de diglossie.

La moralité des usages est que cette concurrence ne soit pas sauvage, comme elle l'a été à peu près toujours, et hypocrite parce que camouflée d'idéologie. Pour cela il est nécessaire de procéder à la désoccultation des appareils conceptuels dont se sert la dominance: il y a tout un système mental de l'excellence du soi et de l'exécrabilité de l'autre à l'oeuvre dans les contacts de langues et de cultures, il y a des échelles de valeurs entre langues dominantes et dominées jusque dans la conscience des sujets dominés. Il faut aussi par l'analyse de situations et de terrain établir une "clinique" des échanges langagiers, car en toute occurrence de communication diglossique se mettent en place les mécanismes de "l'échange inégal", si l'on peut employer cette expression, bien éclairante, prise aux économistes. Cela va jusqu'à la mise en évidence de la pathologie du sujet diglossique<sup>6</sup>.

<sup>5</sup> Nous ne pouvons que renvoyer sur cette sociolinguistique du conflit à l'ouvrage le plus récent et le mieux informé, Georg Kremnitz, 1990. *Gesellschaftliche Mehrsprachigkeit: Institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Aspekte*. Ein einführender Überblick. Wien: Braumüller.

<sup>6</sup> Telle est la matière d'une expérience que nous avons conduite en milieu occitan; cf. Kremnitz, Georg, 1982. *Entfremdung, Selbstbefreiung und Norm*. Texte aus der okzitanischen Soziolinguistik. Tübingen: Narr.

Le projet clarificateur consiste à projeter dans l'institutionnel les résultats de l'étude. Cette projection doit donner à toutes les formes linguistiques les secours auxquels elles ont droit, sans prétendre abolir ni les contacts ni les conflits (ce qui serait irréel et donc vain), sans les enfermer non plus dans une instrumentalisation rigide, de type seulement défensif (ce qui serait illusoire et même dangereux: tout usage majoritaire est prêt à "truquer la défense", à faire passer à son service les armes de la dominance).

De là découlent les attitudes scientifiques, morales et juridiques que je propose depuis bien des années et qui me valent occasionnellement quelques attaques, continuellement l'hostilité larvée des sophistes de la dominance.

Etage du dessus: il faut le vider de cette lutte absurde entre hégémonies. Pour cela, par réalisme, il faut reconnaître l'expansion mondiale de l'anglais et en tirer un argument décisif. Abandonner cette chance offerte aux échanges mondiaux, pour la première fois dans l'histoire de l'humanité, d'un outil unique de communication, serait suicidaire, si ce n'était bizarre. L'anglais a réussi ce que l'espéranto rêvait d'être. Le beau rêve espérantiste en est affecté, mais qu'y faire? Le sociolinguiste sait bien que les langues jouent leur sort sur un terrain qu'une langue artificielle ne peut jamais occuper.

Au niveau européen, la promotion de l'anglais comme langue de travail des institutions communes et de référence pour le droit communautaire aurait les immenses avantages que l'on a dit. Au demeurant, le principe d'économie qui préside à la résolution du conflit imposera, impose déjà en perspective cette solution. S'y ranger revient à y mettre la moralité des usages. Car, s'il n'y a pas sur ce point clarification, l'impérialisme de la langue se développera sans frein ni rationalité.

La clarification consiste à bien séparer l'anglais de communication pratique de l'anglais de la communauté anglophone, et donc à vider son expansion du contenu impérialiste qui l'a d'abord portée. Une éducation des Européens est à prévoir pour cela. Il faut les guérir de l'idée qu'il vont apprendre l'anglais des Anglais ou des Américains. Cela n'est pas possible: il y faut une vie et un milieu sociologique relativement unifié. Par contre ils peuvent se saisir de l'outil de communication universelle et pratique (limité à certains domaines) que l'histoire met à leur disposition: apprendre l'anglais à cela nécessaire. Mais pour cela, il faut qu'ils le fassent tous ensemble, et dans les mêmes termes. Sinon, le déséquilibre s'y mettra et de nouvelles formes de diglossie apparaîtront. Ne pas le faire est d'ailleurs déjà les favoriser. Se crée en ce moment une société de cadres, fermée sur elle-même, dont un certain usage de l'anglais est la cuirasse.

De là, transportons-nous au rez-de-chaussée. Il faut mettre de l'espoir et de la justice en ces culs de basse-fosse. L'Europe institutionnelle a commencé à y songer. Le 24 juin 1992 le comité des ministres du Conseil de l'Europe a adopté la Charte européenne des cultures minoritaires et régionales. C'est peu de chose encore, mais à ce peu la France et la Grèce regimbent. Signerai-je, signerai-je pas? se dit-on à Paris depuis un an. Et l'on ajoute à la Constitution, à l'occasion de Maastricht, devant le spectre de

l'anglais agité comme à plaisir et les remuements intérieurs des minoritaires, la mention du français comme "langue de la République"<sup>7</sup>.

Je ne pense pas qu'on va par décision institutionnelle rendre aux langues laminées par la dominance d'Etat, d'un coup, toute leur splendeur d'antan. Le sociolinguiste répond toujours par la société. La société en décidera, et sans doute ce qu'elle décidera de faire ne sera jamais ce qu'on voulait sauver. Je dis souvent, écrivain occitan qui a consacré sa vie à normer sa langue comme pour un usage officiel, à l'assouplir et l'enrichir comme pour un rayonnement digne de l'allemand de Goethe, du français de Voltaire, qui s'est pris en somme un peu pour Manzoni, que si l'occitan gagne les chemins de l'avenir, ce sera une autre langue que la mienne. Tant mieux! Arrêter les usages linguistiques, c'est mouler du béton dans l'histoire, mettre des verrous sur le temps et de la cire dans la bouche des gens. Mais au départ, il faut bien restaurer ce qui menace ruine et rendre la liberté aux paroles bâillonnées de diglossie!

Entre les deux étages, les souveraines en querelle pour le trône. Je m'aperçois que je suis prêt à faire monter en cette cour bruxelloise la basse-cour des provinces et y faire redescendre le français des Français et l'anglais des Anglais. Hommage donc égal à toutes ces langues. Elles ont droit en leur domaine à autant de liberté, de soins et de respect que les autres. Il m'a toujours été difficile de faire comprendre qu'éduqué en français, et sachant du français et de la culture française autant sinon qu'homme de France, je ne les méprisais ni l'un ni l'autre. C'était de ma part la moindre des choses. Mais quand je m'y suis mis, à écrire en français, on a pensé qu'enfin je devenais sage. Puis l'on s'est de nouveau défié: j'apportais un respect humaniste, on voulait une adhésion fidéiste.

Au demeurant, elles ne sont point menacées. A qui fera-t-on croire que le français est menacé en France par l'anglais? Il n'est pas en situation diglossique. Il ne peut que prendre au contact "déterritorialisé" de l'anglais bien moins de mots que jadis l'anglais ne lui en a pris, moins de mots de mode qu'il n'en a donné au russe, et même à l'allemand.

Oui, je le sais bien, l'allemand est sociologiquement plus fort en Europe que le français. Il n'a pas besoin d'un ministère de la germanophonie. Mais en Europe, si l'on plaçait l'anglais à la place qu'il occupe déjà, en défaisant à ce niveau toute idée de hiérarchie, la compétition des langues ne serait plus que compétition de créativité. Chacun, pour favoriser cette créativité, pourrait travailler son domaine. La reconnaissance d'un niveau d'échange pratique désidéologisé sous-entend l'épaississement de toutes les saveurs culturelles en égalité.

Egalité de droits ou de saveurs: divin mot! Si difficile à faire passer dans le filtre des langues concurrentes à l'hégémonie! Oui, je sais, ça geint, ça grogne à l'étage des nantis, parce que l'escalier est coupé vers le haut et dégagé vers le bas. "Poussez-vous donc un peu", c'est à la fois ce que dit la justice et commence à chuchoter l'histoire.

<sup>7</sup> Sur le débat concernant les droits des minorités en Europe, en particulier leurs droits linguistiques, cf. *Les minorités en Europe*. Droits linguistiques et droits de l'homme, sous la direction de Henri Giordian, Paris: Kimé 1992.

## Rezensionen:

Robert Lafont, 1992. *Sprache als Arbeit*. Übers. aus dem Franz. von Hella Beister. Hrsg. von Georg Kremnitz, Wien: Braumüller, 306 pp.

Mit "Sprache als Arbeit" liegt nun 14 Jahre nach dem Ersterscheinen von "Le travail et la langue" (1978) endlich die erste deutschsprachige Übersetzung des grundlegenden Referenzwerkes für die materialistische Sprachwissenschaft - der Praxematik - vor, die sich interdisziplinär unter Berücksichtigung der Psychomechanik Gustave Guillaume, einer auf idealistischer Philosophie basierenden strukturalistischen Ausrichtung der Sprachwissenschaft, des dialektischen, historischen Materialismus und der Psychoanalyse (Freud, Lacan) konstituiert. Der Verfasser, Robert Lafont (geb. 1923 in Nîmes), ist durch eine beeindruckende, äußerst umfangreiche, vielseitige Publikationstätigkeit bekannt. Außer als Sprachwissenschaftler hat er sich noch als Literatur- und Sozialhistoriker, engagierter Okzitanist und Minderheitenpolitiker sowie Schriftsteller einen Namen gemacht. Im folgenden werden kurz die wichtigsten Grundzüge des komplexen Gedankengebäudes der Praxematik skizziert und dabei einige mir relevant erscheinende Aspekte hervorgehoben.<sup>1</sup> Diese Auswahl ist ausschließlich subjektiv motiviert.

Am Beginn dieses Buches steht ein Vergleich von menschlicher und tierischer Sprache unter Einbeziehung phylogenetischer und spracherwerbstheoretischer Forschung, an den sich die Auseinandersetzung mit der strukturalistischen Theorie anschließt. Sprache wird durch ihre Kommunikationsfunktion, durch die Praxis des Bedeutens als menschliche Tätigkeit und menschliches Verhalten charakterisiert. Dabei besteht eine wechselseitige Determinierung, denn einerseits bildet die materielle Welt die Voraussetzung für das autonome Phänomen der Sprache<sup>2</sup>, andererseits bleibt der Mensch selbst ein Gefangener seiner Sprache im sogenannten "Sprachtheater" [39], womit Lafont das erkenntnistheoretische Dilemma der unmittelbaren Realitätserfassung umschreibt, die nur sprachlich vermittelt möglich ist und mit der Darstellung im Theater verglichen wird.

Praxematik hat grundsätzlich die verschiedenen Sprachtheorien an zentraler Stelle mitzuberücksichtigen und sich kritisch mit der sprachwissenschaftlichen Praxis auseinanderzusetzen. In dieser Auseinandersetzung mit der sprachwissenschaftlichen Tradition und insbesondere mit dem Strukturalismus situiert sich die Praxematik als Linguistik der *parole*, als Theorie der Sinnproduktion mit dem *Praxem* als praktischer Einheit, das in formaler Hinsicht mit dem Morphem oder Monem vergleichbar ist, die nun danach untersucht werden, inwiefern sie für die Praxematik von Relevanz sein können. Das Praxem wird als "praktische Einheit der Sinnproduktion" [52]<sup>3</sup> eingeführt, das selbst keinen Sinn hat, aber als "Werkzeug" der Sinnerzeugung fungiert, und sich durch Rekursivität des Sinns auszeichnet, was nichts anderes meint, als daß nur wenige

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die sehr informative "Einleitung" von Georg Kremnitz [13 - 27], seinen Text zur Buchpräsentation ["Zur Präsentation von Robert Lafonts *Sprache als Arbeit*. Anstelle einer Rezension." In: *Semiotische Berichte* 17 (1993), 141 - 145.] und die vorwiegend auf Textanalyse ausgerichtete einführende Kurzdarstellung von Marx, Raphaela-Maria, 1991. *Sprachpraxis und Diskurs über Sprache: Französisch und Ewe im südlichen Togo*. Wien: VWGÖ. 41 - 61. Für terminologische Fragen ist außerdem noch mit Gewinn heranzuziehen: Jeanne Marie Barberis, Françoise Gardès-Madray, Robert Lafont, Paul Siblot, 1984. "Terminologie praxématique". In: *Cahiers de praxématique* 3. 2 - 101.

<sup>2</sup> Vgl. auch die Parallelen zu Greimas, der ebenfalls von einer Autonomie des "langage", des Semantischen und Semiotischen ausgeht (Greimas, Algirdas Julien, 1986. *Sémantique structurale*. Recherche de méthode. Paris: PUF. (1966) 13 s., 53), sowie die ausführliche Diskussion der Problematik des Verhältnisses von Sprache und Realität bei Courtés, Joseph, 1991. *Analyse sémiotique du discours*. De l'énoncé à l'énonciation. Paris: Hachette, bes. 37 - 56. In *Introduction à l'analyse textuelle* (1976:65 ss.) weist Vl. auf den Einfluß von Greimas hin. Lafont spricht von der "praktischen Autonomie der Sprache", die das Reale "in jedem Augenblick ihres Vollzugs voraussetzt" [97].

<sup>3</sup> "Das Praxem ist ein in alle möglichen Situationen übertragbares soziales Werkzeug der Sinnproduktion" [104 s.].

sprachliche Elemente zur Sinnproduktion genügen, da auch der erwartete Sinn bereits wieder bis auf die Ebene der Phoneme (der kleinsten bedeutungsdifferenzierenden Einheiten) zurückwirkt, sodaß ein "Kreislauf von gesicherter und weiterentwickelter Praxis" [56] entsteht. Nach Lafont wird Sprache sowohl von historisch bedingter, "hantierend-verändernder Praxis" als auch von "sozio-kulturell bedingter Praxis" [126] determiniert. Demnach ist sprachwissenschaftliche Praxis nur als Niederschlag der sprachlichen Praxis möglich, oder anders formuliert, die sprachwissenschaftliche Praxis stellt eine "verschobene Rückwirkung der sprachlichen Praxis" [57] dar.

Der Vf. vertritt die Ansicht, daß sich nicht alle Sprachphänomene auf das für den Strukturalismus charakteristische Binaritätsprinzip zurückführen lassen, auf das von den Sprachwissenschaftlern nicht zurückgegriffen worden wäre, wenn es nicht schon im Funktionieren der Sprache angelegt wäre. Doch hält er seine Relevanz für unbestritten. Es geht um eine "Globalerfassung" des Programms der Wahrscheinlichkeiten. Von den zur Verfügung stehenden Instrumenten der Sinnproduktion her kann Sinn unbegrenzt produziert werden, der erst in der konkreten Kommunikationssituation durch die praktische Regulierung eindeutig gemacht wird. Damit erteilt er dem unbegrenzten Wortspiel eine Absage. Allerdings steht der praktischen, legalisierten Weitergabe eine Reihe spielerischer Interpretationsmöglichkeiten gegenüber. Die Werkzeuge der Sprachpraxis sind nicht in der Lage, eindeutigen Sinn zu produzieren. Dennoch läßt sich in der Sprachpraxis ein außerordentlich freier Umgang mit ihren Werkzeugen feststellen.

Bereits auf den ersten Seiten zeigt sich der starke Einfluß des dialektischen und des historischen Materialismus wie etwa bei der Dialektik von Theorie und Praxis, der Bedeutung der Arbeit, des Werkzeugcharakters der Sprache und der Relevanz der Geschichte für die Praxematik. In seine materialistischen Ansätze versucht Vf. die idealistisch orientierte strukturalistische Psychomechanik Guillaumes zu integrieren. Dazu übernimmt er von Guillaume dessen "dynamische Auffassung des Funktionierens von Sprache" [78] und baut diese in sein "Modell der Sprachpraxis als Aktualisierungszeit" ein, wobei unter Sprachpraxis die "kodierte Programmierung des Sinns" [78] zu verstehen ist, durch die das Individuum in die Geschichte eingebunden wird. In der Praxematik wird der Dynamik der Sprach-Aktualisierung, die den dynamischen Übergang von Virtualität zur Aktualität erfaßt, ein besonderer Stellenwert eingeräumt. So übernimmt er den Begriff von "operativer Sprachzeit" und differenziert ihn in die des potentiell "Zu-Sagenden" (glossologische Zeit als Träger der Wortgenese, als Einheit der potentiellen Sprache) sowie in die des "Gesagten" (der diskursiven Zeit). Die operative Sprachzeit des Zu-Sagenden als Denkmoment interpretiert das aktive Denken als ein auf ein Resultat ausgerichtetes "Sprachhandeln". Lafont stellt Guillaumes Terminologie vom Kopf auf die Füße, indem er diese Begriffe als Ideologien entlarvt, sie entideologisiert und als Praxeme interpretiert.<sup>4</sup> "Wir ersetzen also Zeichen durch Praxem, die Essentialisierung des Produkts durch ein Produktionsprogramm." [137] Praxem und Parapraxem fungieren als Einheiten der Sinnproduktion, die Wortschatz bzw. Grammatik, grammatische Funktion betreffen. Aus der Kombination von Materialismus und Psychomechanik resultiert - in Verbindung mit der Psychoanalyse - die Praxematik als materialistische und dynamische Wissenschaft.

Ein wesentlicher Beitrag der Psychoanalyse für die Praxematik stellt die Theorie des Subjekts dar, die einerseits zur Destruktion des klassischen Subjektbegriffs, aber auch zum Verzicht auf das grammatische Subjekt, das durch "Aktant" ersetzt wird, und auf das transzendente Sein (Existent) führt. In grammatischer Hinsicht wird das Subjekt auf die "Position einer Instanz des Produzenten im Diskurs" verlagert.

Ein meiner Ansicht nach sehr wichtiges Kapitel für das Verstehen sprachlicher Prozesse betrifft die Parallelen zwischen linguistischem und psychoanalytischem Unbewußten. Das erstere betrifft die "praktische" Ökonomie der kommunikativen Sprachproduktion, das andere die "Ökonomie der Darstellung existentieller Konflikte" [95]. Das System menschlicher Sprachproduktion wird im Verlauf des aktiven Spracherwerbs automatisiert, "verinnerlicht", und aus dem Bewußtsein verdrängt. Dieses Automa-

<sup>4</sup> Vgl. Lafont, Robert, Françoise Gardès-Madray, 1987. *Introduction à l'analyse textuelle*. Montpellier: Publications de la Recherche, Université de Montpellier.

tischwerden von Sprachstrukturregeln im Spracherwerbsprozeß wurde von Lafont mit der treffenden Formulierung des "ökonomisch Unbewußtwerdens der Sprachoperationen" [vgl. 80/81 und 95 ss.] umschrieben.

In semiotischer Hinsicht dürfte von Interesse sein, daß Vf. durchaus im Sinne einer Subversion des klassischen Zeichenbegriffs die Existenz des Signifikats bestreitet, an dessen Stelle er die Praxis der Sinnproduktion - das *Bedeutende* (die *signifiante*) - setzt, das nur in der Verbindung von Subjekt und Realem möglich ist, wodurch die Möglichkeit einer Transzendenz des Zeichens ausgeschlossen wird. Auf die offensichtlichen Parallelen zum psychoanalytischen Zeichenbegriff Lacans<sup>5</sup> braucht hier nicht weiter aufmerksam gemacht zu werden.

In konziser Form umreißt Vf. die Programmatik der Praxematik:

"Die Praxematik wird also, ausgehend von der Auffassung einer Verschiedenheit der Kulturen, zu einer Dekonstruktion des Systems der herrschenden Sprachwissenschaft, der westlichen Sprachideologie und ihres transzendentalen Idealismus kommen müssen. Sie wird die Binarität der Äußerung, die Aufteilung auf Nomen und Verb und das Benennen ganz anders erklären müssen. Sie wird die Hierarchie von Sein und Existent, Subjekt und Prädikat umstoßen müssen. Sie wird dies tun, indem sie ihre eigene Rekonstruktion als historische Verschiebung vorlegt." [141].

Wie bereits aus den bisher diskutierten Aspekten deutlich wurde, ist die Präferenz für interdisziplinäre Querverbindungen offensichtlich. So sieht Lafont in der Ethno-Linguistik die eigentliche Sprachwissenschaft, die eine Brückenstellung zwischen Sprachforschung und Ethno-Anthropologie einnimmt, wobei jede materialistische Sprachwissenschaft als Ethno-Linguistik oder Techno-Linguistik aufzufassen ist.

Für die Praxematik besteht ein Zusammenhang zwischen Sprachstrukturen und Weltanschauung, denn nach Lafont ist "jede Sprache [...] eine Weltanschauung" [120]. Damit steht er mit Humboldt, Sapir und besonders mit Whorf - bei durchaus unterschiedlichen Ansätzen - in einer gemeinsamen Traditionslinie, lehnt allerdings einseitige globale Argumentationsmuster ab. Vom Standpunkt der Praxematik hält Lafont die These Whorfs - was das Praxem anbelangt - für "vollkommen richtig" [120], da das Praxem als "Werkzeug der Sinnproduktion" an eine bestimmte Kultur gebunden ist. Allerdings scheint - wie er einräumt - auch die "Fähigkeit zu kategorialer Analyse" (...) in allen Kulturen gegeben zu sein. Auch hinsichtlich des Parapraxems hält Lafont Whorfs These für "weitgehend richtig" [121]. Doch weist Vf. auf die Existenz "sprachübergreifender Konstanten" - vor allem im Bereich der "pragmatischen Universalien" [122] - hin, die sich kommunikatorisch-situativ ableiten lassen. Lafont hält auch Whorfs Ausführungen zur Zeitkonzeption der Hopi für "überzeugend." Dabei geht es dem Vf. allerdings vorwiegend um formale Differenzen am Beispiel der Tempussetzung. Aber hier handelt es sich bloß um einen Nebenschauplatz der Praxematik. Insgesamt vertritt er eine ausgewogene, nuancierend-vermittelnde Position zwischen Universalisten und Anhängern der Weltbildhypothese. Ein besonderes Anliegen für die Praxematik stellt die Anerkennung der Verschiedenheit der natürlichen Sprachen und die gleichzeitige Absage an den Ethnozentrismus als der "Universalisierung des herrschenden Besonderen" [137] dar. Dementsprechend vertritt Vf. auch die Auffassung, daß die Interpretation der Welt nach der jeweiligen Sprachkultur differenziert, was auch für den produzierten Sinn gilt. Doch spricht er sich gegen eine naive Gleichsetzung von Sprachstrukturen und philosophischen Systemen aus [138], denn von einer Homologie zwischen Sprache und philosophischen Systemen könne man ja nur am Beginn des philosophischen Denkens sprechen, während es sich später nur noch um eine konstante Isomorphie handeln würde, da die Sprachstrukturen nicht notwendigerweise die potentiell in ihr angelegten Denkformen generieren. Außerdem können Denkkategorien in Sprachen übertragen werden, die keine strukturelle Entsprechung haben.

<sup>5</sup> Vgl. Lacan, Jacques, 1970 (1966). *Écrits I*. Paris: Seuil. 255 ss.

Zusätzlich sei noch kurz auf das auch in der Forschungsgeschichte äußerst schillernde, polysem verwendete Begriffspaar von Denotation und Konnotation<sup>6</sup> eingegangen, das im Zuge der gesellschaftlichen Praxemregulierung nach dem Differenzkriterium der "Legalität des Sinns" binär den Polen "legal - illegal", "wahr - falsch", "restlos akzeptables Benennen - Nebensache, Beiwerk, Rest" - also nach der Dualität des Sinnmarktes und seiner Randbezirke - unter Berücksichtigung des Machtfaktors zugeordnet wird [188 ss.].

In einer noch immer aktuellen Forschungskontroverse, nämlich zur Genus - Sexus - Debatte, bezieht Vf. in sehr klaren Worten eindeutig Stellung. So betont er, "daß funktional gesehen das Maskulinum so wenig spezifisch "männlich" ist, wie das Femininum spezifisch "weiblich"." [262] Aufgrund der diachron ausgerichteten, argumentierenden Praxematik kommt er zum Schluß, daß der Ausdruck der Geschlechtlichkeit erst sekundär abgeleitet ist, da er ursprünglich nur Dualität von aktantiell und nicht-aktantiell bezeichnete. Die sexusspezifische Neusemantisierung des Genus lehnt er als ideologisch motiviert<sup>7</sup> ab und denunziert die Begründungsversuche der Genuszuordnung bzw. -differenzierung als "anthropomorphisches Grammatikerphantasma" [263].

In der Auseinandersetzung mit der Weltansicht würde ich den instrumentellen Charakter der Sprache als Mittel zur Bewältigung soziokultureller, ökonomischer Probleme im Sinne einer kritischen Gegenposition zur - wenn auch nuancierten Weltbildfixiertheit Lafonts - stärker betonen, denn Sprache kann entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen verändert werden. Auch wären neuere kritische Arbeiten über die Hopi-Sprache und ihr Tempussystem zu berücksichtigen. Die Kritik hält Whorfs Positionen hinsichtlich der linguistischen Relativität und vor allem der sprachlichen Determiniertheit für vielfach überzogen, lehnt jegliche sprachliche Determination überhaupt ab und/oder formuliert zumindest die Beziehung von Sprache und Denken viel vorsichtiger, etwa derart, daß sich menschliches Denken in Relation zu anderen Sprachen objektiviert oder daß es von sprachlichen Strukturen bloß beeinflusst wird.<sup>8</sup> Rossi-Landi vermutete versteckte Motive der Anhänger des linguistischen Relativitätsprinzips, die es zu entmystifizieren gelte.<sup>9</sup> Vielleicht liegt eine mögliche Begründung für das Festhalten an der Sapir-Whorf-Hypothese - wenn auch in relativierter, nuancierterer Form - in Lafonts biographischer Zugehörigkeit zu einer bedrohten Sprachminderheit (als einer der wenigen, noch lebenden Erstsprecher des Okzitanischen) und dem ideellen, weitgehend nicht (mehr) kapitalisierbaren sprachlichen Mehrwert der "langue minorée". Wichtig erscheint mir aber seine berechnete eindringliche Warnung vor dem überheblichen Ethnozentrismus, mit dem der komplexe Problembereich von Sprache, Entfremdung und kultureller Dominanz angesprochen wird. Nicht nur im Zusammenhang mit dem sprachlichen Relativitätsprinzip wäre aus heutiger Sicht zweifellos auch das Verhältnis von Sprechen und Denken etwas differenzierter zu sehen, wie etwa aus

6 Vgl. zu dieser Begriffsproblematik u.a. die Arbeiten von Kerbrat-Orecchioni, Catherine, <sup>3</sup>1984. *La connotation*. Lyon: Presses Universitaires de Lyon, (1977); Rössler, Gerda, 1979. *Konnotationen*. Untersuchungen zum Problem der Mit- und Nebenbedeutung. Wiesbaden: Steiner. (Zeitschrift für Dialektologie und Linguistik, Beihefte, NF. 29); Braselmann, Petra M. E., 1981. *Konnotation - Verstehen - Stil*. Operationalisierung sprachlicher Wirkungsmechanismen dargestellt an Lehnelementen im Werke Maurice Dekobras. Frankfurt am Main, Bern: Lang. Garza-Cuarón, 1991. *Connotation and meaning*. transl. from the Span. by Charlotte Broad. Berlin, New York: Mouton de Gruyter. Tanzmeister, Robert, 1992. "Soziale Konnotationen als lexikographisches Problem. Zur Bezeichnung von Außengruppen in Frankreich und Italien (in Zeitungstexten und Wörterbüchern)". In: Peter Anreiter, Hrsg. *Vom Sprechen über das Sprechen in der Romania*. (Beiträge des Instituts für Romanistik der Universität Wien). Innsbruck (Scientia); 31). 58 - 80.

7 Vgl. "Die abgeleitete Erscheinung für die Hauptsache zu halten, den Ausdruck der Geschlechtlichkeit für eine grammatische Funktion, ist ein rekursiver ideologischer Vorgang." [263]

8 Vgl. etwa Gipper, Helmut, 1972. *Gibt es ein sprachliches Relativitätsprinzip?* Untersuchungen zur Sapir-Whorf-Hypothese. Frankfurt am Main: Fischer. bes. 212 - 227 zur Raum- und Zeitkonzeption der Hopi und 248 s. zu >Relativität< und >Determinismus< sowie Hagège, Claude, 1987. *L'homme de paroles*. Contribution linguistique aux sciences humaines. Paris: Fayard. 183 ss. Außerdem: Lardièrre, Donna, 1992. "On the linguistic shaping of thought: Another response to Alfred Bloom", in: *Language and Society* 31. 231 - 251.

9 Vgl. Rossi-Landi, Ferruccio, 1973. *Ideologies of Linguistic Relativity*. The Hague - Paris: Mouton. 77.

der modularistischen Auffassung des autonomen Subsystems Sprache im Rahmen des kognitiven Systems und aus dem holistischen Ansatz hervorgeht, in dem kognitive und sprachliche Prinzipien eng verflochten sind<sup>10</sup>. Außerdem führt die Annahme der Autonomie des Sprachlichen in Verbindung mit der soziohistorischen, pragmatisch-situativen Sinnproduktion des Praxems im konkreten Sprechakt zu Verstehensschwierigkeiten.

Positiv hervorzuheben wäre der interdisziplinäre, eklektizistisch-integrative Ansatz sowie die kritische Auseinandersetzung mit der sprachwissenschaftlichen Tradition, insbesondere mit den vorherrschenden sprachwissenschaftlichen Richtungen. Allerdings birgt diese auch die Gefahr einer unnötigen Verkomplizierung, wie sie etwa durch das komplizierte Gedankengebäude der guillaumeschen Psychomechanik und seiner Terminologie konditioniert scheint. Dem Herausgeber und der Übersetzerin kommt das Verdienst zu, ein schwierig lesbares, wissenschaftstheoretisch aber äußerst anregendes Buch durch eine gelungene Übersetzung<sup>11</sup> verständlicher und einem weiteren Kreis zugänglich gemacht zu haben, dessen theoretische Kapitel durchaus als eine anregende Einführung in sprachwissenschaftliche Fragestellungen und insbesondere in die materialistische Sprachwissenschaft empfohlen werden kann.

Robert Tanzmeister, Wien

10 Vgl. Schwarz, Monika, 1992. *Einführung in die Kognitive Linguistik*. Tübingen: Francke. (UTB; 1636). 41 ss., 52s.

11 Auch in formaler Hinsicht besticht die Arbeit durch Qualität und Sorgfalt. Druckfehler wie "zugrundeliegt" (44), "Lautspezialisierungsytem" (98) oder die störendere konsequente falsche Graphie von "Lévi-Strauss" (107; 119, Fn 144) statt "Lévi-Strauss" sind eher die Ausnahme.

Siguan, Miquel, 1992. *España plurilingüe*, Madrid: Alianza Editorial, 355 pp.

Wahrscheinlich konnte nur ein Nicht-Sprachwissenschaftler eine Gesamtdarstellung der aktuellen sprachlichen Situation, von einem soziolinguistischen ebenso wie von einem sprachpolitischen Blickpunkt aus schreiben. Miquel Siguan, Erziehungswissenschaftler aus Barcelona und Spezialist für zweisprachige Erziehung, hat sich an die Aufgabe gemacht, diese schwer erklärbare Lücke in einem Werk zu schließen, das einerseits auf wissenschaftliches Imponiergehabe verzichtet und sichtlich für einen weiteren Leserkreis gedacht ist, andererseits einen genauen Überblick gibt und und Lesbarkeit nicht mit fehlender Präzision verwechselt.

Siguan weist mit großem Nachdruck darauf hin, wie *neu* die heutige sprachpolitische Konzeption des Spanischen Staates im Kontrast zu fünfhundert Jahren zentralistischer Tradition ist. Um das im einzelnen zu verdeutlichen, beginnt er mit einer knappen Rekapitulation der externen Sprachgeschichte der Iberischen Halbinsel von den Anfängen bis zum Ende der Franco-Zeit (14-73). Eine solche Gewalttour gestattet natürlich keine größeren Differenzierungen, sie ist offensichtlich für jene Leser gedacht, welche nur mit bescheidenen Vorkenntnissen in die Lektüre eintreten. Allerdings zeigt Siguan auch in diesem Überblick bereits markante Unterschiede zwischen den Renaissance-Bewegungen in den verschiedenen Peripherien auf. Der zweite, relativ kurze Teil (74-106) referiert den heutigen gesetzlichen Rahmen des *Estado de las Autonomías*. Dabei geht es neben den Verfassungsartikeln auch um die Statute der einzelnen Regionen und die fast überall existierenden Sprachnormalisierungsgesetze. Auch hier geht es dem Vf. sichtlich darum, Parallelen und Unterschiede hervorzuheben. Zum Abschluß dieses Teils beginnt er die Diskussion der Grundlagen der Sprachpolitik der einzelnen Regionen, eine Betrachtung, die später noch weitergeführt wird.

Ein dritter Abschnitt (107-156) ist den betroffenen Sprachen gewidmet. Beginnend mit dem Kastilischen werden vor allem Informationen geliefert, welche zum Verständnis der heutigen Situation dienen. Stichworte dafür sind: Sprachgeschichte, die Frage der Existenz sprachlicher Referenzformen, die der geographischen (diatopischen) Gliederung und die der Verbreitung und Sprecherzahl, wobei je nach den konkreten Problemen die einzelnen Subkapitel kleinere Unterschiede aufweisen.

Die aktuelle Situation der einzelnen Regionen ist Thema des vierten Teiles (157-278), sicher des insgesamt wichtigsten und informativsten. Dabei werden für die einzelnen Regionen die politische Struktur, die soziolinguistische Situation, die Sprachpolitik, die Rolle der dominierten Sprache in Regierung und Verwaltung, im Erziehungswesen und in der kulturellen Produktion (Bücher, Periodika, Radio, Fernsehen) dargestellt. Die Präsentation gewinnt eine auch für mich zunächst unerwartete Plastizität durch die Möglichkeit des Vergleichs; Siguan bemüht sich nämlich, soweit nur irgend möglich, für die unterschiedlichen Regionen dieselben Datenreihen aufzustellen. Er versucht dabei, den unterschiedlichen Regierungen gerecht zu werden, d. h. zu zeigen, was sie effektiv geleistet haben, aber auch, wo sie untätig geblieben sind und aus welchen Gründen. Gegen Ende geht er knapp auf die Sprachen ein, welche nicht durch Autonomiestatute offiziell geworden sind, nämlich das Asturische, das Aran(es)ische, das Aragonische und das Andalusische. Der Teil schließt mit einigen Überlegungen zu der nach wie vor sehr geringen Rolle der Sprachen der Regionen im gesamtspanischen Kontext; hier stellt er implizit eine Nichterfüllung des Verfassungsauftrages fest, diese Sprachen und Kulturen zu fördern.

Für den mit der Materie Vertrauten sind die beiden letzten Teile ("Los procesos de normalización" und "España: nación y naciones") die interessantesten, denn sie versuchen zu bilanzieren und Zukunftsperspektiven zu eröffnen. In ihnen macht Siguan sehr deutlich, daß trotz aller unbestreitbaren Fortschritte die Präponderanz des Kastilischen nicht in Frage gestellt wird (aus durchaus unterschiedlichen Gründen: in Katalonien ist es die hohe Zahl der Zuwanderer, in Galicien das lange Zeit sehr niedrige Prestige des Galicischen, in Euskadi die vergleichsweise geringe Zahl der Baskischsprecher, in anderen Gebieten zum Teil die fehlende Identifizierung mit der heimischen Sprache). Er scheint auch insgesamt der Meinung anzuhängen, daß in Zukunft weniger spektakuläre Fortschritte in der Normalisierung dieser Sprachen zu erwarten seien, obwohl die

Hoffnungen auf das langfristige Greifen des Unterrichts und der Massenmedien manche Beobachter zu anderen Einschätzungen veranlaßt. Deutlich wird der alte Zwiespalt: erhöhte Kompetenz bedeutet noch nicht automatisch erhöhte Performanz oder Praxis - alle mit Sprachenpolitik Beschäftigten sind sich im klaren darüber, daß sich die Frage nach der Zukunft "kleinerer" Sprachen (nicht nur in Spanien) auf die Dauer nur positiv lösen läßt, wenn das Potential der Sprecher diese Sprachen auch - auf allen Ebenen - verwendet. Und Siguan verweist zu Recht darauf, daß es zwar heute unwahrscheinlich ist, daß der Prozeß, der zur Bildung des *Estado de las Autonomías* geführt hat, rückgängig gemacht wird - es scheint, daß die alte Opposition zwischen kastilischen und peripheren Nationalisten in dieser Weise nicht mehr besteht, daß es aber in der spanischen Gesellschaft viele Kräfte gibt, welche meinen, ein weiterer Ausbau dieser Konstruktion sei nicht notwendig bzw. gewisse Aspekte seien jetzt schon übertrieben (mit welcher Mühe etwa akzeptieren gesamtstaatliche Stellen noch heute die minderheitensprachliche Toponymie?). Der Autor weist immer wieder darauf hin, daß etwa zehn Jahre Erfahrungen mit der neuen Situation (das Buch wurde im Jahre 1991 geschrieben) zu wenig sind, um zu erwarten, daß die Vorstellungen einer wirklichen, mehr oder weniger symmetrischen Kooffizialität bereits Wirklichkeit seien, daß es sich im Gegenteil nach wie vor um sehr dynamische Situationen handelt, die damit auch eine abschließende Beurteilung noch nicht gestatten. Allerdings werden die Aussichten für kleinere Sprachen in einer allmählich zusammenwachsenden europäischen Konstruktion unter den derzeitigen Vorzeichen nicht günstiger. Immer wieder macht er deutlich, daß die jetzige Staatskonstruktion in dieser Weise nicht geplant war, das ursprüngliche Modell näherte sich viel stärker an die Vorgaben der Zweiten Republik an, welche neben einem Zentralstaat einige Regionen mit besonderem Status vorsah. Dadurch, daß mittlerweile die Ausnahme zur Regel geworden ist, hat die staatliche Existenz Spaniens möglicherweise eine Elastizität gewonnen, die sie insgesamt relativ resistent gegen Bedrohungen macht.

Ein in jeder Hinsicht ausgezeichnetes und empfehlenswertes Buch für jeden, der nicht nur die Fakten kennen möchte, sondern auch nach einer Einschätzung verlangt, welche *sine ira et studio* versucht, Errungenschaften und Grenzen der heutigen Situation abzustecken. Es ist schade, daß gerade der Aktualitätsgrad des Werkes manche seiner Teile rasch veralten lassen (nicht jedoch die grundsätzlichen Überlegungen). Vielleicht eröffnet das die Hoffnung auf baldige Neuauflagen. Diese böten die Gelegenheit, die zum Teil peinlichen Druckfehler zu entfernen, welche sich in der vorliegenden Auflage in viel zu großer Zahl finden (dazu gehört etwa die Feststellung, die katalanischsprechende Stadt Alguer liege auf Sizilien anstatt auf Sardinien, p. 131, in manchen Statistiken sind die Zahlenreihen völlig durcheinander geraten und praktisch nicht zu rekonstruieren usw.). Es scheint, daß auch in diesem Verlag alle Verlagslektoren, deren Aufgabe - auch - die Textüberwachung ist, gekündigt worden sind. Ebenso ist die Mehrzahl der beigegebenen Kartenskizzen wenig aussagekräftig, um es vorsichtig zu formulieren. Solche Schludrigkeiten hat ein Werk wie dieses nicht verdient. Es wäre zu wünschen, daß auch für andere Staaten ähnlich präzise, informative und abgewogene Monographien bereitgestellt werden.

Wien, 9.III.1993

Georg Kremnitz